

Rechtsextremismus

2. Rechtsextremismus

2.1	Mitglieder-Potenzial.....	38
2.2	Einführung	39
2.3	Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus.....	42
2.4	Rechtsextremistische Musikszene	51
2.5	Neonazistische Szene.....	65
2.6	Identitäre Bewegung Deutschland (IBD).....	77
2.7	Junge Alternative (JA) Niedersachsen	87
2.8	„Der Flügel“ innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD).....	93
2.9	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	100
2.10	Die Rechte.....	111
2.11	Verein Gedächtnisstätte e. V.	123
2.12	Reichsbürger & Selbstverwalter	129

2.1 Mitglieder-Potenzial⁴

Den strukturellen Veränderungen im organisierten Rechtsextremismus haben die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern mit einem neuen Kategoriensystem Rechnung getragen. Insbesondere die Grenzen zwischen der subkulturellen und der neonazistischen Szene lösen sich in den letzten Jahren mehr und mehr auf. Der Neonazismus ist zunehmend strukturloser geworden und vermischt sich zusehends mit dem subkulturellen Bereich. Ideologische und organisatorische Unterschiede sind immer schwerer auszumachen. Seit dem Jahr 2017 erfolgt deshalb die Kategorisierung nach Parteien, nach parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen und als weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.

Rechtsextremismus-Potenzial Bundesrepublik Deutschland	2019	2020
In Parteien	13.330	
▪ „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	3.600	
▪ „Die Rechte“	550	
▪ „Der III. Weg“	580	
▪ Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien ⁵	8.600	
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen ⁶	6.600	
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial ⁷	13.500	
Summe	33.430	
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften ⁸	32.080	
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ⁹	13.000	

4 Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

5 Unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien werden die Mitglieder der Partei „Freie Bürger Union (FBU) – Landesverband Saarland“ und der bayrischen Kleinpartei „Deutsche Konservative“ gezählt sowie die Mitglieder der Teilorganisationen der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), „Junge Alternative“ (JA) (Verdachtsfall) und „Der Flügel“ (erwiesenermaßen extremistisch). Die AfD selbst ist kein Beobachtungsobjekt.

6 Hierunter wird auch das Personenpotenzial der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) gezählt.

7 Die derzeit 1.000 rechtsextremistischen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ finden sich in den Kategorien 2 und 3.

8 Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und der parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

9 Aufgrund des Wandels innerhalb der rechtsextremistischen Szene wird die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten seit 2010 gesondert ausgewiesen.

Rechtsextremismus-Potenzial Niedersachsen	2019	2020
In Parteien	305	905
▪ „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	240	230
▪ „Die Rechte“	30	40
▪ „Der III. Weg“	10	10
▪ Sonstiges rechtsextremistisches Personenpotenzial in Parteien ¹⁰	25	625
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen ¹¹	335	335
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial ¹²	590	590
Summe	1.230	1.830
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	1.160	1.750
Davon gewaltbereite Rechtsextremisten ¹³	880	880

2.2 Einführung

Eine in sich geschlossene rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Vielmehr werden mit dem Begriff Rechtsextremismus Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zu nennen sind im Einzelnen:

- Aggressive menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,
- Überhöhung des eigenen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus),

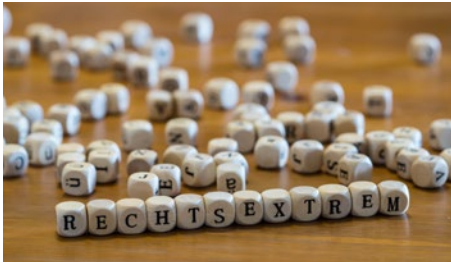
10 Für 2020 werden unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien die Mitglieder der AfD-Teilorganisationen „Junge Alternative“ (JA) und „Der Flügel“ gezählt. Die AfD selbst ist kein Beobachtungsobjekt.

11 Hierunter wird auch das Personenpotenzial der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) gezählt.

12 Die derzeit 50 rechtsextremistischen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ finden sich in den Kategorien 2 und 3.

13 In der Gesamtzahl sind auch gewaltbereite Neonazis und NPD-Mitglieder enthalten.

- Vorstellung einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (völkischer Kollektivismus),
- Behauptung „natürlicher“ Hierarchien (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
 - Ablehnung demokratischer Regelungsformen bei Konflikten,
 - Übertragung militärischer Prinzipien auf die zivile Gesellschaft (Militarismus),
 - Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus (Geschichtsrevisionsismus),
 - Forderung nach strikter räumlicher und kultureller Trennung verschiedener Ethnien (Ethnopluralismus).



Fremdenfeindlichkeit

Die Ideologieelemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind die zentralen Begriffe des Rechtsextremismus. Mit „fremdenfeindlich“ wird die Ablehnung all dessen bezeichnet, was als fremd bewertet und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wird. Die Merkmale variieren: Ausländer, Juden, Muslime und Obdachlose können ebenso Opfer fremdenfeindlicher Ablehnung und Aggression werden wie Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle. Fremdenfeindliche Positionen sind bei jeder rechtsextremistischen Organisation nachweisbar; sie bilden das Grundelement rechtsextremistischen Denkens.

Rassismus

Die in Deutschland gebräuchliche Verwendung des Begriffes Rassismus nimmt Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus, die die „Selektion“ und Vernichtung von Millionen Menschen biologisch begründete. Rassisten leiten aus den genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung ab. Sie unterscheiden zwischen „wertvollen und minderwertigen menschlichen Rassen“.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt im Rechtsextremismus in verschiedenen Varianten in Erscheinung. Antisemitische Positionen werden sowohl religiös als auch kulturell und rassistisch begründet. Häufig korrespondieren sie mit verschwörungstheoretischen Ansätzen. Vor dem historischen Hintergrund der systematischen Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus (Holocaust¹⁴) sind antisemitische Einstellungsmuster ein Gradmesser für die Verfestigung eines rechtsextremistischen Weltbildes. Sie zeugen von ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten häufig in Verbindung mit reversionistischen Positionen auf. Antisemitische Positionen sind ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Organisationen.

Neonazismus

Der Begriff Neonazismus, eine Abkürzung für Neo- oder neuer Nationalsozialismus, der häufig fälschlicherweise als Synonym für Rechtsextremismus verwendet wird, steht für Bestrebungen, die sich weltanschaulich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Hierzu zählen in erster Linie die neonazistischen Kameradschaften und Organisationen wie die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG). Innerhalb der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) ist der neonazistische Flügel ständig stärker geworden, seitdem sich die Partei gegenüber Freien Nationalisten geöffnet hat. Ausdruck dieser Entwicklung sind die Eintritte zahlreicher führender Protagonisten der Neonaziszene, die zudem Führungsämter in der NPD übernommen haben.

Faschismus

Die ebenfalls als Synonym für rechtsextremistische Bestrebungen verwendeten Begriffe faschistisch oder neofaschistisch sind in zweifacher Hinsicht ungeeignet. Zum einen handelt es sich um Kampfbegriffe aus den Zeiten des Kalten Krieges, mit denen die Bundesrepublik Deutschland von der DDR in die Tradition des Nationalsozialismus gerückt worden war. Zum anderen verbindet sich mit diesen Begriffen die Vorstellung vom italienischen Faschismus

14 Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“).

Mussolinis, der als antidemokratische Bewegung ohne Rassismus vom deutschen Nationalsozialismus erheblich abwich.

Geschichtsrevisionismus

Der Begriff Geschichtsrevisionismus bezeichnet die Leugnung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Revisionistische Positionen sind in unterschiedlicher Ausprägung bei nahezu allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisbar. Sie sind ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus und zugleich ein wichtiges Element der historischen Identitätsstiftung. Der Revisionismus will den historischen Nationalsozialismus zumindest tendenziell rehabilitieren und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland delegitimieren.

2.3 Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

Die Corona-Pandemie hat im Berichtszeitraum nicht nur Politik und Gesellschaft beherrscht, sondern auch die Entwicklung des Rechtsextremismus wesentlich bestimmt. Dies betrifft sowohl die Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit als auch die thematische Schwerpunktsetzung. Zur analytischen Einordnung der Entwicklung im Phänomenbereich Rechtsextremismus ist deshalb ein Blick auf die eigendynamischen Prozesse, die von der Corona-Pandemie im politischen und gesellschaftlichen Raum ausgelöst wurden, unerlässlich. Parallel zu den Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen zur Eindämmung der Pandemie bildeten sich Protestformen von Corona-Leugnerinnen und -Leugnern und selbsternannten Querdenkerinnen und -denkern heraus, die aufgrund ihrer Merkmale für rechtsextremistische Organisationen anschlussfähig sind und die ihrerseits zum Teil Züge verfassungsfeindlichen Denkens aufweisen. Letztere zeigen sich in oft antisemitisch eingefärbten verschwörungstheoretischen Positionen, in der Überzeugung einen imaginierten Volkswillen gegen das herrschende Establishment zu

vertreten und, daraus abgeleitet, in der Herabwürdigung des Parlamentarismus, in der Delegitimierung demokratischer Entscheidungsprozesse und in der Schmähung handelnder demokratisch legitimierter Politikerinnen und Politiker.

Als Gesamtbild entsteht der Eindruck einer ebenso fundamentalen wie diffusen Systemkritik. Fundamental ist diese Systemkritik, weil sie über den konkreten Anlass der Corona-Pandemie hinaus Positionen offenbart, die die parlamentarische Demokratie ablehnen. Diffus ist die Kritik, weil sie weder in einen theoretischen noch in einen ideologischen Rahmen eingebettet ist. Rechtsextremistischen Organisationen eröffnet dies die Möglichkeit, das Demonstrationsgeschehen auf der Basis einer geteilten Systemablehnung ideologisch zu beeinflussen und propagandistisch zu nutzen. Eindrückliche Beispiele für solche Instrumentalisierungsversuche durch Rechtsextremisten sind die Demonstrationen von Gegnern der Corona-Maßnahmen am 29.08.2020 in Berlin und am 07.11.2020 in Leipzig. Rechtsextremistische Organisationen hatten im Vorfeld der Veranstaltungen umfangreich für eine Teilnahme mobilisiert. Bereits seit Beginn der Pandemie im März 2020 war im Internet eine massive rechtsextremistische Propagandaoffensive gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Pandemie zu verzeichnen gewesen.

Unabhängig von solchen Beeinflussungsversuchen wird der Fokus darauf zu richten sein, ob Demonstrationen von Querdenkerinnen und -denkern und Corona-Skeptikerinnen und -Skeptikern einen Trend zur weiteren Radikalisierung aufweisen und neue Formen demokratiefeindlichen Denkens indizieren. Die Nichtakzeptanz demokratischer Regulierungsmechanismen, der grundsätzliche Zweifel an faktenbasierten Entscheidungsprozessen, die Orientierung an Verschwörungstheorien, Kampfbegriffe wie „Corona-Diktatur“ oder „Ermächtigungsgesetz“ und die Überzeugung, dass die etablierten Medien von Eliten gesteuert werden, um die Bevölkerung zu manipulieren, bilden eine Mixtur, die die Grundlagen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unterminiert. Die Verfassungsschutzbehörden werden im Blick behalten, ob sich hieraus ein Extremismus eigener Art („sui generis“) entwickelt.

In Niedersachsen zeigte sich die beschriebene Entwicklung nicht so ausgeprägt wie in anderen Bundesländern. Die größten Demonstrationen im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen

fanden in der Hauptstadt Berlin, in Sachsen und in den süddeutschen Bundesländern statt. Rechtsextremisten und Reichsbürger mobilisierten vornehmlich für diese Großveranstaltungen, zu denen auch Rechtsextremisten aus Niedersachsen anreisten. Im Vergleich mit dem bundesweiten Demonstrationsgeschehen spielten die niedersächsischen Veranstaltungen insgesamt eine nur untergeordnete Rolle. Verschwörungstheoretische Ansätze sowie pauschalisierende Eliten- und Medienkritik waren aber auch hier zu beobachten, ebenso wie die Beteiligung von Rechtsextremisten, ohne dass diese den Charakter der Veranstaltungen prägen konnten.

Der geringfügige Einfluss von Rechtsextremisten auf das hiesige Demonstrationsgeschehen wirft ein Schlaglicht auf die organisierte rechtsextremistische Szene in Niedersachsen insgesamt. Die bereits in den letzten Jahren beschriebene Struktur- und Mobilisierungsschwäche verschärfte sich unter Corona-Bedingungen weiter. Die nur noch 230 Mitglieder zählende „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) trat mit drei auf Provokation angelegten kleinen Kundgebungen in Eschede (Landkreis Celle) und einer etwas größeren Demonstration am 24.10.2020 in Braunschweig in Erscheinung. Zum Ankerpunkt für den NPD-Landesverband hat sich der von der Partei erworbene „Hof Nahtz“ in Eschede entwickelt, der unter der Bezeichnung „Nationales Niedersachsen“ zu einem Gemeinschaftszentrum für die Szene umgebaut werden soll. Angesichts der Marginalisierung der NPD, die ihre Führungsrolle in der neonazistischen Szene schon vor Jahren verloren hat, erscheint es derzeit wenig realistisch, dass sich das Anwesen zu einem Anlaufpunkt von bundesweiter Bedeutung für Rechtsextremisten entwickelt. Die Sicherheitsbehörden schauen ganz genau hin und verfolgen die Entwicklung vor Ort sehr intensiv, nicht nur, um etwaige Radikalisierungstendenzen durch den Zulauf jüngerer Neonazis erkennen zu können, sondern auch um einem Ausbau zu einem Gemeinschaftszentrum möglichst frühzeitig entgegenzuwirken.

Die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationalisten“ (JN), haben ihren Aktivitätsschwerpunkt im östlichen Niedersachsen, speziell in Braunschweig, wo sie mit Flugblattaktionen und zwei resonanzlosen Kundgebungen gegen den „Corona-Wahnsinn“ öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen wollten. Der Bedeutungsverlust der JN

kommt in der 2018 getroffenen Entscheidung zum Ausdruck, die drei Landesverbände Hamburg, Bremen und Niedersachsen zum JN-Landesverband Nord zusammenschließen. Ohne verstärkte Vernetzungsbestrebungen, das ist eine Beobachtung der letzten Jahre, würden die marginalisierten rechtsextremistischen Parteien und die neonazistische Szene in Niedersachsen ihre bereits eingeschränkte Handlungsfähigkeit vollends verlieren. Folgerichtig stehen die JN in enger Verbindung zur Partei „Die Rechte“, die ihrerseits wiederum mit Aktivisten aus dem Bereich der Freien Nationalisten eng verwoben ist.

Vom Landesverband der Partei „Die Rechte“ gingen im Berichtsjahr mit Abstand die meisten öffentlichkeitswirksamen rechtsextremistischen Aktivitäten in Niedersachsen aus. Zurückzuführen ist dies wesentlich auf den im Februar neugegründeten Kreisverband Einbeck/Northeim durch Mitglieder der kurz zuvor aufgelösten „Kameradschaft Einbeck“, wodurch sich der Mitgliederbestand des Landesverbandes von 30 auf 40 Personen erhöhte. Die zahlreichen Aktivitäten vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die unverhohlenen antisemitische Partei „Die Rechte“ mit ihren vergangenheitsbezogenen geschichtsrevisionistischen Themen nicht anschlussfähig an das bürgerliche Spektrum ist. Ein Beleg hierfür sind die erfolglosen Versuche, den Corona-Skeptizismus in Teilen der Bevölkerung mit Kundgebungen aufzugreifen.

Die Frage nach den politischen Erfolgsaussichten ist also zu vernachlässigen, nicht aber das aus der Gewaltbereitschaft resultierende Gefahrenpotenzial. Im Juni verübten zwei Mitglieder des Kreisverbandes in Einbeck einen Anschlag mit illegalen sogenannten Polenböllern auf die Wohnungstür einer Frau, die sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus engagiert. Das Amtsgericht Einbeck verurteilte die Angeklagten am 24.11.2020 zu zweieinhalb Jahren Haft bzw. wegen Mittäterschaft zu 15 Monaten auf Bewährung.

Ungeachtet der strukturellen Marginalisierungstendenzen kennzeichnet die neonazistische Szene unverändert ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft, das in ihrem sozialdarwinistischen und antisemitischen Weltbild ideologisch tief verankert ist. Die Beobachtung der neonazistischen Szene bildet deshalb weiterhin einen Arbeitsschwer-

punkt der Verfassungsschutzarbeit. Die Entwicklung der ehemaligen „Kameradschaft Einbeck“ verdeutlicht, wie fließend die Übergänge im neonazistischen Bereich des Rechtsextremismus geworden sind. Sie spiegelt zugleich den Bedeutungs- und Attraktivitätsverlust des vor einem Jahrzehnt in Niedersachsen noch dominierenden Organisationsmodells der neonazistischen Kameradschaften wider.

Das Zusammenwirken in losen Netzwerken über größere geographische Räume hinweg und die Kooperation mit Mitgliedern der rechtsextremistischen Parteien oder mit überwiegend subkulturell geprägten Bruderschaften wie „Nordic 12“, „Brigade 8“ und „Blood Brother Nation“ sind der Versuch, den Bedeutungsverlust zu kompensieren. Am ehesten gelingt dies noch in den südlichen und südöstlichen Landesteilen. Insgesamt aber bietet sich ein äußerst heterogenes Bild, das nur noch rudimentär an das ursprüngliche Organisationsmodell der miteinander vernetzten Kameradschaften erinnert.

Entsprechend gering ist inzwischen die Mobilisierungskraft. Größere Demonstrationen mit überregionaler Beteiligung, durch die die neonazistische Szene öffentliche Wirkung erzielen möchte, haben an Zulauf und Bedeutung verloren. An der von norddeutschen Neonazis initiierten Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) beteiligten sich 2020 in Worms nur noch 60 Rechtsextremisten. Die Kampagne wird aller Voraussicht nach eingestellt. Die Geschichte des

Trauermarsches in Bad Nenndorf, der bereits 2015 letztmals durchgeführt wurde, ist ein weiterer Beleg für den Strukturwandel des Rechtsextremismus, welcher durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch verstärkt wurde.



Die abnehmende Sichtbarkeit des Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit bedeutet keineswegs, dass die von ihm ausgehenden Gefahren geringer geworden sind – im Gegenteil. Parallel zum beschriebenen Trend haben sich das Internet und die veränderten Formen der Kommunikation zu Keimzellen eines gewandelten Rechtsextremismus entwickelt, und das mit gravierenden Folgen. Während die staatlichen Aufklärungs- und Sanktionsmöglichkeiten somit erschwert werden, vergrößert sich die Reichweite rechtsextremistischer Agitation, entstehen Netzwerke auf antisemitischer und rassistischer Basis jenseits des tradierten Rechtsextremismus

und werden Radikalisierungsprozesse durch den permanenten Austausch mit Gleichgesinnten in den „Echokammern“ des Internets beschleunigt.

Als Folge stehen die Sicherheitsbehörden vor der Herausforderung, auf neue Formen von Gefährdungssachverhalten reagieren zu müssen. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle (Sachsen-Anhalt) ist ein drastisches Beispiel für die veränderte Gefahrenlage. Der Täter, der keine Verbindung zum organisierten Rechtsextremismus aufwies, handelte in der Überzeugung, ein Fanal im Namen einer ideologisch gleichgesinnten Netzgemeinde zu setzen. Er verübte den Anschlag zwar als Einzeltäter, verstand sich aber dennoch als Teil eines internationalen Geflechts aus Antisemiten, Rassisten und Verschwörungstheoretikern. Mit Blick auf Resonanz im Internet handelte auch Tobias Rathjen, der am 19.02.2020 in Hanau (Hessen) vor zwei Sisha-Bars neun Menschen mit Migrationshintergrund erschoss. Vor dem Anschlag hatte er im Internet ein Pamphlet verbreitet, in dem er unter dem Einfluss von Verschwörungstheorien und geleitet von einem rassistischen Weltbild Vernichtungsfantasien entwickelte. Der Täter wies ebenfalls keinen Bezug zum organisierten Rechtsextremismus auf.

Ein weiteres Beispiel für die veränderte Gefahrenlage ist die nach ihrer Führungsfigur benannte „Gruppe S.“. Im November erhob der Generalbundesanwalt Anklage gegen zwölf Mitglieder wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Die „Gruppe S.“ hatte über Netzkontakte zusammengefunden, bevor sie Treffen in der Realwelt durchführte. Sie verfolgte das Ziel, über Anschläge u. a. auf Moscheen bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen und auf diese Weise das politische System zu destabilisieren. Eine wesentliche Rolle spielte Tony E. aus dem Landkreis Uelzen, der zuvor als Angehöriger der Gruppierung „Freikorps Heimatschutz“ bekannt war.

Ähnlich einzuordnen ist die vom Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat am 23.06.2020 verbotene Gruppierung „Nordadler“, die über diverse Internetplattformen und in offenen und geschlossenen Chat-Gruppen nationalsozialistische und antisemitische Positionen verbreitete. An der Gruppierung waren auch Personen aus Niedersachsen beteiligt.

Vom Komplex des neonazistischen und gewaltbereiten Rechtsextremismus zu unterscheiden sind neurechte Strömungen, die unter Beibehaltung der institutionellen Formen des demokratischen Rechts-

staats eine Umwertung seiner normativen Grundlagen betreiben. Eine eng miteinander verknüpfte Allianz, zu der Internet-Plattformen wie PI-News, Organisationen wie die „Identitäre Bewegung“, und neurechte Autoren bzw. Verlage gehören, ist bemüht, die Diskurshoheit zu erringen und Begriffe zu bestimmen, indem z. B. der Islam mit dem Islamismus systematisch gleichgesetzt oder der Begriff Flüchtling mit ausschließlich negativen Assoziationen verwendet wird. Die ausgiebig genutzte Möglichkeit, entsprechende Positionen über das Internet zu verbreiten, hat den Wirkungsradius und die Wirkmacht neurechter Akteure deutlich vergrößert.

Neurechte Ideologen knüpfen an eine Entwicklung an, die Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit den Worten Radikalisierung von Ressentiments beschreiben. Sie sind bemüht, eine aufgeheizte, zum Teil hasserfüllte Stimmung, wie sie sich in vielen Foren und Chatgruppen zeigt, mit verschwörungstheoretischen Erklärungsansätzen vom drohenden „Volkstod“ oder einem geplanten „Bevölkerungsaustausch“ ideologisch auszurichten. Ihre Argumentation in Kategorien der Ungleichwertigkeit ist ungleich subtiler als die offen rassistische, sozialdarwinistische und antisemitische Propaganda der Neonazis.

Hinter dem von ihnen vertretenen ethnopluralistischen Ansatz verbirgt sich erst bei genauerer Betrachtung ein Homogenitätsdenken, das die Individualrechte und die realen gesellschaftlichen Verhältnisse negiert. In neurechten Theorien bildet die ethnische Zugehörigkeit die zentrale Bezugsgröße und nicht die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte. Konsequenterweise wird die Einzelperson nach ihrer ethnischen Gruppenzugehörigkeit und nicht nach ihrer Individualität bewertet. Zwischen den Ethnien wiederum bestehen Rangunterschiede, wie sich am Beispiel abwertender Äußerungen insbesondere über Muslime nachweisen lässt. In einer Gesamtbeurteilung entlarvt sich der ethnopluralistische Ansatz somit als ein kulturrassistisches Konstrukt.

Der Bedeutungszuwachs neurechter Diskurse ist schon seit längerem zu beobachten. Am augenfälligsten dokumentierte sich diese Entwicklung im Aufstieg der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD), die mit öffentlichkeitswirksam inszenierten Aktionen auf Präsenz vor allem in den Sozialen Medien zielte. Seitdem einige Anbieter der IBD den Internetzugang gesperrt haben, hat die Organisation an Wirkkraft verloren. Ihre Entwicklung stagniert. Der Einfluss neurech-

ter Ideologie bleibt hiervon unberührt. Mittlerweile haben neurechte Positionen über den „Flügel“, einen parteiinternen Personenzusammenschluss innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), Eingang in den parlamentarischen Raum gefunden. „Der Flügel“ ist seit dem 19.03.2020 Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, weil er auf der Basis des neurechten ethnopluralistischen Ideologieansatzes für eine Individualrechte negierende, Minderheiten ausgrenzende, ethnisch-homogene Gesellschaftsordnung eintritt. Formell hat sich der „Flügel“ zwar am 30.04.2020 aufgelöst, informelle Strukturen und Einfluss aber bestehen fort. Deutlich wurde dies bei der Abwahl des Landesvorstandes der niedersächsischen AfD. Die bisherige Landesvorsitzende erklärte ihren Austritt aus der Partei und begründete dies mit „der Dominanz des rechtsextremen Flügels“. Die heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen sind Ausdruck einer tiefgreifenden Zerstrittenheit um Grundsatzpositionen. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz wird sich darauf konzentrieren, die Verbindungen des „Flügels“ zu anderen Bereichen des Rechtsextremismus aufzuklären und zu beobachten, ob und inwieweit es seinen Vertretern gelingt, die Gesamtausrichtung der AfD zu bestimmen.

Fazit:

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss auf zwei Ebenen geführt werden. Auf der einen Seite sind durch die veränderten Einfluss- und Rekrutierungsmöglichkeiten via Internet neue Formen des gewaltbereiten Rechtsextremismus entstanden. Die Sozialisierung von potenziellen Gewalttätern in traditionellen rechtsextremistischen Organisationen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Mindestens von ebenso großer Bedeutung sind Radikalisierungsprozesse, die sich unter dem Einfluss des Internets vollziehen. Die Sicherheitsbehörden stehen vor der Herausforderung, ihr prognostisches Instrumentarium und ihre Aufklärungsmethodik dieser Entwicklung anzupassen.

Auf der anderen Seite wird der demokratische Rechtsstaat von rechtsextremistischen Strömungen herausgefordert, die darauf ausgerichtet sind, seine normativen Grundlagen zu unterminieren, ohne auf das Mittel der physischen Gewalt zurückzugreifen. Das veränderte Kommunikations- und Informationsverhalten ist ein ent-

scheidender Faktor für den Erfolg solcher demokratiefeindlichen Strömungen. Präventionsmaßnahmen müssen dies berücksichtigen. Vor allem aber müssen sie bereits auf der Einstellungsebene, bei der Vorurteilsbildung ansetzen, wenn die Verbreitung von demokratiefeindlichen Positionen eingehegt werden soll, die im schlimmsten Fall zu einem Kreislauf von Hasspropaganda und Gewaltanwendung führen kann.

„Völkische Siedler“

Im Zusammenhang mit der Bildung rechtsextremistischer Netzwerke sind die durch die mediale Berichterstattung wiederholt in den Blickpunkt gerückten sogenannten völkischen Siedler als ein eigenständiges Phänomen zu betrachten. Als völkische Siedler werden Familien bezeichnet, die im ländlichen Raum eine naturorientierte ländliche Lebensweise auf der Basis einer völkisch-nationalistischen Ideologie pflegen. Nach außen geben sie sich harmlos und unauffällig. Innerhalb ihres kinderreichen Familien- und Freundeskreises leben sie nach völkischen Denk- und Verhaltensmustern. Dabei orientieren sie sich an der von den Nationalsozialisten propagierten Volksgemeinschaft, die als eine „geschichtlich gewachsene Blutsgemeinschaft“ verstanden wird. Das Attribut ist somit ein in seinem Kern rassistischer Begriff, der die Ausgrenzung anderer Ethnien beinhaltet.

Völkische Siedler bevorzugen dünnbesiedelte Landstriche, um ihre „Volksgemeinschaft“ wirtschaftlich unabhängig und weitgehend ungestört leben zu können. Junge Paare oder Familien erwerben in diesen Regionen zu günstigen Konditionen Resthöfe und Bauernhäuser und restaurieren diese gemeinsam mit Freunden und Verwandten. Der Großraum Lüneburg-Uelzen-Lüchow-Dannenberg ist eine Schwerpunktregion für völkisch orientierte Familien in Niedersachsen. Völkische Familien sind dort seit vielen Generationen ansässig oder haben ihren Lebensmittelpunkt in diese Region verlagert. Die engen familiären Verbindungen reichen zum Teil in die Zeiten gemeinsamer Mitgliedschaft in den verbotenen Organisationen „Wiking-Jugend“ und „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) zurück. Als Organisationen mit Bezug zu den völkischen Siedlern sind u. a. der „Sturmvogel“, der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ oder die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft

wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“ anzuführen.¹⁵ Ihre völkischen und rassistischen Positionen gehören zu den grundlegenden Elementen rechtsextremistischer Ideologie. Folgerichtig sind viele Personen aus dem Bereich der völkischen Siedler zugleich Mitglieder in diversen rechtsextremistischen Organisationen wie der „Identitären Bewegung“. Im Vordergrund steht für sie aber das Bestreben, zu der von ihnen abgelehnten Gesellschaftsordnung eine völkische Gegenwelt zu schaffen, in der sie nach ihren Normen völkisch-kultureller Homogenität leben.

Siedlungsprojekte sind in der rechtsextremistischen Szene immer wieder diskutiert und initiiert worden, ohne dass es über die regionalen Ansätze hinaus zu einer flächendeckenden Realisierung gekommen wäre. In einer Gesamtbetrachtung des Rechtsextremismus gehen von völkischen Siedlern zwar keine ideologischen Zentrifugalkräfte aus, auf lokaler Ebene aber können sie mit ihren ausgrenzenden Positionen zur Belastung für das gesellschaftliche Zusammenleben werden. Präventionsansätze müssen deshalb unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure auf die jeweilige Situation vor Ort zugeschnitten sein. Dem Verfassungsschutz obliegt es, zu beobachten und zu analysieren, ob sich aus dem Zusammenwirken völkischer Siedler dynamische Netzwerkstrukturen von überregionaler Bedeutung herausbilden.

2.4 Rechtsextremistische Musikszene

Gründung/ Bestehen seit	1980er Jahre
Struktur/ Repräsentanz	Heterogenität der organisatorisch nicht gefestigten subkulturellen rechtsextremistischen Szene; eine Ausnahme bilden die „Hammer-skins“ mit einem festen hierarchischen Aufbau; viele Szeneangehörige im jugendlichen Alter
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ¹⁶ Land: 590 →

¹⁵ Vgl. BT-Drs. 19/16742 vom 23.01.2020.

¹⁶ Für den Bund wird seit dem Jahr 2018 das Mitglieder-Potenzial der subkulturell geprägten Rechtsextremisten nicht mehr gesondert ausgewiesen; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

Veröffentlichungen

Publikationen: CD-Veröffentlichungen, Fanzines;
Web-Angebote: Online-Versände, Bekanntmachung von
Konzertterminen über Foren, Veröffentlichungen von Videos

Kurzportrait/Ziele

Der subkulturelle Bereich im Rechtsextremismus ist hauptsächlich von szenetypischer Musik und einem damit verbundenen – nicht selten gewaltorientierten – Lebensstil geprägt. Dabei zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die subkulturelle Szene zunehmend an eigenständiger Bedeutung verloren hat. Sichtbar wird dieser Wandel vor allem in dem fast vollständigen Verschwinden von rechtsextremistischen Skinheads aus dem öffentlichen Straßenbild, welche in den 1980er und 1990er Jahren die gewaltbereite rechtsextremistische Szene maßgeblich geprägt hatten. Zu beobachten sind stattdessen informelle, eher strukturelose Gruppen oder Personenzusammenschlüsse, die kaum regelmäßige Aktivitäten entfalten, die keinen festen Mitgliederstamm haben und die nur sporadisch auf sich aufmerksam machen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Bereichen des Rechtsextremismus sind daher zusehends fließend und verschwommen, so dass eine Unterscheidung nach trennscharfen Kriterien immer schwieriger wird. Rechtsextremistische Einstellungsmuster sind von größerer Bedeutung als die organisatorische Anbindung an eine bestimmte Gruppierung. In der von Männern dominierten Szene spielen Frauen eine untergeordnete Rolle, auch wenn diese nicht zu vernachlässigen ist und in ihrer Bedeutung für die subkulturelle Szene nicht unterschätzt werden darf.

Die fremdenfeindliche Grundeinstellung von subkulturell geprägten Rechtsextremisten kommt dabei unreflektiert, häufig spontan und gewaltsam zum Ausdruck. Sie wird ausgelebt und nicht ideologisch im Sinne eines politischen Ansatzes überhöht. Eine wichtige Rolle spielt hier die rechtsextremistische Musik mit ihrer aufputschenden Wirkung. Sie vermittelt Feindbilder, aber keinen politischen Ansatz.

Rechtsextremistische Musik ist zugleich ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen. Rechtsextremistische Parteien nutzen rechtsextremistische Bands und Liedermacher, um ihre Veranstaltungen für ein jüngeres Publikum attraktiver zu gestalten. In Niedersachsen

allerdings ist aufgrund der geringen Attraktivität und der politischen wie organisatorischen Schwäche der rechtsextremistischen Parteien eine derartige Feststellung nicht zu treffen. Allgemein hat die Musik jedoch den Zweck, rechtsextremistische Ideologie – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Die Liedinhalte formulieren in plakativer, häufig hetzerischer Form die rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellung der Szeneangehörigen. Die Bandbreite rechtsextremistischer Musik erstreckt sich von Black Metal über Schlager bis zu Balladenmusik. Daneben haben die Stilrichtungen Rap und Hip-Hop an Akzeptanz gewonnen, welche insbesondere bei Angehörigen der „Identitären Bewegung“ auf Resonanz stoßen. Den größten Zuspruch innerhalb der subkulturellen Szene erfährt unverändert die Stilrichtung Rock against Communism (RAC).

Finanzierung

Verkauf von rechtsextremistischen Tonträgern sowie Handel mit Devotionalien, darunter Kleidung, die mit rechtsextremistischen Aussagen bedruckt ist. Handel und Verkauf dienen teilweise ausschließlich wirtschaftlichen Interessen, während Einnahmen aus Musikveranstaltungen mitunter Aktivitäten finanzieren.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die Beobachtungswürdigkeit ergibt sich aus der fremdenfeindlichen Grundeinstellung und aus der Gewaltanwendung oder der Bereitschaft zur Gewalt, die für subkulturell geprägte Rechtsextremisten einen Ausdruck von Männlichkeit und Dominanz darstellt. Gewalt wird insbesondere unter Alkoholeinwirkung zuweilen hemmungslos, brutal und meistens spontan ausgelebt. Auch die Liedtexte rechtsextremistischer Musik fördern gewaltorientierte Aktivitäten; sie transportieren Gewaltphantasien, Aufrufe zu Gewalt oder vermitteln Feindbilder. Von eingängigen oder aufputschenden Melodien getragen können die Liedtexte eine suggestive Wirkung entwickeln. Hiermit richten sich subkulturell geprägte Rechtsextremisten gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) sowie gegen den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG). Damit sind sie verfassungsfeindlich; ihre Beobachtung richtet sich nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Rechtsextremistische Musikszene

Rechtsextremistische Musik ist für die subkulturelle Szene von einem hohen werbestrategischen Stellenwert. Gleiches gilt für die neonazistische Szene und für die rechtsextremistischen Parteien NPD, „Die Rechte“ und „Der III. Weg“. Musik hat insbesondere für den Einstieg in die rechtsextremistische Szene eine wichtige Funktion. Damit ist rechtsextremistische Musik ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Szeneangehörigen und dient darüber hinaus dem Zweck, rechtsextremistische Ideologien – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Aufgrund der allgemeinen staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie konnte jedoch die rechtsextremistische Musikszene im Jahr 2020 dieser Funktion kaum nachkommen.

Dagegen weist die Anzahl der Zugriffe auf rechtsextremistische Musikvideos im Internet darauf hin, dass die Verbreitung der Musik weit über das registrierte rechtsextremistische Personenpotenzial hinausreicht. Besonders angesprochen fühlen sich Jugendliche, die ihre soziale Situation in den Liedtexten widergespiegelt finden und die nach Integration in eine Gruppe Gleichgesinnter streben. Die Konfrontation mit rechtsextremistischer Musik kann den Beginn einer Entwicklung markieren, in deren Verlauf sich Jugendliche zunehmend mit der rechtsextremistischen Szene identifizieren. Die Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Musik ist deshalb seit mehreren Jahren ein Schwerpunkt der präventiven Verfassungsschutzarbeit.¹⁷

Das Jahr 2020 war geprägt von verschwörungsideologischen Theorien. In diesem Zusammenhang veröffentlichte der ehemals in Niedersachsen ansässige Vertrieb „Das Zeughaus“ (Bayern) ein Musikvideo des Bandprojekts „Zillertaler Virenjäger“ mit dem Titel „Fahrt zur Hölle“. Im Songtext wird die Corona-Pandemie verschwörungstheoretisch mit rechtsextremistischem Unterton thematisiert:

*„Die WHO, das RKI
und die gefakte Pandemie.
Ein teuflischer Plan.*

¹⁷ Siehe Kapitel 6.

...

*Gleichgeschaltet jedes Land,
eure Agenda ist bekannt.
Doch nicht mit uns.*

...

*Wir sind nur Dreck
und nichts als Vieh
für die Milliarden Pharmaindustrie.
Deshalb leckt uns alle mal am Arsch.*

...

*Für deine Korruption und deine Gier nach Geld
[Anmerkung: gemeint ist Bill Gates]
Und deinen Impfzwang für eine schöne neue Welt.
Dein perfider langersehnter Plan.
Komm fahr damit zur Hölle.*

...

*Ihr großes Ziel ist Terror pur
und die verlogene Coronadiktatur,
ein satanisch-kabbalistischer Plan.
Fahrt damit zur Hölle.“*

Ein wiederkehrendes Thema ist die Verbreitung antisemitischer Verschwörungstheorien. Ein Beispiel hierfür ist das Lied „Schrei die Wahrheit raus“ der Band „Sturm 18“ (Nordrhein-Westfalen). Dieses wurde auf dem im Jahr 2019 herausgegebenen Tonträger „S.A.B.O.T.A.G.E.“ veröffentlicht, welcher im Jahr 2020 durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurde. Neben der Idee, dass die Juden die Weltherrschaft anstrebten und die deutsche Regierung lenken würden, greift der Liedtext auch die rechtsextremistische „Umwolkungsthese“ auf. Darin finden sich auch antisemitische Stereotype (Bankenhäuser, Freimaurer usw.), die als Synonyme für jüdisch kontrollierte Einrichtungen zu verstehen sind:



*„Politiker sind Marionetten, Regierungen nur Varieté
schau hinter die Kulissen, um ihr System zu verstehen.
Bankenhäuser, Freimaurer und One-World-Globalisten
sind auch ein Teil der Eliten, der Kapitalisten.*

...

*Sie verführen dich, auf ihre Freiheit zu vertrauen,
wenn sie Ketten schmieden und Käfige bauen.*

*Sie verführen dich, ihre Worte nachzureden,
wenn die Invasoren uns die Heimat stehlen.*

Die Produzenten solcher Musik lassen Tonträger vor ihrem Erscheinen durch Rechtsanwälte auf mögliche Rechtsverstöße überprüfen, um Indizierungsmaßnahmen, strafrechtliche Verfahren und damit einhergehende finanzielle Verluste zu vermeiden. Strafrechtlich relevante CDs, deren Anteil weniger als zehn Prozent beträgt, werden bis auf wenige Ausnahmen im Ausland produziert.

Nach wie vor erscheinen Tonträger, die nur szeneeintern und nicht über offen zugängliche Szenevertriebe verkauft werden. Da eine Strafverfolgung hier fast nicht möglich ist, äußern die Bandmitglieder in den Texten offen ihr fremdenfeindliches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut. Häufig wird offen zur Gewalt gegen die von der Szene als Feinde betrachteten Personen aufgerufen oder sie werden anderweitig bedroht. Derartige Tonträger werden von der BPjM regelmäßig geprüft und ggf. als jugendgefährdend und möglicherweise strafrechtlich relevant bewertet und indiziert.

Immer häufiger werden neue Tonträger kurz nach ihrer Veröffentlichung in Download-Portalen oder in sozialen Netzwerken im Internet angeboten und gratis zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung bietet zwar einerseits die Möglichkeit, über die Szene hinaus einen größeren Verbreitungsgrad rechtsextremistischer Musik zu erreichen. Andererseits führt das kostenfreie Herunterladen aus dem Internet zu finanziellen Einbußen der betroffenen Bands und Musiker, die wiederum befürchten, weniger CDs zu verkaufen und die Produktionskosten nicht mehr decken zu können. Um dem entgegenzuwirken und dem Nutzerverhalten insbesondere der jungen Hörerschaft entgegenzukommen, versuchen rechtsextremistische Musiker über Streaming-Dienste ihre Tonträger zu verbreiten. Der Sänger der rechtsextremistischen Band „FLAK“ (Rheinland-Pfalz) hat die Veröffentlichung seines Tonträgers „Balladen für Deutschland“ bei den Streaming-Diensten wie folgt beworben:

„FLAK geht in die Online Stores.

... Damit sind wir auch endlich im digitalen Zeitalter angekommen und freuen uns, dass unsere Musik nun auch zeitgemäß Verbreitung findet.“

Die Anzahl rechtsextremistischer Musikgruppen hat sich bundesweit in den letzten Jahren kaum verändert. Dabei handelt es sich nicht um einen permanent gleichbleibenden Kreis von Musikgruppen. Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit. Mitunter finden sich Mitglieder rechtsextremistischer Bands unter neuem Namen einmalig für Musikprojekte zusammen.

Bundesweit fanden 27 rechtsextremistische Konzerte (2019: 64) statt, bei denen der regionale Schwerpunkt in Sachsen lag. In Niedersachsen gab es kein Konzert.¹⁸

Die Corona-Pandemie hatte massive Auswirkungen auf die Durchführung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen. Kontaktbeschränkungen und das Verbot von Veranstaltungen mit größeren Teilnehmerzahlen führten zur Absage geplanter Veranstaltungen oder zu einem Ausweichen auf das nächste Jahr.

Die in Deutschland zumeist konspirativ organisierten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen werden durchschnittlich von 100 bis 150 Personen besucht. Die Ankündigungen für diese Konzerte erreichen in der Regel nur Szeneangehörige, so dass eine Werbewirkung für Interessierte ohne Szenebezug nahezu ausgeschlossen ist.

Ein fortlaufender Trend ist die Durchführung rechtsextremistischer Großveranstaltungen mit Musikdarbietungen namhafter Szenebands als zentralem Bestandteil, die von Wortbeiträgen einschlägiger Redner flankiert werden. Diese Veranstaltungen sind als politische Kundgebungen angemeldet und lassen sich daher nur schwer verbieten. Wegen des erhöhten Organisationsaufwandes und des finanziellen Risikos sind die Organisatoren in diesen Fällen bereit, die Veranstaltung bei den Ordnungsbehörden anzumelden und die staatlichen Auflagen, bis hin zu einem generellen Alkoholverbot, einzuhalten.

Eine dieser politischen Kundgebungen sollte die vierte Auflage des „Schild & Schwert“-Festivals in Ostritz (Sachsen) sein. Die erneut

¹⁸ Siehe Abschnitt „Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen“.

von dem Neonazi und stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Thorsten Heise aus Thüringen angemeldete Veranstaltung war ursprünglich für den 12. und 13.06.2020 geplant und wurde zunächst auf den 25. und 26.09.2020 verschoben. Neben populären rechtsextremistischen Bands wie „Oidoxie“ (Nordrhein-Westfalen) und „Die Lunikoff Verschwörung“ (Berlin) waren auch Auftritte der niedersächsischen Band „Gassenraudi“ sowie von „Hannes“, dem Soloprojekt von Hannes Ostendorf aus Lilienthal (Landkreis Osterholz) angekündigt. Die politische Kundgebung wurde wegen der staatlichen Corona-Beschränkungen auf das Jahr 2021 verschoben. Das erste „Schild & Schwert“-Festival im April 2018 hatten rund 1.300 Personen besucht. Die zweite Veranstaltung im November 2018 fand mit rund 800 Teilnehmenden schon weniger Resonanz. An der dritten politischen Kundgebung am 21. und 22.06.2019 nahmen in der Spitze rund 700 Personen teil.

Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen

Im Jahr 2020 waren vier niedersächsische Musikgruppen sowie zwei Liedermacher aktiv.

„Stahlgewitter“/„Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“

Daniel Giese war mit seinen Musikprojekten im Jahr 2020 nicht aktiv. Allerdings veröffentlichte die Band „Kahlkopf“ den Tonträger „Dein Volk ist alles“, bei dem Daniel Giese als Sänger fungiert. Dabei wurden nicht indizierte Lieder der bereits herausgegebenen Tonträger „Pogo im Parlament“ (1997) und „Im Namen des Herrn“ (2001) neu aufgelegt. Der Titel des Tonträgers greift das von den Nationalsozialisten propagierte „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ auf. Mit diesem Motto wurde der Gedanke einer rassistisch verstandenen, homogenen „Volksgemeinschaft“ verbunden, in der die Interessen des Einzelnen bedingungslos der Gemeinschaft untergeordnet werden mussten.



Die im Jahr 2019 neu aufgelegte CD „Teppichzimmer-Terroristen“ der Band „Kahlkopf“ mit Daniel Giese als Sänger wurde von der BPjM im Jahr 2020 indiziert. Ebenso wurde der 2017 veröffentlichte Tonträger „Schlimmer als die Pest“ von Daniel Gieses Projekt „In Tyrannos“ seitens der BPjM auf die Liste der jugendgefährdenden Medien gesetzt.

Die verschiedenen Projekte von Daniel Giese finden seit vielen Jahren große Beachtung in der rechtsextremistischen Szene. Dies betrifft sowohl die durchaus versierten musikalischen Darbietungen als auch die rechtsextremistischen Texte, die sich zuweilen an der Grenze der Strafbarkeit bewegen. Der Sänger und Gitarrist der Gruppe „FLAK“ erklärte hierzu: „Stahlgewitter ist die größte nationalistische Band weltweit.“

„Hannes“/„Kategorie C“/„Nahkampf“

Die Bands „Kategorie C“ und „Nahkampf“ waren personenidentische Projekte um den Sänger Hannes Ostendorf aus Lilienthal (Landkreis Osterholz), der diese zum Ende des Jahres 2019 aufgelöst hat. Seit der Beendigung seiner Bandprojekte ist Hannes Ostendorf als Liedermacher „Hannes“ in der rechtsextremistischen Musikszene aktiv. Ein Auftritt war beim „Schild & Schwert“-Festival am 26.09.2020 in Ostritz (Sachsen) geplant, welches jedoch wegen der staatlichen Corona-Beschränkungen abgesagt wurde. Hannes Ostendorf veröffentlichte als Solist „Hannes“ den Tonträger „100 Jahre altes Holz“. Für das darauf enthaltene Lied „Total dicht“ produzierte Hannes Ostendorf gemeinsam mit zwei weiteren rechtsextremistischen Musikern ein Musikvideo. Das Lied thematisiert die Corona-Pandemie und die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen:



*„In Wuhan aus einem Labor herausgeschlichen,
ein Virus die Menschen in Angst versetzt,
die Medienlandschaft sofort global angeglichen,
Alarmstufe rot bei einem grippalen Infekt.
Der Tod lauert überall auf jeder Oberfläche,
Angst sollst du haben, du könntest verrecken,
es gibt natürlich nur noch Coronatote,
bleib bloß daheim, warte auf die nächste Prognose.*

(Ref.)

*Totale Überwachung und Ausgangssperre,
ein Schelm wer sich böses dabei denkt,
Passierschein und Abstandsatmosphäre,
die Herde wird in einen Stall gedrängt.*

*Überwachung nur für eine Bevölkerungsschicht,
Grenzen nur für uns Deutsche geschlossen,
denn Flughäfen und Geschäfte bleiben jetzt dicht,
lang genug habt ihr eure Freiheit genossen!“*



„Kategorie C“ veröffentlichte als „Abschluss-CD“ den Tonträger „Tradition verpflichtet“ sowie eine DVD mit Ausschnitten eines im Jahr 2019 durchgeführten „Abschiedskonzertes“. Die als „Kategorie C“ veröffentlichten Texte waren eher unpolitisch, hier standen der Fußballbezug sowie die Gewaltbereitschaft von Hooligans im Vordergrund.

Der 1995 veröffentlichte Tonträger „Schutt und Asche“ der Band „Nahkampf“ wurde von der BPjM 2020 folgeindiziert.

Mit den Texten der Band „Nahkampf“ widmete sich Hannes Ostendorf eher politischen Themen, aber auch rechtsextremistischen Inhalten.

Neben seinem Musikprojekt betreibt Hannes Ostendorf weiterhin einen eigenen Online-Versand, bei dem Tonträger und umfangreiche Devotionalien seiner aktiven und inaktiven Musikprojekte angeboten werden. In Ergänzung dazu unterhält er eine eigene Applikation (App) für mobile Endgeräte. Dieses Angebot macht deutlich, dass ein Hauptinteresse in der Gewinnoptimierung liegt.

„Eichenlaub mit Schwertern“

Das Musikprojekt „Eichenlaub mit Schwertern“ aus Südniedersachsen veröffentlichte im Jahr 2020 den Tonträger „Unter der Sonne“. Unterstützt wurde die Band dabei von rechtsextremistischen Musikern aus anderen Bundesländern. Des Weiteren ist die Band mit dem Lied „Haltet stand“ auf dem 2020 veröffentlichten Sampler „Punikoff hört rein Vol. 2“ vertreten.

„Gassenraudi“

Die aus dem Raum Braunschweig stammende Musikgruppe veröffentlichte anlässlich ihres fünfjährigen Bandbestehens den Tonträger „Niemals nur Zaungast!“. Es handelt sich dabei um eine Zusammenstellung bereits herausgegebener Samplerbeiträge, neuer Lieder sowie um Proberaumaufnahmen. In dem Lied „Sitting Bull“ vergleicht die Band den Widerstand der indigenen Bevölkerung gegen die

U.S.-amerikanische Regierungspolitik mit den Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland. Auch hier kommen szenetypische Überfremdungsängste zum Ausdruck, wenn es heißt:

*„Doch die Geschichte hat uns eins gelehrt,
wer zu spät reagiert wird ins Reservat gesperrt.
Die Ureinwohner existieren nicht mehr,
denn als Einwanderungsland hat man es doppelt so schwer.“*



Mit dem auf diesem Tonträger ebenfalls veröffentlichten Lied „Un-geniert“ ist „Gassenraudi“ auf dem 2020 herausgegeben Sampler „Punikoff hört rein Vol. 2“ vertreten. „Gassenraudi“ sollte ebenfalls auf dem abgesagten „Schild & Schwert“-Festival in Ostritz (Sachsen) auftreten.

„Flatlander“

Der Liedermacher „Flatlander“ aus dem Landkreis Leer trat am 08.02.2020 beim sogenannten „Tag der Ehre“ in Budapest (Ungarn) auf. Die jährliche Veranstaltung wird maßgeblich von Angehörigen des ungarischen „Blood & Honour“-Netzwerkes organisiert. Bei dem Aufmarsch wird den bei der Befreiung von Budapest im Jahr 1945 gefallenen Soldaten gedacht, wobei insbesondere der positive Bezug auf die Waffen-SS und deren Glorifizierung eine bedeutende Rolle einnehmen. Ein weiterer Auftritt erfolgte während des ersten Corona-Lockdowns am 25.04.2020 per Livestream im Internet. „Flatlander“ veröffentlichte den Tonträger „MMXX“ mit drei eigenen Liedern und fünf Coverversionen, darunter ein Lied des „Blood & Honour“-Gründers Ian Stuart Donaldson. Mit dem Sänger der Band „FLAK“ (Rheinland-Pfalz) produzierte er das Lied „Der letzte Kuss“, welches in den Sozialen Medien hochgeladen und auf dem 2020 erschienen Sampler „20 Jahre Bruderschaft HSF“ der Hammerskins Franken (Bayern) veröffentlicht wurde.



Neben seinen musikalischen Aktivitäten entwirft „Flatlander“ Grafiken für Tonträger anderer rechtsextremistischer Musiker, wie z. B. für die 2020 veröffentlichte Solo-CD „Balladen für Deutschland“ des Sängers der Band „FLAK“ (Rheinland-Pfalz).

Rechtsextremistische Konzerte und Liederabende in Niedersachsen

Die Strategie zur Durchführung rechtsextremistischer Konzerte hat sich gegenüber den Vorjahren nicht geändert. Konzerte finden wie bisher vornehmlich in kleineren Orten statt. Raumanmietungen erfolgen häufig unter dem Vorwand, eine von Musikdarbietungen umrahmte Geburtstagsfeier durchführen zu wollen. Einige Veranstalter sind als Reaktion auf Exekutivmaßnahmen der Polizei dazu übergegangen, mit Ausweichstätten zu planen. Im Eventualfall werden Besucher dann per SMS oder Instant Messaging Diensten über einen Zwischentreffpunkt zur Ausweichstätte umdirigiert. Mit solch umfangreichen Vorplanungen versuchen die Veranstalter, ihr Geschäftsrisiko zu reduzieren.

In Niedersachsen wurde im Jahr 2020 wie in den beiden Vorjahren kein Konzert durchgeführt. Die Corona-Pandemie hat die Durchführung organisierter rechtsextremistischer Musikveranstaltungen im Jahr 2020 bundesweit merklich eingeschränkt. Auch aus diesem Grund haben in Niedersachsen keine Konzerte oder Liederabende stattgefunden.

Nach dem ersten Lockdown galten weiterhin die Beschränkungen für Veranstaltungen mit relevanten Teilnehmerzahlen, so dass lediglich Treffen im näheren Bekanntenkreis von Szeneangehörigen festgestellt wurden. Bei diesen Zusammenkünften, wie sie am 10.07.2020 und am 12.09.2020 stattgefunden haben, stehen musikalische Darbietungen nicht im Vordergrund.

Rechtsextremistische Vertriebe

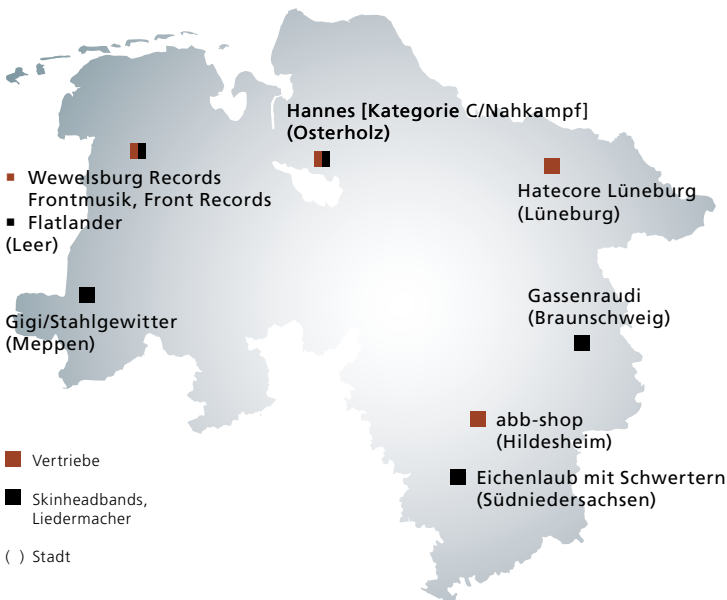
Die Nachfrage der rechtsextremistischen Szene nach Tonträgern, Druckerzeugnissen und Bekleidung sowie weiteren szenetypischen Artikeln wird durch rechtsextremistische Vertriebe bedient, die insbesondere über das Internet ein permanent aktualisiertes Angebot bereithalten. Die unverändert hohe Zahl an Vertrieben zeigt, dass der subkulturelle Bereich fester Bestandteil des Rechtsextremismus ist. Wichtige deutsche Vertriebe sind „PC Records“ und „OPOS Records“ (beide Sachsen) sowie „Rebel Records“ (Brandenburg). Die Betreiber sind oft zugleich Mitglieder rechtsextremistischer Bands oder treten als Veranstalter rechtsextremistischer Konzerte in Erscheinung, bei denen sie ihr Warenangebot offerieren. Strafrechtlich relevante oder indizierte Produktionen befinden sich im Angebot

ausländischer Vertriebe. Zu nennen sind „ISD Records“ und „NSM 88“. Das Angebot umfasst beispielsweise Tonträger der Bands „Landser“ (Berlin) und „Race War“ (Baden-Württemberg), deren Mitglieder in Deutschland wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung am 22.12.2003 bzw. am 22.11.2006 verurteilt worden sind.

Niedersächsische Vertriebe

In Niedersachsen sind sechs Vertriebe ansässig. Dabei spielen „abb-shop“ (Hildesheim), „Hatecore Lüneburg“ und „Wewelsburg Records“ (Leer) in der Szene eine eher untergeordnete Rolle, weil sie Produktionen weniger namhafter Musikbands vertreiben und damit auch einen geringeren Umsatz verzeichnen. Die Vertriebe „Frontmusik“ und „Front Records“ haben ihren Sitz zu Beginn des Jahres 2020 nach Leer verlegt. Weil das Angebot dieser Vertriebe auch namhafte Bands umfasst, ist ihr Bekanntheitsgrad innerhalb der rechtsextremistischen Szene größer. Der Betreiber von „Wewelsburg Records“, „Frontmusik“ sowie „Front Records“ ist im Sommer 2020 nach Thüringen verzogen.

Der Online-Versand „Kategorie C“ wird trotz Auflösung der Band weiterhin betrieben. Dieser bietet ausschließlich Tonträger und Devoationalien der Musikprojekte von Hannes Ostendorf an.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die subkulturelle Szene verlangt kein stringentes politisches Engagement, sondern stellt in erster Linie ein Angebot zur Freizeitgestaltung dar. Zu diesem Bereich des Rechtsextremismus liegt die Zugangsschwelle für jüngere Personen mit einer fremdenfeindlichen Grundeinstellung am niedrigsten. Rechtsextremistische Musik ist dabei nach wie vor ein wichtiges Medium für die Rekrutierung neuer Anhänger sowie für die Radikalisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Mit den Liedtexten werden zumeist rassistische, antisemitische und antidemokratische Ideologien proklamiert. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen fördern das Gemeinschaftsgefühl von Szeneangehörigen insbesondere gegenüber der als feindlich empfundenen Umwelt. In der Vergangenheit wurde in den Liedtexten vorrangig die NS-Zeit glorifiziert. Heute ist bei neuen Produktionen eher ein Bezug zur aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung festzustellen.

Die rechtsextremistische Musikszene ist im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von bestehenden Trends und bekannten Tendenzen abgewichen. Eine Besonderheit stellt zum einen die thematische Befassung mit dem Virus in den Musiktexten dar. Es ist der Versuch, mit der eigenen rechtsextremistischen Weltsicht an ein aktuelles politisches Thema anzuschließen. Zum anderen bestehen in der Corona-Pandemie erhebliche Einschränkungen bei der Durchführung von Veranstaltungen mit Livemusik. Ein Wiederanstieg der Aktivitäten ist frühestens nach einem möglichen Ende der Pandemie und der Aufhebung der hierzu ergangenen Auflagen und Beschränkungen zu erwarten.

Die rechtsextremistische Musikszene in Niedersachsen ist weitgehend inaktiv. Erwähnenswert ist der Sänger Daniel Giese, dessen verschiedene Projekte seit vielen Jahren große Beachtung in der rechtsextremistischen Szene finden. Niedersächsische Vertriebe haben bundesweit keinen großen Stellenwert, eine Ausnahme stellen die Versände „Frontmusik“ und „Front Records“ dar.

Um den gestiegenen Ansprüchen der Hörerschaft zu genügen, sind kostspielige Produktionen in professionellen Tonstudios sowie aufwändig gestaltete Booklets erforderlich. Video- und Download-Portale lassen hingegen die Verkaufszahlen von Tonträgern und damit die Einnahmen der Bands und Vertriebe zurückgehen. Hierdurch reduziert sich auch das finanzielle Potenzial der rechtsextremistischen Szene.

2.5 Neonazistische Szene

Sitz/Verbreitung	Niedersachsenweit; Schwerpunkte in den Regionen Braunschweig, Hannover/Hildesheim, Oldenburg, Ostfriesland/Emsland, Südniedersachsen/Harz
Gründung/ Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur/ Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von Aktionsgruppen, informellen Netzwerken, Kameradschaften oder Kreisverbänden der Partei „Die Rechte“; hinzu kommen überwiegend virtuelle Präsenzen
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ¹⁹ Land: 240 ↘
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in sozialen Netzwerken und Kurznachrichtendiensten; Broschüren, Aufkleber, Flugblätter
Kurzportrait/Ziele	Kennzeichnend für die neonazistische Szene in Niedersachsen ist die Verzahnung mit subkulturell geprägten Rechtsextremisten sowie mit der in Parteien organisierten rechtsextremistischen Szene. Der allgemeinen Entwicklung folgend, die durch ein Abrücken von starren Organisationsstrukturen gekennzeichnet ist, sind Neonazis in den verschiedenen Landesteilen Niedersachsens zumeist in überregionale rechtsextremistische Netzwerke eingebunden. Die Bandbreite der Aktivitäten reicht von der Durchführung öffentlichkeitswirksamer Propaganda-, Gedenk- oder Störaktionen über die Veranstaltung von Balladenabenden und Zeitzeugenvorträgen bis zur Teilnahme an Demonstrationen oder szeneeinternen Großveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Im Mittelpunkt der Agitation steht die angeblich drohende und vermeintlich zum „Volkstod“ führende „Überfremdung“, die durch die anhaltende Flüchtlingssituation nochmals verstärkt worden sei. Gleichzeitig versuchen Neonazis, an die aktuellen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen anzuknüpfen.

¹⁹ Für den Bund wird seit dem Jahr 2018 das Mitglieder-Potenzial der neonazistischen Szene nicht mehr gesondert ausgewiesen; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

Finanzierung

Beiträge der Anhänger, Vermarktung und Verkauf rechtsextremistischer Devotionalien wie T-Shirts o. Ä.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

In ideologischer Hinsicht sieht die neonazistische Szene das unterschiedlich ausgeprägte Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Ziel ist die Überwindung des bestehenden demokratischen Systems. An dessen Stelle soll ein am Führerprinzip ausgerichteter Staatsaufbau treten, dessen Grundlage eine rassistisch verstandene Volksgemeinschaft bildet. Hiermit richtet sich die neonazistische Szene gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) und ist damit verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG).

Die neonazistische Szene sieht sich als eine politisch-soziale Bewegung, die auf stetigen Aktivismus setzt und nicht auf parlamentarische Erfolge. Bestimmend für diese langfristig angelegte Strategie ist eine national-revolutionäre antiparlamentarische Ausrichtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die neonazistische Szene in Niedersachsen ist weiterhin geprägt von einer Heterogenität, die gleichermaßen personell und strukturell wie auch aktionistisch zum Ausdruck kommt. Einerseits bestehen Gruppierungen, die durchaus um politische Wahrnehmung mittels öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie Flugblattverteilungen, Kundgebungen oder Demonstrationsteilnahmen bemüht sind, während sich ihre Anhängerzahlen im niedrigen einstelligen Bereich bewegen. Andererseits existieren auch Szenen, die zwar über teilweise deutlich höhere Anhängerzahlen verfügen, deren Aktivitäten jedoch nahezu ausschließlich Binnenwirkung entfalten.

Zur Verbesserung personeller und organisatorischer Möglichkeiten dienen überregionale Netzwerke. Allerdings ist deren Bedeutung recht gering. Denn das dahinterstehende reale Personenpotenzial fällt im Vergleich zur Größe des jeweiligen Einzugsbereichs oftmals deutlich ab. Personelle und strukturelle Zwänge sind die Ursache für Kooperationen mit der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) wie auch mit den Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“. Darüber hinaus sind die Übergänge zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen

Szene sowie zur islamfeindlichen Hooliganszene teilweise fließend. Eigenständige Strukturen und Aktionen der neonazistischen Szene in Niedersachsen waren im Berichtsjahr kaum zu verzeichnen. Hingegen waren von den im Jahr 2020 bundesweit durchgeführten staatlichen Exekutivmaßnahmen gegen die rechtsextremistische Szene auch Gruppierungen und Personen mit Bezug zur neonazistischen Szene in Niedersachsen betroffen. Derartige gewaltorientierte Strukturen bilden einen Schwerpunkt bei der Beobachtung der neonazistischen Szene durch die Verfassungsschutzbehörden, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten rechtsterroristischen Anschläge in Deutschland, u. a. des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 02.06.2019, des Angriffs mit zwei Todesopfern auf eine Synagoge und einen Dönerimbiss in Halle (Sachsen-Anhalt) am 09.10.2019 und des tödlichen Angriffs auf neun Menschen mit Migrationshintergrund in Hanau (Hessen) am 19.02.2020.

Rechtsextremistische Propagandastraftaten – „Calenberger Bande“

Mit der Parole „Wer räumt auf in diesem Lande? Die Calenberger Bande!“ setzten die Angehörigen der Gruppierung aus dem Raum Hannover im Januar 2020 ihre Mitte 2019 begonnene Serie von Sachbeschädigungen fort. Erstmals war die Gruppierung im August 2019 durch eine Plakataktion („Achtet das Volk“) in Ronnenberg (Region Hannover) öffentlich bekannt geworden. Seither erfolgten weitere propagandistische Aktivitäten in Form von Flugblattverteilungen und Parolenschmierereien, u. a. gezielt im Bereich von weiterführenden Schulen in der Region Hannover. Diese Aktionen sind ein Beleg für die fremdenfeindliche, rassistische und antiliberalistische Ausrichtung der Gruppierung. Im Rahmen von Durchsuchungsmaßnahmen bei mutmaßlichen Angehörigen der „Calenberger Bande“ wegen des Vorwurfs der Sachbeschädigung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurden am 28.01.2020 mögliche Tat- bzw. Beweismittel, darunter Spraydosen, elektronische Datenträger und Mobiltelefone, beschlagnahmt. Gegenstand der polizeilichen Ermittlungen waren zudem die Brandanschläge auf das Haus eines jüdischen Ehepaares im Mai 2019 und auf das Haus einer kurdischen Familie im November 2019, die beide aufgrund von Internetrecherchen mit der Gruppierung in Verbindung gebracht wurden. Seit Durchführung der Exekutivmaßnahmen sind bislang keine weiteren Aktivitäten der „Calenberger Bande“ bekannt geworden.

Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB – „Gruppe S.“

Am 14.02.2020 fanden auf Antrag der Generalbundesanwaltschaft und auf richterliche Anordnung bundesweit Durchsuchungsmaßnahmen bei insgesamt zwölf Beschuldigten statt, die der rechts-extremistischen Szene zugerechnet werden. In Niedersachsen richteten sich die Maßnahmen gegen einen zum Tatzeitpunkt 39-jährigen Mann aus Wriedel (Landkreis Uelzen), der zuvor als Angehöriger der Gruppierung „Freikorps Heimatschutz“ bekannt geworden war. Die Beschuldigten stehen im Verdacht, der als rechtsterroristisch eingestuftem Vereinigung „Gruppe S.“ (benannt nach deren Anführer) anzugehören.

Konkreter Anlass für die Durchsuchungen waren Pläne der Gruppe zur Waffenbeschaffung, um mit diesen Waffen Anschläge auf Moscheen in der Bundesrepublik zu begehen. Die Pläne waren im Rahmen eines Treffens von Angehörigen der „Gruppe S.“ am 08.02.2020 in Minden (Nordrhein-Westfalen) erörtert worden. Die finanziellen Mittel zur Beschaffung der Waffen sollten von den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Bei den polizeilichen Durchsuchungen wurden u. a. Bargeld, Gold und Silber, aber auch Hieb- und Stichwaffen, Schreckschusspistolen, selbstgebaute Granaten und eine sogenannte Slam Gun (selbstgebaute Schrotflinte) sowie Anleitungen zum Bombenbau sichergestellt. Die Anklage der Generalbundesanwaltschaft gegen die Mitglieder und Unterstützer der „Gruppe S.“ lautet daher auf Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB. Deren Ziel soll die Begehung von Anschlägen auf Moscheen, Geflüchtete und Politiker gewesen sein, um bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen.

Das Verfahren vor dem OLG Stuttgart ist noch nicht abgeschlossen.

Androhung einer rechtsextremistisch motivierten Amoktat im Internet – Hildesheim

Nachdem er am 29.05.2020 in einem anonymen Chat im Internet einen Anschlag auf eine Moschee mit mehreren Toten angekündigt hatte, wurde ein 21-jähriger Mann aus Hildesheim noch am gleichen Tag von der Polizei festgenommen. Im Rahmen der Durchsuchung seiner Wohnung wurden zwei nicht vollständig funktionsfähige Armbrüste sowie ein Teleskopschlagstock und ein Fahrtenmesser sichergestellt. Neben

ideologischen Schriften und rechtsextremistischen Tonträgern wurde zudem eine handschriftliche, in Ansätzen einem Manifest ähnelnde Ankündigung eines Amoklaufes vorgefunden, zu dessen Durchführung dem Beschuldigten lediglich noch die Waffen fehlen würden.

Im Kontext zu den ebenfalls vorgefundenen Hinweisen, dass der Beschuldigte in dem Täter des rechtsterroristischen Anschlages von Christchurch in Neuseeland ein Vorbild gesehen hat und ähnlich handeln wollte, bedeutete diese Ankündigung ein besonderes Gefahrenpotenzial. Bei dem Angriff auf zwei Moscheen im März 2019 wurden von einem rechtsextremistisch motivierten Angreifer, der seine Tat live im Internet gestreamt hatte, insgesamt 51 Menschen getötet und 50 weitere zum Teil schwer verletzt. Auch das Ziel des Hildesheimer Beschuldigten sei es gewesen, möglichst viele Muslime zu töten.

Die bei der Generalstaatsanwaltschaft in Celle eingerichtete Zentralstelle Terrorismusbekämpfung hatte zunächst Anklage vor der Staatschutzkammer des Landgerichts Lüneburg erhoben. Auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft wurde vom Landgericht Lüneburg Haftbefehl gegen den Beschuldigten erlassen. Der Vorwurf lautete Störung des öffentlichen Friedens durch die Androhung von Straftaten gemäß § 126 StGB und auf Verdacht der Terrorismusfinanzierung durch die Anschaffung der zur mutmaßlichen Tatausführung bestimmten Waffen gemäß § 89c StGB. Weil der Mann zum Tatzeitpunkt einzelner Vorwürfe noch Heranwachsender war, hat die Generalstaatsanwaltschaft ihre Anklage vor der Jugendkammer des Landgerichts Hildesheim neu erhoben. Am 14.01.2021 wurde der mittlerweile 22-Jährige vom Vorwurf der Vorbereitung einer terroristischen Gewalttat freigesprochen. Ein Gutachter hatte dem Angeklagten eine Zwangs- und Angststörung bescheinigt und ihn als „psychisch gestörten Einzeltäter“ bezeichnet. Die Staatsanwaltschaft hatte dagegen eine Haftstrafe von drei Jahren gefordert. Nach Anordnung des Gerichts soll der junge Mann seine Behandlung in einer psychiatrischen Klinik fortsetzen und danach in eine Einrichtung für betreutes Wohnen ziehen.

Versuch der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion – Einbeck

Die Zentralstelle Terrorismusbekämpfung der Generalstaatsanwaltschaft in Celle hatte zudem im Juni 2020 ein Ermittlungsverfahren gegen einen 26 und einen 23 Jahre alten Mann aus Einbeck eingeleitet, die beide der neonazistischen Szene in der Region zugerechnet werden. Die Män-

ner haben am 10.06.2020 einen nicht zugelassenen pyrotechnischen Gegenstand, einen sogenannten Polenböllner, in den Briefkasten der hölzernen Eingangstür eines Wohnhauses in Einbeck geworfen. Bei der Tat verletzte sich einer der Männer schwer an den Händen. Eine Blutspur führte vom Tatort bis zu einer Wohnung, in der sich die Männer aufhielten. Die Verdächtigen wurden festgenommen und saßen wegen Fluchtgefahr bis zum Prozessbeginn in Untersuchungshaft.

Die Anklage lautete auf Sachbeschädigung sowie auf versuchter Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion gemäß § 308 StGB und auf versuchter schwerer Brandstiftung gemäß § 306a StGB. Am 24.11.2020 verurteilte das Amtsgericht Einbeck den 26-jährigen Hauptangeklagten zu einer Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren. Der inzwischen 24-jährige Mittäter erhielt eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Beide hatten zu Prozessbeginn die gegen sie erhobenen Vorwürfe eingeräumt. Die Staatsanwaltschaft hatte zunächst auch gegen einen dritten Beschuldigten ermittelt, konnte dem 21-Jährigen aber keine Tatbeteiligung nachweisen. Bei den Verurteilten handelt es sich um langjährige Angehörige bzw. Sympathisanten der ehemaligen „Kameradschaft Einbeck“, die sich im Februar 2020 zwar aufgelöst hat, deren Mitglieder aber weiterhin aktiv sind und sich kurze Zeit später im Kreisverband Einbeck/Northeim der Partei „Die Rechte“ neu organisiert haben. Mit der Tat selbst wurde das Ziel verfolgt, die Bewohnerin, die sich gegen rechtsextremistische Aktivitäten in der Region engagiert und im Rahmen der Flüchtlingshilfe für die Organisation „Seebrücke“ tätig ist, zu schädigen und einzuschüchtern.

Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung – Verbotsverfahren „Nordadler“

Am 23.06.2020 hat der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat die rechtsextremistische Gruppierung „Nordadler“ verboten, die auch unter den Bezeichnungen „Völkische Revolution“, „Völkische Jugend“, „Völkische Gemeinschaft“ und „Völkische Renaissance“ auftrat. Die Gruppierung richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Zudem verstießen ihre Aktivitäten gegen Strafgesetze.

Im Rahmen der Vollstreckung fanden Durchsuchungsmaßnahmen bei führenden Mitgliedern der Gruppierung in Brandenburg, Nie-

dersachsen (Harz und Region Hannover), Nordrhein-Westfalen und Sachsen statt. Sichergestellt wurden überwiegend PCs, Laptops und Smartphones sowie NS-Literatur und NS-Devotionalien. Waffen wurden nicht gefunden.

Bei der Gruppierung „Nordadler“ handelte es sich um eine rechtsextremistische Vereinigung, die ihre nationalsozialistische und antisemitische Ideologie überwiegend im Internet propagierte. Zur Rekrutierung neuer Anhänger sowie zur Verbreitung ihrer Ziele nutzte sie neben einer eigenen Internetseite auch zahlreiche offene und geschlossene Chatgruppen auf diversen Plattformen und Sozialen Medien wie Telegram, Instagram oder Discord. Darüber hinaus fanden aber auch realweltliche Treffen ihrer Anhänger statt.

Charakteristisch für die Gruppierung war vor allem die Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus. Ihre Mitglieder nutzten nationalsozialistische Symbole und Begriffe, propagierten die Wiedererrichtung des NS-Staates und glorifizierten die SS, Adolf Hitler und führende Repräsentanten des historischen Nationalsozialismus. Kennzeichnend waren zudem ein stark ausgeprägter Antisemitismus und eine kämpferisch-aggressive Grundhaltung, die etwa in Gewaltphantasien zum Ausdruck kam²⁰.

Demonstrationen

Demonstrationen waren für die neonazistische Szene lange Zeit das wichtigste Mittel, um ihr ideologisches Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen und um sich gleichzeitig als Bewegung zu präsentieren. Demonstrationen können als Indikator für die thematische Schwerpunktsetzung und die Mobilisierungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene angesehen werden. Die Bereitschaft zur Demonstrationsteilnahme hat in den letzten Jahren allerdings stark nachgelassen. Im Berichtsjahr kamen zudem Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hinzu.

Von der Demonstrationsmüdigkeit betroffen ist auch der Gedenkmarsch in Dresden (Sachsen), der jedes Jahr aus Anlass der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten im Februar 1945 stattfindet und der für die neonazistische Szene bislang von großer Bedeutung war. An der diesjährigen Veranstaltung am 15.02.2020 mit rund

²⁰ Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Pressemitteilung vom 23.06.2020: Bundesinnenminister Seehofer verbietet „Nordadler“.

1.300 deutschen und ausländischen Teilnehmenden beteiligten sich aus Niedersachsen sowohl Mitglieder der NPD/JN und der Partei „Die Rechte“ als auch Angehörige der subkulturell geprägten Bruderschaften „Blood Brother Nation“ und „Brigade 8“ sowie der neonazistischen Szene aus Hannover, dem Harz und Südniedersachsen. Letztere führten das Transparent der „Kameradschaft Northeim“ mit sich, das ein Relikt aus der Zeit der ehemaligen Kameradschaft um Thorsten Heise darstellt. Trotz des Umzuges von Heise ins thüringische Eichsfeld bestehen die Verbindungen im Dreiländereck von Hessen, Niedersachsen und Thüringen fort. Das Transparent bringt diese nach wie vor bestehende traditionswahrende und identitätsstiftende Bedeutung für die regionale Szene zum Ausdruck.

Der Bedeutungsverlust von Demonstrationen zeigt sich insbesondere am Beispiel der Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ), der in diesem Jahr voraussichtlich zum letzten Mal stattgefunden hat. An der Abschlussdemonstration am 06.06.2020 in Worms (Rheinland-Pfalz) beteiligten sich lediglich etwa 60 Rechtsextremisten, darunter einzelne Szeneangehörige aus Niedersachsen um den Mitinitiator der Kampagne, den bekannten Neonazi Dieter Riefing aus dem Raum Hildesheim. Die abnehmende Bereitschaft zur Teilnahme am TddZ, der ehemals zu den zentralen Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene gehörte, ist jedoch kein neuer Trend, sondern zeichnet sich bereits seit Jahren ab.

Daneben beteiligten sich Angehörige der neonazistischen Szene in Niedersachsen an verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen der NPD/JN bzw. der Partei „Die Rechte“, die überwiegend in Braunschweig und Einbeck stattfanden.

Rechtsextremistische Festivals

Den Stellenwert ehemals teilnehmerstarker Demonstrationen haben zwischenzeitlich Großveranstaltungen übernommen, die jedoch im Berichtsjahr aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnten. Exemplarisch für die nach wie vor bestehende Attraktivität und die damit einhergehende Professionalisierung größerer Veranstaltungen mit Event-Charakter sind die zuletzt im Jahr 2019

zum wiederholten Mal in Ostritz (Sachsen) durchgeführten „Schild & Schwert“-Festivals des Neonazis und stellvertretenden NPD-Bundvorsitzenden Thorsten Heise aus Thüringen. An den zweitägigen Veranstaltungen unter dem Titel „Schild & Schwert – Sommerfestival“, die neben Politikforen, Verkaufs- und Infoständen auch eine „Tattoo-Convention“, Kampfsportvorführungen sowie Konzerte bekannter rechtsextremistischer Bands umfassten, nahmen in der Spitze rund 700 Angehörige der neonazistischen und subkulturellen Szene teil. Das Veranstaltungskonzept ist der Versuch, Politik, Ideologie und rechtsextremistischen Lifestyle miteinander zu verbinden.

Kampfsport

Kampfsport und der dazugehörige Lifestyle haben sich innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu einem identitätsstiftenden Faktor mit organisationsübergreifender Anziehungskraft entwickelt. Dies gilt insbesondere für einen bestimmten Teil des Neonazismus, der sich selbst als Avantgarde versteht. In Kampfsportseminaren werden Angehörige der rechtsextremistischen Szene auf lokaler Ebene mit den Grundtechniken verschiedener Kampfsportarten vertraut gemacht, die ihnen in professionell organisierten Kampfsport-Events vorgeführt werden. Ursprung und Mittelpunkt dieser Entwicklung ist die seit dem Jahr 2013 jährlich stattfindende Veranstaltung „Kampf der Nibelungen“. Nach einem kurzfristigen Verbot der Veranstaltung im Jahr 2019 und der anschließend zu erwartenden Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie war im Jahr 2020 eine Ausstrahlung der Veranstaltung in Form eines Live-Streams angekündigt worden. Dessen Ausstrahlung, die auch den Kampf eines Niedersachsen aus dem Emsland beinhaltete, erfolgte am 10.10.2020, allerdings lediglich in einer im Vergleich zur Ankündigung stark eingeschränkten Form. Vorausgegangen waren u. a. ein kurzfristiges Verbot und die Auflösung einer Veranstaltung am 26.09.2020 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt), bei der offensichtlich eine Aufzeichnung der Kämpfe stattfinden sollte. Die Polizei konnte in diesem Zusammenhang die Personalien von insgesamt 95 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland feststellen, die als Kämpfer, Trainer und Betreuer oder als Ringrichter und Techniker angereist waren.



„Heldengedenken“

Um eine Glorifizierung der Wehrmacht geht es beim sogenannten Heldengedenken, das regelmäßig im November aus Anlass des Volkstrauertages stattfindet.

Am 15.11.2020 beteiligten sich etwa 50 Rechtsextremisten an einer zentralen partei- und organisationsübergreifenden Versammlung in Braunschweig unter dem Motto „Für ein würdiges Gedenken gegen den Zeitgeist. Sie für uns – wir für sie – alle für Deutschland“. Die mehrheitlich aus den Regionen Braunschweig, Hildesheim und dem Harz angereisten Angehörigen von NPD/JN, der Partei „Die Rechte“ und der neonazistischen Szene posierten mit Reichsflaggen vor einem Ehrenmal und legten einen Kranz und Grablichter nieder.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die bereits seit einigen Jahren anhaltende personelle und aktionistische Stagnation der neonazistischen Szene dauerte im Jahr 2020 an. Ausschlaggebend sind Attraktivitätsverlust und mangelnde Anschlussfähigkeit infolge einer unzeitgemäßen und vergangenheitsbezogenen ideologischen Verengung auf den historischen Nationalsozialismus. Gruppierungen stellten ihre Aktivitäten ein, verzichteten auf politisch geprägte Aktionen, reduzierten diese auf ein öffentlich nicht wahrnehmbares Maß oder sind lediglich noch virtuell präsent. Die Entstehung neuer Gruppierungen war hingegen nur in wenigen Einzelfällen zu beobachten.

Durch das Fehlen einer Koordinierung oder Steuerung der politischen Aktivitäten vollzieht sich die Entwicklung der neonazistischen Szene in Niedersachsen uneinheitlich. Dies spiegelt sich einerseits in der reinen Größe der Gruppierungen und zumeist losen Netzwerke

wider, andererseits in der von den verbliebenen lokalen oder regionalen Strukturen unterschiedlich praktizierten Zusammenarbeit untereinander. Kooperationen über teilweise große räumliche Entfernungen sind ebenso feststellbar wie verschiedene Konstellationen mit Personen und Strukturen anderer Spektren. So sind in zahlreichen Fällen Schnittmengen zu den Parteien „Die Rechte“, „Der III. Weg“ sowie zur NPD oder zu deren Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) zu beobachten, die zur Aufrechterhaltung eines wahrnehmbaren Aktionsniveaus mittlerweile von elementarer Bedeutung sind. Daneben bestehen Kontakte zu überwiegend subkulturell geprägten Bruderschaften wie „Nordic 12“ (Bremer Umland), „Brigade 8“ (Hannover und Rotenburg) und „Blood Brother Nation“ (Oldenburg und Vechta) oder zur rechtsextremistisch beeinflussten Hooliganszene. Nur durch diese Kooperationen scheint es der neonazistischen Szene derzeit möglich, das grundsätzlich schwindende Mobilisierungspotenzial oberflächlich zu kompensieren.

Ungeachtet dessen dürfte von der Neonaziszene weiterhin die Vorstellung von einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft als idealtypischer, zeitlos moderner Gegenentwurf zur liberalen und multikulturellen Gesellschaft gesehen und propagiert werden. Anhänger der neonazistischen Szene werden deshalb auch zukünftig versuchen, die daraus resultierenden fremdenfeindlichen und rassistischen Überzeugungen verschärft in den gesellschaftlichen Diskurs zur Flüchtlings- und Einwanderungsthematik einfließen zu lassen. Es besteht hierdurch die Gefahr einer weiteren Radikalisierung, die in Gewalttaten gegen Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte, aber auch gegen Helferinnen und Helfer sowie gegen Politikerinnen und Politiker münden kann.

Nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni 2019 und dem Anschlag auf eine Synagoge und einen Döner-Imbiss in Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) im Oktober 2019 durch mutmaßliche Rechtsextremisten hatten die Innenminister und Innensenatoren von Bund und Ländern in ihrer Sondersitzung am 18.10.2019 einen Zehn-Punkte-Plan zur verstärkten Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgestellt, der u. a. die intensive Nutzung des Instruments von Vereinsverboten vorsieht.²¹

²¹ Vgl. Abschlusserklärung der Innenminister und Innensenatoren von Bund und Ländern zur Sondersitzung der IMK am 18.10.2019.



Logo Combat 18 Deutschland; in Deutschland verboten

Am 23.01.2020 wurde daraufhin durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat ein Verbot der Gruppierung „Combat 18 Deutschland“ ausgesprochen. In diesem Zusammenhang erfolgten Wohnungsdurchsuchungen führender Vereinsmitglieder in mehreren Bundesländern (Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen). Die Klage der Gruppierung „Combat 18 Deutschland“ gegen das Verbot wurde im September 2020 vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wegen voraussichtlicher Rechtmäßigkeit des Verbots abgewiesen. Bei „Combat 18 Deutschland“ handelt es sich um eine neonazistische, rassistische und fremdenfeindliche Vereinigung, die in ihrer Zielrichtung eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus aufweist. Der Verein steht in der Tradition der im Jahr 1992 als rechtsextremistische Saalschutzgruppe gegründeten britischen Vereinigung „Combat 18“ und genießt innerhalb der rechtsextremistischen Szene ein hohes Ansehen. Mit seiner Strahlkraft hat der Verein unter Rechtsextremisten eine Vorbildfunktion inne und wird als Symbol des gewaltbereiten Rechtsextremismus verehrt.²² „Combat 18“ gilt zudem als der militante Arm von „Blood & Honour“, einer ebenfalls aus Großbritannien stammenden Organisation, die seit ihrer Gründung in den 1980er Jahren zur bedeutendsten und aktivsten internationalen Organisation innerhalb der rechtsextremistischen Skinhead-Szene aufgestiegen ist. In Deutschland wurde „Blood & Honour“ bereits im Jahr 2000 verboten.

Am 01.12.2020 erfolgte durch den Bundesinnenminister das Verbot der rechtsextremistischen Vereinigung „Sturmbrigade 44“ bzw. „Wolfsbrigade 44“. In Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen wurden daraufhin die Wohnungen von insgesamt elf Vereinsmitgliedern durchsucht. Prägend für die Gruppierung war insbesondere ihr martialisches Auftreten, stark ausgeprägter Rassismus und Antisemitismus sowie eine kämpferisch-aggressive Grundhaltung, die öffentlich und in Sozialen Medien verbreitet wurde.²³

22 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Pressemitteilung vom 23.01.2020: Bundesinnenminister verbietet „Combat 18 Deutschland“.

23 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Pressemitteilung vom 01.12.2020: Bundesinnenminister verbietet rechtsextremistische Vereinigung „Sturm-/Wolfsbrigade 44“.

2.6 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Gründung/ Bestehen seit	Oktober 2012; als eingetragener Verein mit Sitz in Paderborn (Nordrhein-Westfalen) seit August 2014: „Identitäre Bewegung Deutschland e. V.“	
Struktur/ Repräsentanz	Bundesweit diverse Regional- und Ortsgruppen; Schwerpunkte in Niedersachsen sind der Raum Hannover-Hildesheim-Braunschweig sowie der Raum Lüneburg	
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ²⁴	Land: 50 →
Veröffentlichungen	Eigene Internetseite (Allgemeines) mit Verlinkungen zu Internetpräsentationen herausragender Kampagnen („Sommertour“). Die einzelnen Regional- und Ortsgruppen sind nach weitreichenden Löschungen nur noch vereinzelt in den gängigen Sozialen Medien präsent. Stattdessen werden alternative Plattformen wie der Messenger-Dienst Telegram verstärkt genutzt.	
Kurzportrait/Ziele	Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) ist eine aktivistische Gemeinschaft im europäischen Rechtsextremismus, deren Vertreter auch in Niedersachsen lokale Untergruppen gebildet haben. Die IBD ist in einer netzwerkähnlichen Struktur organisiert und basiert auf Personenzusammenschlüssen vor allem jüngerer Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. Ideologisch wird die IBD dem Umfeld der Neuen Rechten ²⁵ zugeordnet und gehört zu einem intellektuell geprägten Spektrum im organisierten Rechtsextremismus, das sich auf die antidemokratischen Theoretiker der „Konservativen Revolution“ beruft. Belege hierfür sind ihre programmatischen Positionierungen und ihr ideologisches Konzept	

24 Auf Bundesebene werden die Mitglieder der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD) unter dem rechtsextremistischen Personenpotenzial in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen gezählt. Eine gesonderte Ausweisung des Personenpotenzials der IBD erfolgt nicht; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

25 Die mit dem Begriff Neue Rechte bezeichnete ideologische Strömung beruft sich auf die „Konservative Revolution“, eine intellektuelle Strömung antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik. Der Begriff wird aber nicht einheitlich verwendet. Manche Autoren erfassen mit diesem Begriff den um Theoriebildung bemühten Teil des Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit.

der „ethnokulturellen Identität“, aber auch diverse europaweite Kontakte zu Personen und Organisationen der Neuen Rechten. Im Gegensatz zu den Denkkirkeln der Neuen Rechten führt die IBD jedoch auch konkrete Aktionen durch und verbreitet diese anschließend medial aufbereitet im Internet.

Finanzierung

Die IBD finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem Verkauf von Artikeln im Internetshop der Organisation. Die eigene Vermarktung erfolgt über eine Internetseite.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die IBD versteht sich als Ableger der Identitären Bewegung Österreich und der französischen Jugendorganisation „Génération Identitaire“ (GI). Insbesondere die GI diente der IBD in ihrer Gründungsphase als Vorbild für eigene Aktivitäten. Bei der GI handelt es sich um die Jugendorganisation des „Bloc identitaire“, der die Nachfolgeorganisation der aufgrund rassistischer und gewalttätiger Aktivitäten im Jahr 2002 verbotenen Gruppierung „Unité radicale“ darstellt und von den französischen Behörden als rechtsextremistisch eingestuft wird.

Erkennungszeichen der „Identitären Bewegung“ ist das Lambda, der elfte Buchstabe des griechischen Alphabets, in einem Kreis. Das Symbol war im antiken Griechenland das Erkennungsmerkmal der Spartaner, die u. a. im 5. Jahrhundert v. Chr. gegen die Invasion der Perser kämpften. In Anlehnung an den US-amerikanischen Kinofilm „300“ wird der Bezug zu den Soldaten des spartanischen Heeres hergestellt, die auf ihren Schilden das Lambda trugen. Die Mitglieder der „Identitären Bewegung“ sehen sich in der Tradition der Spartaner und tragen dies mit der Verwendung des Lambdas öffentlich zur Schau.

Die IBD betrachtet sich als Bestandteil einer europaweiten Bewegung. Ihr Ziel ist es, die europäische Jugend im Kampf für die ihrer Meinung nach bedrohte Freiheit und kulturelle Identität zu vereinen. Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD folglich in der Verteidigung und Bewahrung von „Heimat, Freiheit, Tradition“. An erster Stelle stehe hierbei der Erhalt der „ethnokulturellen Identität“, die durch einen befürchteten „demographischen Kollaps“ sowie durch angebliche „Massenzuwanderung“ und „Islamisierung“ bedroht sei. Das Konzept der „ethnokulturellen Identität“ bezeichnet dabei ei-



nen völkischen Nationalismus bzw. Regionalismus im europäischen Kontext. In Anlehnung an den Franzosen Alain de Benoist, der einer der maßgeblichen Vordenker der Neuen Rechten in Europa ist, wird darunter eine ethnische, religiöse und kulturelle Prägung von Gemeinschaften und ganzen Völkern verstanden, durch die allein sich die Identität des Einzelnen definiere.

Die IBD richtet sich deshalb vehement gegen Multikulturalismus und propagiert einen europäischen Ethnopluralismus. Dieser begründet die vermeintlich zu verteidigenden kulturellen und zugleich vermeintlich naturgegebenen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen im Sinne eines kulturellen Rassismus und fordert dementsprechend die strikte räumliche und kulturelle Trennung unterschiedlicher Ethnien. Die Positionen der IBD sind vor allem von einer zum antimuslimischen Rassismus tendierenden Islamfeindlichkeit geprägt. Die IBD behauptet eine Unvereinbarkeit und Feindschaft der Muslime mit der einheimischen Bevölkerung und schreibt ihnen unabänderliche Wesensmerkmale (frauenfeindlich, unehrlich, machtbesessen usw.) pauschal zu. Ethnische Zugehörigkeiten werden auf diese Weise kulturalisiert und religiös überhöht, auch um an bestehende fremden- und islamfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen zu können. Hiermit richtet sich die IBD gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG) und ist damit verfassungsfeindlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG). Seit die IBD im September 2014 ihre Kampagnenfelder auf das Thema Asylsuchende ausgeweitet hat, ist eine weitere Radikalisierung festzustellen. Nach Meinung der „Identitären“ sind die Asylsuchenden in ihrer großen Mehrzahl „aggressive Kolonisatoren, die die indigene Bevölkerung immer weiter verdrängen und nicht integrierbar sind“. Im Zuge der Asylpolitik der Bundesregierung fokussierte sich die IBD unter Initiierung der Kampagne „Großer Austausch“ fortan auf dieses Themenfeld. Im Jahr 2016 wurde die Kampagne mit der Forderung nach „Remigration“ weitergeführt und wiederholt mit dem Hinweis auf eine angeblich gestiegene Bedrohungslage durch „Kriminelle und Terroristen“ im Zuge der vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands und Europas verbunden. Im Jahr 2020 wurde das Thema Überfremdung und die steigende Bedrohungslage in der bundesweiten Kampagne „Niemals auf Knien“ und mehreren Aktionen zum Thema „Islamisten abschieben“ aufgegriffen.

„Die schweren ethnischen Unruhen in den USA, die nun auch auf Europa übergreifen, führen uns schmerzhaft vor Augen, dass die Propagandaphrase ‚Vielfalt ist unsere Stärke‘ (‚Diversity is our strength‘) eine Lüge ist. Wenn ‚Vielfalt‘ eine ethnisch und kulturell vollkommen fragmentierte Gesellschaft bedeutet, in der verschiedene Minderheiten gegeneinander antreten, dann ist sie nicht unsere Stärke, sondern im Gegenteil unsere Achillesferse.“

(Internetseite der IBD vom 04.06.2020)

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Flyeraktion zur Kampagne „Niemals auf Knien“

Am 25.05.2020 kam der 46-jährige Afroamerikaner George Floyd bei einer polizeilichen Festnahme in Minneapolis im U.S.-amerikanischen Bundesstaat Minnesota gewaltsam zu Tode. Ein Video des Vorfalls sorgte weltweit für Aufsehen. Die vier an dem Einsatz beteiligten Polizeibeamten wurden nach Bekanntwerden des Videos entlassen und wegen des Verdachts auf ein Tötungsdelikt inhaftiert. Unter dem Motto „Black Lives Matter“ (BLM) folgten daraufhin in den USA großflächige Straßenproteste gegen Polizeigewalt und Rassismus, die meist friedlich verliefen. Als Reaktion auf Protestkundgebungen in Deutschland initiierte die IBD die Kampagne „Niemals auf Knien“. Ziel ist es hierbei, die öffentliche Debatte über Rassismus in der Polizei, die nach den Ereignissen in den USA auch in Deutschland entstanden war, für die Verbreitung der eigenen Ideologie zu instrumentalisieren und den Diskurs auf einen angeblichen Rassismus gegenüber der weißen Bevölkerung zu lenken.



Der Kampagnenname bezieht sich unmittelbar auf die Solidaritätsbekundungen mehrere US-amerikanischer aber auch deutscher Polizisten, die kniend ein Zeichen gegen strukturellen Rassismus setzen wollten. Von der IBD wurde diese Geste als Zeichen der Unterwerfung umgedeutet. Gegen diese vermeintliche Unterwerfung wurden Transparente in Sichtweite von BLM-Demonstrationen enthüllt und in mehreren Städten plakatiert. Die Plakate selbst zeigen Slogans von „Black Lives Matter“ oder deren Abwandlung. In Niedersachsen plakatierte die IBD unter anderem in Sarstedt, Braunschweig und Hannover, um auf einen angeblichen Rassismus von Einwanderern und von Politikerinnen und Politikern gegenüber der (weißen) europäischen Bevölkerung hinzuweisen. In mehreren Städ-

ten deutschlandweit wurde den „europäischen Opfern von Migrantengewalt“ gedacht, wie es in den Verlautbarungen der „Identitären Bewegung“ heißt.²⁶

Einschränkung der medialen Reichweite

Nach der Löschung ihrer Facebook-Profile und dem Entfernen der IBD-Internetseite aus den Suchmechanismen bei Google erfolgte am 10.07.2020 auch die Löschung zahlreicher Konten der „Identitären Bewegung“ (inklusive Untergruppen) beim Messenger-Dienst Twitter. Als Grund wurden Verstößen gegen die Richtlinien in Bezug auf gewalttätigen Extremismus genannt. Auch das Videoportal YouTube löschte mehrere Konten der „Identitären Bewegung“. Davon war am 13.07.2020 auch Martin Sellner betroffen. Der 32-jährige Österreicher ist nicht nur Aktivist und ideologischer Vordenker der „Identitären Bewegung“, sondern zugleich ihr bekanntestes Gesicht im deutschsprachigen Raum. Die Möglichkeiten der „Identitären“, ihre Ideologie und ihre Aktionen in den Sozialen Medien zu verbreiten und dadurch bekannter zu werden, sind durch die Löschungen erheblich eingeschränkt worden. Auch der Versuch, auf alternativen Plattformen wie dem Messenger-Dienst Telegram oder dem Videoportal BitChute ein ähnlich großes Publikum zu erreichen, ist bislang fehlgeschlagen.

Beteiligung niedersächsischer Aktivisten an der „Sommertour 2020“

Nach der Löschung ihrer Profile bei den gängigen Sozialen Medien startete die IBD als Reaktion eine „Sommertour“, um direkt und vor Ort mit den Menschen in Kontakt zu treten. Unter dem Motto „Unser Büro ist die Straße“ wurde dazu aufgerufen, während des Sommers in 100 Landkreisen einen Info-Stand zu betreiben. Auch in Niedersachsen engagierten sich Aktivisten an der Kampagne und verteilten in sieben Landkreisen Flyer der IBD. Die deutschlandweit angepeilten 100 Info-Stände kamen jedoch nicht zustande. Nach eigenem Bekunden auf der Internetseite der „Identitären Bewegung“ wurden „über 75 Infostände“ durchgeführt.²⁷ Trotz gegenteiliger Aussagen ist die IBD weit davon entfernt, mit dieser Aktion die

²⁶ Vgl. Internetseite der IBD vom 22.06.2020.

²⁷ Vgl. Internetseite der IBD vom 07.10.2020.

Löschung ihrer Präsenzen in den Sozialen Medien zu kompensieren. Darüber hinaus waren in Niedersachsen die Aktionen der IB zumeist lokal begrenzt und blieben von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt.

„Unserer Pflicht, die Öffentlichkeit nicht nur im Netz sondern auch auf der Straße [über den ‚sanften Totalitarismus‘] zu informieren, werden wir weiter nachkommen.“

(Internetseite der „Identitären Bewegung Deutschland“ vom 07.10.2020)

Start einer Kampagne gegen die öffentlich-rechtlichen Medien

Aufgrund einer vermeintlichen medialen Indoktrination und falschen Berichterstattungen durch die öffentlich-rechtlichen Medien organisierte die IB Niedersachsen unter dem Titel „Den Mainzeln reichs“ eine neue Kampagne. In dieser Kampagne werden die Mainzelmännchen als Whistleblower dargestellt, die die Sichtweise der IB teilen und nun über die mutmaßlich einseitige und verfälschte Berichterstattung des ZDF berichten. Die Themen reichen von einer Kritik an der Gebühreneinzugszentrale über die „Umerziehung“ der Jugend durch die Medien bis zu dem Vorwurf, linksextremistische Straftaten zu verharmlosen. Die IB Niedersachsen führt auf Telegram aus, dass Linksextremisten verharmlost werden und die Medien mit diesen sogar sympathisieren würden. Plakate mit der Aufschrift „Auf dem linken Auge blind“ wurden von der IB Niedersachsen angefertigt und am 23.08.2020 in Braunschweig sowie am 04.10.2020 in Helmstedt angebracht.

„Sie [die Mainzelmännchen] berichten von zunehmendem Unbehagen, das mit der einseitigen und verfälschten Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt begann. Dieses Unbehagen steigerte sich mit Fortschreiten der Massenmigration nach Deutschland immer mehr.“

(Telegram-Account der IB Niedersachsen vom 22.08.2020)

Banneraktion bei „Querdenken“-Demonstration in Berlin

Die Proteste von „Querdenken“²⁸ am 29.08.2020 in Berlin gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden von der IBD als Bühne genutzt, um ihre Ideologie zu verbreiten. Die IBD organisierte für die zweite Großdemonstration in Berlin vier Banner mit der Aufschrift „WIR“, „SIND“, „DAS“ und „VOLK“. Die Banner wurden während der Proteste an mehreren Stellen positioniert, um medial wirkmächtige Bilder zu produzieren. Die Protestbewegung sowie andere regierungskritische und politisch rechts orientierte Kreise sollten damit unterstützt werden. Ziel war es aber auch, die erneute mediale Präsenz der IBD zu demonstrieren. Allerdings verfehlte die Aktion ihre angedachte Wirkung. Aufgrund der medial äußerst wirksamen Besetzung der Treppen vor dem Reichstagsgebäude durch andere Protestteilnehmer blieb eine mediale Erwähnung der IBD-Aktion aus. Lediglich auf ihrer eigenen Internetseite und in den ihr verbliebenen Sozialen Medien wurde von der IBD selbst ein Bericht über die Aktion verbreitet.²⁹

Aktion auf dem Braunschweiger Lichtparcours

Am 09.09.2020 führten Aktivisten der IB Niedersachsen auf dem sogenannten Lichtparcours in Braunschweig eine Aktion durch, um den Parcours selbst zur Verbreitung ihrer Ideologie zu nutzen. Mit dem üblichen satirischen Unterton bezeichnete sich die IBD dabei selbst als „fester Bestandteil der kulturschaffenden Szene in Braunschweig“.³⁰ Aus diesem Grund habe man einen leuchtenden Kubus mit IB-typischen Symbolen in der Nähe der offiziellen Kunstwerke des Lichtparcours platziert. Weitere Installationen wurden angekündigt, aber nicht verwirklicht. Die mediale Verbreitung der Aktion auf verschiedenen Medien erzielte keine nennenswerte Resonanz.

28 „Querdenken“ ist eine während der Corona-Pandemie entstandene bundesweite Protestbewegung. Die inzwischen in ganz Deutschland vorhandenen lokalen Initiativen von „Querdenken“ protestieren gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

29 Vgl. Internetseite der IBD vom 04.09.2020.

30 Telegram-Account der IB Niedersachsen vom 09.09.2020.

Tatort-Inszenierung eines islamistischen Terroranschlages in der Braunschweiger Altstadt

Am 14.11.2020 inszenierten Mitglieder der „Identitären Bewegung“ in der Braunschweiger Altstadt einen „gestellten Tatort eines islamistischen Anschlags“, um auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Hierbei lagen drei, mit Kunstblut verschmierte Strohpuppen auf dem Straßenpflaster. Der „Tatort“ war mit Absperrband versehen. Auf Schildern wurde ein Bezug zum islamistischen Terroranschlag in Wien hergestellt, der sich etwa zwei Wochen vorher ereignet hatte.³¹ Weitere sechs Aktivisten zeigten ein Transparent, auf dem in Großbuchstaben die Aufschrift „Islamisten Abschieben!“ zu lesen war und forderten striktere Abschiebungen sowie geschlossene Grenzen. Auf ihrem Telegram-Account formulierte die IB Niedersachsen in üblicher Weise einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und islamistischem Terrorismus.³² Später wurde auf YouTube auch ein Video der Aktion veröffentlicht. Als ideologischer Hintergrund dient hier die Vorstellung vom „Großen Austausch“, also dem vermeintlich gezielten Austausch der Bevölkerung durch eine angeblich politisch gewollte „Islamisierung“, die nicht nur das Fortbestehen des eigenen Volkes bedrohe, sondern vielmehr eine

ganz reale Terrorgefahr darstelle. Auf diese Weise werden Einwanderer, Asylsuchende und geflüchtete Menschen aus muslimischen Ländern pauschal unter Terrorverdacht gestellt und als Sicherheitsproblem dargestellt.



31 Am Abend des 02.11.2020 hatte in der österreichischen Hauptstadt Wien ein 20-Jähriger Attentäter auf Barbesucher und Restaurantangestellte geschossen und dabei vier Menschen getötet. Der Angreifer verletzte zudem 22 weitere Menschen, bevor er von der Polizei erschossen wurde. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) reklamierte den Anschlag für sich. Siehe auch Kapitel 4.5, Abschnitt „Anschläge in Europa“.

32 Vgl. Telegram-Account der IB Niedersachsen vom 14.11.2020.

„Dresden, Paris, Nizza, Wien... die Liste islamistischer Anschläge erweitert sich stetig und verdeutlicht, dass es sich beim islamistischen Terror um ein europaweites Phänomen handelt. Zurückzuführen sind diese tragischen Entwicklungen auf massenhafte Migrationsströme aus überwiegend kulturfremden Regionen. Die demographischen Entwicklungen und die daraus resultierenden Bildungen von Parallelgesellschaften bieten den Islamisten hierbei Rückzugsräume und erhöhen die Terrorgefahr. ... Unsere Forderungen sind klar und deutlich: Masseneinwanderung stoppen und Islamisten konsequent abschieben!“

(Telegram-Account der IB Niedersachsen vom 14.11.2020)

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Nachdem die IBD am 10.10.2012 zunächst als Facebook-Gruppe gegründet wurde, war das soziale Netzwerk bis Mai 2018 ihre größte Plattform zur Veröffentlichung von Informationen über eigene Aktionen und über ideologische Kampagnen. Durch die dortige Verbreitung konnten neue Interessenten angesprochen und für die Teilnahme an Aktionen oder Stammtischen geworben werden. Mit der Sperrung ihrer Facebook- und Instagram-Profile im Mai 2018 und weiterer Löschnungen im Jahr 2020 verlor die „Identitäre Bewegung“ ihr größtes Zugferd hinsichtlich der Verbreitung ihrer Ideologie.

Die Aktionen und Veranstaltungen der „Identitären Bewegung“ im Jahr 2020 waren wie bereits im Vorjahr kaum geeignet, ein größeres Publikum anzusprechen oder eine größere mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Ob dies in Form von Aktionen wie der Besetzung des Brandenburger Tores im August 2016 oder durch die Mobilisierung der eigenen Aktivisten zu öffentlichem Auftreten angestrebt wird, ist bisher nicht abzusehen. Die Sommertour 2020 kann hier ein Anfang sein. Die Reichweite solcher Aktionen ist aber ohne die bisher erfolgte Aufbereitung zur Selbstdarstellung in den Sozialen Medien deutlich eingeschränkt. Sollte es nicht gelingen, die eigenen Anhänger entsprechend zu mobilisieren, droht der „Identitären Bewegung“ ein weiterer herber Rückschlag, auch hinsichtlich der Rekrutierung neuer Aktivisten. Mögliche Folgen aus diesem Umstand sind, dass sich die „Identitäre Bewegung“ entweder radikalisiert oder letztlich zerfällt, weil sich ihre Anhänger anderen rechtsextremistischen Gruppierungen anschließen oder dem demokratisch-konservativen Lager zuwenden.

Inhaltlich hat sich die IBD kaum verändert. Durch das Hineintragen emotional aufgeladener Themen (u. a. „Gewalt gegen Frauen“) in

den öffentlichen Raum erreicht die „Identitäre Bewegung“ eine Anschlussfähigkeit für breitere gesellschaftliche Kreise. Das Wiederaufgreifen von „älteren“ Themenkomplexen zeugt ebenfalls von einem Stillstand innerhalb der ideologischen Entwicklung der „Identitären Bewegung“. Beispiele sind hier wiederholte Hinweise auf eine angeblich gestiegene Bedrohungslage durch „Kriminelle und Terroristen“ im Zuge der vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands und Europas, die derzeit im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Niemals auf Knien“ thematisiert wird. Die Aktionen und aktuellen Kampagnen der „Identitären Bewegung“ stehen auch im Jahr 2020 inhaltlich für eine Fortführung der ideologisch-programmatischen Forderung nach dem Erhalt der „ethnokulturellen Identität“ und zeigen in der begleitenden Darstellung im Internet unverkennbar fremdenfeindliche Positionen bis hin zu völkisch-nationalistischen Haltungen.

Ideologisch verfolgt die „Identitäre Bewegung“ damit weiterhin einen Ethnopluralismus, der Menschen aufgrund kultureller Zugehörigkeiten klassifiziert und bewertet. Der Einzelne wird nicht als Individuum, sondern als Teil eines Kollektivs wahrgenommen, dem bestimmte unabänderliche Merkmale und Eigenschaften zugeschrieben werden. Im Sinne eines volksgemeinschaftlichen Denkens wird hierbei die Identität eines Menschen aufgrund seiner ethnischen Herkunft definiert. Die Identität eines Volkes bzw. einer Nation ist demnach vor allem durch die jeweiligen kulturellen Eigenheiten und Errungenschaften geprägt. Den ideologischen Bezugsrahmen bieten rechtskonservative Theoretiker der Weimarer Republik wie Ernst Jünger, Carl Schmitt und Oswald Spengler, die zu den antiliberalen und antiegalitären Denkzirkeln der „Konservativen Revolution“ gezählt werden. So steht im Mittelpunkt der identitären Ideologie ein kollektivistisches Begriffsverständnis von „Freiheit, Heimat, Tradition“, das primär auf Ausgrenzung, Abwertung und Ungleichheit setzt und sich kategorisch gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richtet.

2.7 Junge Alternative (JA) Niedersachsen

Gründung/ Bestehen seit	November 2013 ; Auflösung (vorläufig) am 04.11.2018	
Struktur/ Repräsentanz	Landesverband; vier Bezirksverbände (Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Weser-Ems) sowie die Hochschulgruppe Göttingen (vor der Auflösung)	
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ³³	Land: 25 →
Veröffentlichungen	Eigene Internetseite, Präsenzen des Landesverbandes und der Bezirksverbände in den gängigen sozialen Netzwerken (vor der Auflösung)	
Kurzportrait/Ziele	Die „Junge Alternative Niedersachsen“ war eine eigenständige, dem Bundesverband der „Jungen Alternative für Deutschland“ untergeordnete politische Vereinigung. Die JA Niedersachsen war ein Personenzusammenschluss aus jungen Menschen, überwiegend zwischen 18 und 30 Jahren. Der niedersächsische Landesverband vertrat seit 2017 insbesondere auf Funktionärsebene vermehrt rechtsextremistische Positionen und pflegte gezielt Kontakte zu rechtsextremistischen Akteuren und Gruppierungen, die in erster Linie der Neuen Rechten zuzuordnen sind. Die Verbreitung von geschichtsrevisionsistischen und geschichtsrelativierenden Äußerungen wie auch von verschwörungstheoretischen Inhalten deutet darüber hinaus auf eine geistige Nähe zu klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmustern und Agitationsstrategien hin. Infolge der Mitte 2017 erfolgten Konstituierung eines neuen Landesvorstandes entwickelte die JA Niedersachsen eine politische und ideologische Positionierung, die sich verstärkt an der Grenze zwischen Populismus und Extremismus orientierte und diese	

³³ Auf Bundesebene werden die Mitglieder der „Jungen Alternative“ (JA) unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien gezählt. Eine gesonderte Ausweisung des Personenpotenzials der JA erfolgt nicht; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

bisweilen deutlich überschritt. Die Situation führte zum Austritt bzw. Einflussverlust vieler gemäßiger Kräfte. Fortan dominierten in erster Linie antidemokratische, antipluralistische sowie islam-, einwanderungs- und asylfeindliche Inhalte die Themensetzung der Organisation. Nach der Bekanntgabe, dass die JA Niedersachsen mit Wirkung vom 03.09.2018 nunmehr Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes ist, erfolgte im November 2018 die Auflösung des Landesverbandes.

Finanzierung

Die JA Niedersachsen finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die JA Niedersachsen propagiert ein Weltbild, in dem Minderheiten (vor allem Einwanderer, Asylbewerber, Muslime) sowie politische Gegner pauschal abgewertet, diffamiert und verächtlich gemacht werden. Indem sie eine repressive, autoritäre und antipluralistische Zielsetzung vertritt, negiert die JA Niedersachsen zentrale Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. Das formelle Bekenntnis der JA Niedersachsen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung kann daher lediglich als taktisch gewertet werden. Vielmehr ist es unter Berücksichtigung aller gesammelten Erkenntnisse wahrscheinlich, dass das demokratische System organisationsintern in Frage gestellt wird. Insgesamt ist festzustellen, dass sich die JA Niedersachsen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, insbesondere gegen die Würde des Menschen (Art. 1 GG), gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG), gegen die Freiheit des Glaubens und der ungestörten Religionsausübung (Art. 4 GG), gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 GG) und gegen das Recht auf Asyl (Art. 16a GG). Sie erfüllt damit die Voraussetzungen einer Beobachtung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Auflösung des niedersächsischen Landesverbandes

Als am 03.09.2018 die Beobachtung der JA Niedersachsen sowie der JA Bremen durch die jeweiligen Innenressorts bekannt gegeben wurde, reagierte der JA Bundesverband wenige Stunden später mit einer Pressemitteilung, in welcher er die Entscheidung zur Beobachtung „als nicht nachvollziehbar“ bezeichnete. Gleichzeitig wurde in der Pressemitteilung jedoch angekündigt, zeitnah einen außeror-

entlichen Bundeskongress abzuhalten, auf dem die Abgliederung bzw. die Auflösung der Landesverbände Niedersachsen und Bremen beschlossen werden sollte.³⁴

Der JA Bundesverband ließ an diesem Tag außerdem verlauten, man wolle die Beobachtung „mit allen rechtlichen Mitteln“ anfechten. Letztlich blieb es aber bei der bloßen Ankündigung. Die über beide Landesverbände mitgeteilten Erkenntnisse und Materialien hatten offenbar selbst beim Bundesverband keine Zweifel an einer Rechtmäßigkeit der Beobachtung zugelassen, wie es auch später in einer Pressemitteilung heißt:

„Dem Landesverband Niedersachsen wurden erhebliche und vorsätzliche Verstöße gegen ... die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen und nachgewiesen.“

(Pressemitteilung des JA-Bundesverbandes vom 04.11.2018)

Im Oktober 2018 intensivierten sich die Planungen für die Auflösung des niedersächsischen Landesverbandes und für eine damit einhergehende Neugründung bzw. Neustrukturierung der Jugendorganisation. Der angekündigte, außerplanmäßige Bundeskongress fand schließlich am 04.11.2018 im Zechensaal in Barsinghausen (Region Hannover) statt. Der einzige inhaltliche Tagesordnungspunkt befasste sich erwartungsgemäß mit der „Abgliederung der JA Niedersachsen“. Um die angestrebte Abgliederung bzw. Auflösung durchzusetzen, musste eine Zweidrittelmehrheit unter den etwa 260 Teilnehmenden erreicht werden. Obwohl vom JA-Bundesverband sowie von der AfD massiv für die Auflösung geworben wurde und man sich bemühte, möglichst viele gemäßigte JA-Mitglieder zur Teilnahme an dem Bundeskongress zu bewegen, waren es am Ende wenige Stimmen, die für die notwendige Mehrheit sorgten. Infolge der Entscheidung erlosch die Mitgliedschaft von ungefähr 180 Personen.

³⁴ Vgl. Pressemitteilung des JA Bundesverbandes vom 03.09.2018.

Reaktionen nach der Auflösung

Die knappe Entscheidung rief unterschiedliche Reaktionen und Bewertungen hervor. Während sich der Bundesverband „erleichtert“ zeigte und die Entscheidung „ausdrücklich begrüßte“, sprachen niedersächsische Mitglieder von „einem schwierigen Tag“ für sich selbst und „ihre Kameraden der ehemaligen JA Niedersachsen“. Einigkeit herrschte jedoch darin, der JA Niedersachsen einen Neuanfang zu ermöglichen. Doch die nach der Auflösung zeitnah angestrebte Neugründung des niedersächsischen Landesverbandes kam nicht zustande. Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) den JA-Bundesverband am 15.01.2019 zum extremistischen Verdachtsfall erhob, gerieten sowohl die Partei als auch die Jugendorganisation und ihre Untergliederungen in die Defensive.

Die Verdachtsfalleinstufung des Bundesverbandes führte in Niedersachsen zunächst dazu, dass sich die für die Koordination und Durchführung der Neugründung des Landesverbandes vorgesehenen Mitglieder von der Organisation distanzieren bzw. für ihre geplanten Aufgaben in Niedersachsen nicht mehr zur Verfügung standen.

Der Bundesvorstand der JA selbst sprach in einer am 25.06.2019 in Berlin abgehaltenen Pressekonferenz zur Verdachtsfalleinstufung davon, dass die Auflösung des niedersächsischen JA-Landesverbandes darauf beruhe, „dass das Verhalten einzelner Mitglieder des Landesverbandes Niedersachsen in eklatanter Weise gegen die Grundsätze der Jungen Alternative verstoßen haben.“³⁵ Die Argumentation, die existierenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Bestrebung seien lediglich auf einzelne Mitglieder zurückzuführen, bildet den Kern der internen Auseinandersetzung der JA mit der Beobachtung sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Die für die Beobachtung des niedersächsischen Landesverbandes entscheidenden strukturellen und programmatischen Dimensionen werden hierbei bewusst ausgeblendet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Rechtmäßigkeit der Beobachtung der JA durch das BfV wurde im Mai 2020 durch das Verwaltungsgericht Berlin festgestellt. Die Be-

³⁵ Pressekonferenz der „Jungen Alternative für Deutschland“ am 25.06.2019 in Berlin.

stätigung des Urteils erfolgte anschließend im Juni 2020 durch das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg. Vorausgegangen war eine Klage der AfD bzw. der JA gegen die Aufführung der Jugendorganisation im Verfassungsschutzbericht des Bundes. Das OVG Berlin-Brandenburg bestätigte in seinem Beschluss die Feststellung, dass tatsächliche Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht dafür vorlägen, dass die zentralen politischen Vorstellungen der JA darauf gerichtet seien, das deutsche Volk in seinem ethnischen Bestand zu erhalten, wobei ethnisch „Fremde“ nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben sollten. Ein derart völkisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff verstoße laut Gericht gegen die in Art. 1 GG festgeschriebene Unantastbarkeit der Menschenwürde.³⁶

„Der von der JA behauptete ‚große Austausch‘ der Bevölkerung, deren ‚Abschaffung‘ und ‚Umvolkung‘ durch ‚Messerzuwanderung‘, ‚Messermigranten‘ und ‚Messerstichkultur‘ ist in Wortwahl, Diktion und Inhalt erkennbar darauf gerichtet, Asylbewerbern und Migranten ihre Menschenwürde abzusprechen.“

(Zitat aus dem Beschluss des OVG Berlin-Brandenburg AZ. OVG 1 S 55/20 vom 19.06.2020)

Situation in Niedersachsen

Seit dem vergangenen Jahr zeichnete sich in Niedersachsen eine dezentrale Strategie ab, bei der einzelne Kreisverbände den Versuch unternahmen, regionale Jugendgruppen ohne einheitliche Organisationsbezeichnung zu etablieren. Es ist beispielsweise die Rede von der „Jungen AfD“ oder der „Jungen Generation Niedersachsen“. Zusätzlich benannten einzelne Kreisverbände offizielle Ansprechpartner bzw. Koordinatoren für interessierte Jugendliche. Personell setzen sich diese neuen Jugendstrukturen zum Teil aus ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der JA zusammen. Spezifische inhaltliche bzw. politische Verlautbarungen und Zielsetzungen sind bisher nicht zu vernehmen. Hingegen treten diese neu strukturierten Personenzusammenschlüsse vereinzelt öffentlich auf.

Seit der Landesvorstandswahl der AfD Niedersachsen vom 12.09.2020 mehren sich allerdings die Indizien, dass die bisher verfolgte dezentrale Strategie durch die Neugründung eines einheitlichen JA Landesverbandes abgelöst werden könnte. Grund dafür ist

³⁶ Vgl. Beschluss des VG Berlin vom 28.05.2020.

die durch den neuen Landesvorstand wiederholt geäußerte Ansicht, wonach ein eigener Jugendverband für den Landesverband politisch notwendig sei. So verbreitete der neue Landesvorsitzende in einem Facebook-Eintrag vom 19.10.2020:

„Niedersachsen braucht eine starke Jugend für unsere Zukunft! #AfD #Niedersachsen #Jugend #JA“.

Deutlicher wird der neue niedersächsische AfD-Landesvorsitzende in seinem vor der Wahl veröffentlichten 10-Punkte-Plan. Hier heißt es unter Punkt 8 zum Thema Jugendorganisation:

„Die Jugend ist die Zukunft Deutschlands und die Zukunft unserer Partei. Deshalb muss die Wiedererrichtung einer Jungen Alternative höchste Priorität haben.“

Unabhängig von diesen bevorstehenden offiziellen bzw. formalen Neugründungsprozessen nahmen ehemalige Angehörige der JA Niedersachsen im Jahr 2020 bereits vermehrt als Jugendvertreter an Veranstaltungen und Aktionen der JA außerhalb Niedersachsens teil. So wurden bestehende Strukturen etwa bei einer von der JA Sachsen-Anhalt organisierten Brockenwanderung am 01.08.2020 im Harz sichtbar. Hier führten niedersächsische Vertreter ein Banner mit der Aufschrift „Junge Generation Niedersachsen“ mit sich. Darüber hinaus sind ehemalige Mitglieder der JA Niedersachsen mittlerweile in anderen rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen aktiv. Neben vereinzelter Partizipation in neonazistischen Gruppierungen sind insbesondere Bezüge zu rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen der sogenannten Neuen Rechten zu beobachten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Beobachtung der JA Niedersachsen gründet im Wesentlichen auf ideologischen und personellen Überschneidungen mit rechtsextremistischen Organisationen. Dies lässt weiterhin eine strukturelle Nähe zum organisierten Rechtsextremismus erkennen. Die Abgliederung bzw. Auflösung des Landesverbandes hat für den Niedersächsischen Verfassungsschutz und für die durch ihn durchgeführte Beobachtung bisher keine Konsequenzen, da zentrale Funk-

tionäre ihre politische Betätigung weiterhin fortführen. Eine formale Neugründung des Landesverbandes wird an der Einschätzung der JA Niedersachsen als rechtsextremistische Bestrebung vorerst nichts ändern. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich die JA Niedersachsen oder ggf. ihr zuzuordnende Nachfolgeorganisationen von rechtsextremistischer Ideologie zu trennen vermögen und welche inhaltlichen Auseinandersetzungen diesen Prozess begleiten.

2.8 „Der Flügel“ innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Gründung/ Bestehen seit	März 2015; formelle Auflösung 30.04.2020
Struktur/ Repräsentanz	Personenzusammenschluss/innerparteiliche Sammlungsbewegung ohne offizielle Strukturen, Funktionsträger und Ansprechpartner auf Landes- und Bundesebene
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ³⁷ Land: k. A. ³⁸
Veröffentlichungen	Eigene Website, Online-Versandhandel, offizielle Kanäle in den Sozialen Medien (bis zum 30.04.2020), Gruppen in den Sozialen Medien
Kurzportrait/Ziele	Die bundesländerübergreifende Sammlungsbewegung „Der Flügel“ ist ein Personenzusammenschluss innerhalb der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Ein eigener Internetauftritt, ein Online-Shop, mehrere Gruppen in den sozialen Netzwerken, die abgehaltenen zentralen „Flügel“-Veranstaltungen mit den „Kyffhäusertreffen“ sowie ernannte Funktionsträger und Ansprechpartner

37 Auf Bundesebene werden die Mitglieder des „Flügels“ unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien gezählt. Eine gesonderte Ausweisung des Personenpotenzials des „Flügels“ erfolgt nicht; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

38 Auf Landesebene werden die Mitglieder des „Flügels“ unter dem sonstigen rechtsextremistischen Personenpotenzial in Parteien gezählt. Eine gesonderte Ausweisung des Personenpotenzials des „Flügels“ erfolgt nicht; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial“.

in den Bundesländern zeugen dabei von bestehenden Strukturen und einer Professionalität, die weit über einen lediglich losen Zusammenschluss hinausgehen.

Als Gründungsdokument des „Flügels“ kann die sogenannte Erfurter Resolution betrachtet werden. Die Verfasser attestieren darin der AfD eine fehlerhafte Entwicklung und erachten deshalb den Zusammenschluss des „Flügels“ als notwendig.

Das ideologische Zentrum des „Flügels“ bildet ein völkischer Nationalismus, der auf ein ethnisch-homogenes Gesellschaftsbild abzielt. Fremden- und islamfeindliche Aussagen stützen diese Ideologie eines völkischen Nationalismus und werden durch antipluralistische sowie geschichtsrevisionsistische Äußerungen ergänzt.

Im Januar 2019 wurde „Der Flügel“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz zum Verdachtsfall erhoben, die Einstufung als erwiesene rechtsextremistische Bestrebung erfolgte am 12.03.2020. Infolgedessen forderte der AfD-Bundesvorstand die Auflösung des innerparteilichen Personenzusammenschlusses, welche formell zum 30.04.2020 erfolgte. Der Niedersächsische Verfassungsschutz bestimmte den „Flügel“ am 19.03.2020 zum Beobachtungsobjekt. Seine zunehmende Einflussnahme lässt sich auch in Niedersachsen beobachten. Am 12. und 13.09.2020 wurde beim Landesparteitag der AfD Niedersachsen in Braunschweig ein neuer Landesvorstand gewählt, der unter erheblichem Einfluss des „Flügels“ steht.

Finanzierung

Spenden, Online-Versandhandel



Logo des Flügels

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die völkisch-nationalistische Ideologie des „Flügels“, die von seinen Anhängern und Funktionären vertreten wird, zeichnet ein ethnisch-homogenes Gesellschaftsbild. Das Konzept von Volk und Zugehörigkeit bietet politisch Andersdenkenden und in ethnischer wie in kultureller Hinsicht „fremden“ Menschen in der vom „Flügel“ propagierten Gesellschaft keinen Platz. Diese Anschauung geht mit fremden- und islamfeindlichen, antisemitischen und antipluralistischen Positionen einher und steht in einem eindeutigen Widerspruch zur Menschenwürde sowie dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Es existiert demnach eine Konstruktion von Feindbildern auf ethnisch-kultureller, aber auch auf politischer Ebene. Dies äußert

sich auf der einen Seite primär als Agitation gegen Geflüchtete, Migranten und Menschen muslimischen Glaubens, auf der anderen Seite als ablehnende Haltung gegenüber politischen Parteien, politischem Meinungspluralismus oder der Bundesregierung.

Der Parlamentarismus wird strikt von zentralen „Flügel“-Akteuren wie Björn Höcke abgelehnt. Das vom „Flügel“ vertretene Politikverständnis stellt vielmehr einen wahren „Volkswillen“ ins Zentrum, der die politische Ordnung bestimmen soll und der sich in einem Gegensatz zu einer repräsentativen Demokratie befindet. Hinzu kommen immer wieder Äußerungen von „Flügel“-Angehörigen, die auf eine Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus abzielen und dabei von geschichtsrevisionsistischen Fragmenten ergänzt werden.

Darüber hinaus ist die Sammlungsbewegung mit ihren Führungspersonen Björn Höcke und Andreas Kalbitz im rechtsextremistischen Spektrum vernetzt. Die zunehmende Professionalisierung des „Flügels“ fördert seinen innerparteilichen Einfluss- und Machtgewinn. Die auf Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen gerichteten Ansichten des „Flügels“ sind in ihrer Gesamtheit nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat deshalb am 19.03.2020 die innerparteiliche Sammlungsbewegung „Der Flügel“ zum Beobachtungsobjekt gemäß § 6 Abs. 2 NVerfSchG bestimmt.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nachdem „Der Flügel“ im Januar 2019 vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zum Verdachtsfall erhoben wurde und die Einstufung als erwiesenermaßen extremistische Bestrebung am 12.03.2020 folgte, forderte der AfD-Bundesvorstand die Auflösung des innerparteilichen Personenzusammenschlusses. In einem Beschluss vom 21.03.2020 heißt es wörtlich:

„Der Bundesvorstand erwartet als Ergebnis des morgigen ‚Flügel‘-Treffens eine Erklärung darüber, dass sich der informelle Zusammenschluss ‚Flügel‘ bis zum 30.04 auflöst.“

(Beschluss des AfD-Bundesvorstandes vom 21.03.2020)

Die beiden „Flügel“-Leitfiguren Björn Höcke und Andreas Kalbitz konstatierten daraufhin in einer Pressemitteilung, dass prinzipiell nichts aufgelöst werden kann, „was formal nicht existiert“. Um je-

doch „die Einheit der Partei zu wahren“, wurden alle dem „Flügel“ zugehörigen Personen bis zum 30.04.2020 gebeten, „ihre Aktivitäten im Rahmen des Flügels einzustellen“.³⁹ Die Reaktion eines niedersächsischen „Flügel“-Anhängers auf dem Messenger-Dienst Twitter lässt jedoch darauf schließen, dass die Ideologie des „Flügels“ weiterhin in der AfD aufrechterhalten bleibt:

„#DerFlügel wird jetzt bald Geschichte sein, aber der Geist des Flügels wird lebendig sein in dieser @AfD. Halten wir an diesem Geist fest, bewahren wir die Einheit der AfD!’ Danke @BjoernHoecke für fünf großartige gemeinsame Jahre!“

(Twitter-Eintrag vom 26.04.2020)

Veranstaltungen in Northeim und in der Wedemark

Im Berichtszeitraum fanden in Niedersachsen einige Veranstaltungen statt, die aufgrund der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises zweifelsfrei einen engen Bezug zum „Flügel“ aufwiesen. Am 10.01.2020 veranstaltete der AfD Kreisverband Northeim seinen „6. Patriotischen Neujahrsempfang“, zu dem unter anderem Björn Höcke und Andreas Kalbitz eingeladen waren. Am 01.02.2020 besuchte Björn Höcke Niedersachsen erneut zu einer Versammlung von „Flügel“-Unterstützenden in der Gemeinde Wedemark (Region Hannover). Dieses Treffen hatte konspirativen Charakter und fand ohne Wissen des damaligen Landesvorstandes statt. Dieser äußerte sich anschließend kritisch zu der Zusammenkunft.⁴⁰ Der nicht kommunizierte und auf keine öffentliche Wirksamkeit abzielende Termin deutet auf eine angestrebte parteiinterne Einflussausweitung des „Flügels“ in Niedersachsen hin.

Am 22.08.2020 fand das „6. Patriotische Sommerfest“ des AfD-Kreisverbandes Northeim statt. Anders als beim Neujahrsempfang im Januar war eine Vielzahl von Anhängern des „Flügels“ und der JA aus mehreren Bundesländern anwesend. Zentrale Figur der Veranstaltung in Northeim war einmal mehr Björn Höcke, dessen Anwesenheit eindeutig der Unterstützung eines für den Landesvorsitz kandidierenden AfD-Politikers galt.

³⁹ Pressemitteilung des „Flügels“ vom 27.03.2020.

⁴⁰ Artikel in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: „AfD-Politiker Höcke besucht Firma in der Wedemark“, vom 03.02.2020.“

Teilnahme an überregionalen „Flügel“-Veranstaltungen

Neben den Veranstaltungen in Northeim und in der Gemeinde Wedemark beteiligten sich niedersächsische „Flügel“-Anhänger auch beim „1. Flügeltreffen“ am 06.03.2020 in Schnellroda (Sachsen-Anhalt). Hier hat das „Institut für Staatspolitik“ seinen Sitz, das zu den wichtigsten Denkzirkeln der Neuen Rechten in Deutschland zählt. Die Reden der AfD-Politiker Björn Höcke, Andreas Kalbitz oder Hans-Thomas Tillschneider bei diesem Treffen lockten Sympathisanten des „Flügels“ aus weiten Teilen der Bundesrepublik an. Die Veranstaltung macht gleichzeitig die Vernetzung des „Flügels“ mit der Neuen Rechten deutlich. Am selben Veranstaltungsort finden unter anderem die sogenannten Sommer- und Winterakademien des neurechten Verlegers und ideologischen Vordenkers Götz Kubitschek statt, der zugleich Mitbegründer des „Instituts für Staatspolitik“ ist. Zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit veranstaltete die AfD Thüringen am 03.10.2020 in Vacha (Thüringen) ein „Familienfest“, bei dem auch Björn Höcke als Redner auftrat. Unter den Besuchern waren auch Anhänger des „Flügels“ und der JA aus Niedersachsen. Inhaltlich war die Rede Björn Höckes eine Abrechnung mit der „unpatriotischen Politik“ der „verbrauchten Parteien“, die seit der Wiedervereinigung betrieben werde.

Wahl des neuen Landesvorstandes

Am 12. und 13.09.2020 versammelten sich Parteimitglieder der AfD Niedersachsen in Braunschweig, um auf dem Landesparteitag einen neuen Landesvorstand zu wählen. Neben der bisherigen Landesvorsitzenden traten vier weitere Kandidaten zur Wahl an. Es zeichnete sich ein Zweikampf zwischen der bisherigen Landesvorsitzenden und Jens Kestner, MdB aus Northeim ab. Letztlich entschied der Herausforderer die Wahl in einem fünften Wahlgang knapp zu seinen Gunsten. Nachdem viele AfD-Mitglieder daraufhin den Landesparteitag verließen, wurde der Landesvorstand mit Kandidaten aus dem Lager des neuen Landesvorsitzenden vervollständigt. Mehrheitlich setzt sich der neu gewählte Landesvorstand aus Anhängerinnen und Anhängern des formell aufgelösten „Flügels“ zusammen. Viele von ihnen gehörten bereits im Wahlkampf zu Kestners Unterstützungsteam und nahmen an den oben genannten Veranstaltungen mit „Flügel“-Bezug teil.

Reaktionen auf den neuen Landesvorstand

Die Reaktionen auf den neuen Landesvorstand fielen äußerst unterschiedlich aus. Während die beiden „Flügel“-Führungspersonen Björn Höcke und Andreas Kalbitz dem neuen Landesvorsitzenden zum Wahlsieg gratulierten, traten nur zehn Tage nach der Wahl drei AfD-Politiker aus der Fraktion im Niedersächsischen Landtag aus. Die innerparteilichen Differenzen seien zu groß und ein befürchteter Kurswechsel unter der neuen Führung ermögliche keine weitere Zusammenarbeit, so die Begründung. Ein aus der Fraktion ausgetretenes Parteimitglied, das später auch aus der AfD austrat, äußerte sich im Nachhinein folgendermaßen:

„Ich habe immer für einen liberalkonservativen und bürgerlichen Kurs gestritten und diesen im Rahmen meiner Möglichkeiten in meinem Kreisverband und der Landtagsfraktion mitgeprägt. Sollte der neue Kurs hierzu im Widerspruch stehen, werde ich das nicht mittragen können und distanziere mich davon ausdrücklich. Die politischen Ziele zahlreicher Vertreter des inzwischen aufgelösten sog. ‚Flügels‘, dem sich ein Teil des Vorstandes angeblich zugehörig fühlt, entsprechen weder meinen eigenen Überzeugungen, noch halte ich es für angemessen, wenn in unseren Landesverband von außen hineinregiert wird.“

(Facebook-Seite eines ehemaligen AfD-Mitglieds vom 14.09.2020)

Ein weiteres AfD-Landtagsmitglied betonte konkret, dass es für eine „Flügelfraktion“⁴¹ nicht zur Verfügung stehe und war erst aus der Fraktion und später auch aus der Partei ausgetreten. Als Konsequenz verlor die AfD ihren Fraktionsstatus im Niedersächsischen Landtag. Eine vom Bundesvorstand initiierte Mediation scheiterte, und eine Einladung an die drei ausgetretenen AfD-Politiker zur Fraktionsneugründung wurde von diesen nicht wahrgenommen.⁴² Schließlich verkündete ein weiteres aus der Fraktion ausgetretenes AfD-Mitglied am 31.10.2020 den Austritt aus der Partei.

41 Facebook-Seite eines ehemaligen AfD-Mitglieds vom 19.10.2020.

42 Facebook-Seite eines AfD-Mitglieds vom 28.10.2020.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

„Der Flügel“ vertritt die Ideologie eines völkischen Nationalismus, der auf die Entfremdung der Bevölkerung von zentralen Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgelegt ist. Die vorhandene Machtbasis des „Flügels“ und sein nicht zu unterschätzender Einfluss auf die Gesamtpartei verdeutlichen die herausgehobene Bedeutung als innerparteiliche und bundesweit agierende Sammlungsbewegung. Seine Dominanz spiegelt sich auch in Niedersachsen wider: zum einen durch organisierte Veranstaltungen, wobei insbesondere Northeim zu einer überregionalen Anlaufstelle für „Flügel“-Angehörige geworden ist; zum anderen durch den neuen Landesvorstand, der sich überwiegend aus „Flügel“-Anhängern zusammensetzt.

Auch nach der formellen Auflösung am 30.04.2020 gab es Veranstaltungen, die sich aufgrund des Teilnehmerkreises eindeutig dem „Flügel“ zuordnen lassen. Insofern ist die verkündete Auflösung für die Beobachtung durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz irrelevant, weil zentrale Akteure weiterhin in der Partei aktiv sind und ihre politischen Positionen nach wie vor vertreten. Vielmehr ist zu erwarten, dass durch die formelle Auflösung zukünftig eine inhaltliche Trennung politischer Standpunkte und Äußerungen zwischen Gesamtpartei und „Flügel“ schwieriger zu erkennen sein wird. Die Distanzierung früherer AfD-Fraktionsmitglieder in Niedersachsen weist ebenfalls darauf hin, dass die politischen Ideen des „Flügels“ weiterhin in der Partei präsent sind. Auch andere (ehemalige) Parteimitglieder haben diesen Umstand bewusst öffentlich kommuniziert. Dem neuen Landesvorstand in Niedersachsen kann zumindest personell eine Nähe zum „Flügel“ attestiert werden. Vor allem sucht der neue Landesvorsitzende auffällig offen den Kontakt zu Björn Höcke. Inwieweit sich diese Entwicklung auf die Gesamtpartei in Niedersachsen und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit auswirkt, wird fortlaufend einer Bewertung unterzogen.

2.9 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz/Verbreitung	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Sitz des Bundesverbandes: Berlin; Sitz des Landesverbandes: Oldenburg Junge Nationalisten (JN) ⁴³ Sitz des Bundesverbandes: Riesa (Sachsen); Sitz des Landesverbandes Nord: ohne Angabe
Gründung/ Bestehen seit	1964; 1969 der Jugendorganisation
Struktur/ Repräsentanz	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Bundesvorsitzender: Frank Franz; Landesvorsitzender: Manfred Dammann; wenige handlungsfähige Unterbezirke in Niedersachsen Junge Nationalisten (JN) Bundesvorsitzender: Paul Rzehaczek Landesvorsitzender Nord: Sebastian Weigler (Niedersachsen);
Mitglieder/ Anhänger/ Unterstützer	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Bund: Land: 230 ↘ Junge Nationalisten (JN) Bund: ⁴⁴ Land: 10 →
Veröffentlichungen	Bund: Deutsche Stimme (DS) (monatlich); Stimme Deutschlands (monatlich) Web-Angebote auf Bundes- und Landesebene sowie in sozialen Netzwerken
Kurzportrait/Ziele	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist eine rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland beseitigen will. Sie propagiert offen und aggressiv fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen. Ihre von

⁴³ Die JN haben sich auf ihrem Bundeskongress am 13.01.2018 in „Junge Nationalisten“ umbenannt.

⁴⁴ Aufgrund eines redaktionellen Versehens war die Mitgliederzahl der JN im Jahr 2019 mit 225 Personen angegeben, statt wie es richtig gewesen wäre mit 280.

völkisch-rassistischen Vorstellungen geleitete Programmatik weist eine ideologische und sprachliche Nähe zur Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) auf.

Finanzierung

Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden



Die soziale
HEIMATPARTEI

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die NPD lehnt die freiheitliche Demokratie ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne, aber wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die NPD spricht Menschen nur eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. In dem 2010 verabschiedeten Parteiprogramm „Arbeit – Familie – Vaterland“ proklamiert sie die Volksgemeinschaft: „Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit.“ In konsequenter Umsetzung dieser völkisch-nationalen Grundordnung will die NPD alles „Fremde“ aus der „Solidargemeinschaft aller Deutschen“ entfernen. Hiermit richtet sich die NPD insbesondere gegen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte (Art. 1 GG) und gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Damit ist die Partei verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Die NPD ist verfassungsfeindlich

Der von den Innenministern und -senatoren der Bundesländer am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereichte Antrag auf Verbot der NPD und ihrer Unterorganisationen wurde am 17.01.2017 vom Zweiten Senat des Gerichts zurückgewiesen (BVerfGE 2 BvB 1/13). In dem Urteil hatte das BVerfG zwar die Verfassungsfeindlichkeit der NPD bestätigt, aber kein Verbot ausgesprochen. In dem Urteil wurde ausgeführt:

„Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt, weshalb der Zweite Senat des BVerfG den zulässigen Antrag des Bundesrates auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der NPD und ihrer Unterorganisationen (Art. 21 Abs. 2 GG) mit heute verkündetem Urteil einstimmig als unbegründet zurückgewiesen hat.“

In seiner weiteren Urteilsbegründung verwies das Gericht darauf, dass es dem verfassungsändernden Gesetzgeber vorbehalten sei, Sanktionsmöglichkeiten für verfassungsfeindliche Parteien zu schaffen. In Folge dessen beschloss der Bundestag im Sommer 2017 die Änderung von Art. 21 Abs. 3 GG wie folgt:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen.“

Mit Schriftsatz vom 19.07.2019 reichten die drei Verfassungsorgane Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung den Antrag auf Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzierung beim BVerfG ein. In dem Antrag wird ausführlich begründet, dass die NPD die parlamentarische Demokratie verachtet und ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger nach darauf ausgerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Nach einem Ausschluss von der Parteienfinanzierung würde dann auch die steuerliche Begünstigung der Partei entfallen. Sollte der Antrag erfolgreich sein, würde die NPD über sechs Jahre von der Staatsfinanzierung ausgeschlossen werden.

Anfang 2019 legte die Bundespartei ihre Kommentierung „Was Wir Wollen“ zum Parteiprogramm vor. In der Broschüre werden „die programmatischen Alleinstellungsmerkmale“ der Partei benannt, die an den drei ideologischen Säulen, dem „nationalen Dreiklang“, „dem lebensrichtigen Menschenbild“ und der „Nationaldemokratie“ festgemacht werden.⁴⁵ Die NPD versteht sich

„... als Interessenvertretung der ethnischen Deutschen, als eine politische Partei im Sinne des Art. 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik, die sich für alle Deutschen und ihre Menschen- und Bürgerrechte einsetzt“.

(NPD-Parteivorstand „Was Wir Wollen – Kommentierung des Parteiprogramms“, Berlin 2018, Seite 136.)

Für das zum Begriff Ethnie zugehörige Eigenschaftswort ethnisch kann nach Meinung der NPD synonym der Begriff völkisch verwendet werden. Weiterhin fordert die Partei

„... die Rahmenbedingungen für eine freie und wirklichkeitsgetreue Geschichtsschreibung zu schaffen. ... Einem Schuld kult, wie ihn die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland betreibt, wäre so die Grundlage entzogen.“

(ebenda)

Mit der positiven Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus und geschichtsrevisionistischen Standpunkten geht oft ein in der Partei tief verwurzelter Antisemitismus einher.

Aktivitäten der NPD

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verfolgt die NPD unverändert die 1996 entwickelte „Drei-Säulen-Strategie“ („Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“), welche 2004 mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ zu einem Vier-Säulen-Konzept ausgebaut wurde.

Kampf um die Köpfe

Der „Kampf um die Köpfe“ umfasst neben der Schulung von Mitgliedern auch den Kampf um die Deutung politischer Begriffe (kultu-

⁴⁵ Interview mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ronny Zaswok in der NPD-Broschüre Kommentierung des Parteiprogramms, Seiten 186-187.

relle Hegemonie). Hierbei versucht die NPD, an vorhandene Ressentiments in Teilen der Bevölkerung anzuschließen. Hatte die NPD bei Wahlerfolgen in der Vergangenheit noch von den Protestbewegungen gegen die Sozialreformen profitiert, verschob sich ab dem Jahr 2014 der thematische Schwerpunkt in Richtung „Asylmissbrauch“ und „Überfremdung“. Auf Grundlage des Positionspapiers „Wille – Gemeinschaft – Tat“ und der anhaltenden Schwäche als Wahlpartei versucht die NPD, sich seit der Bundestagswahl 2017 verstärkt als Weltanschauungspartei auszurichten. So hatte der stellvertretende Bundesvorsitzende Thorsten Heise 2018 innerhalb der Partei den sogenannten völkischen Flügel, dem auch einige niedersächsische Funktionäre angehören, ausgerufen.

Der Konflikt innerhalb der Partei, der auf dem 37. Bundesparteitag am 30.11. und 01.12.2019 durch eine teils kontrovers geführte Diskussion um die weitere Strategie der Partei zu Tage trat, konnte bisher nicht beigelegt werden. Der für 2020 geplante Bundesparteitag, auf dem das Konzept zur Neustrukturierung der Partei vorgestellt werden sollte, fand aufgrund der Corona-Pandemie nicht statt. Unabhängig davon, dass der Bundesvorstand von den Mitgliedern beauftragt wurde, bis zum 31.03.2020 ein Konzept zur Erneuerung der Partei vorzulegen, erschien im Februar die neue NPD-Publikation „Stimme Deutschlands“ von Gegnern des Reformkurses um den

Hamburger Landesvorsitzenden Lennart Schwarzbach. Schwarzbach kritisierte in der Erstausgabe, dass die Reformvorhaben, insbesondere die angedachte Umbenennung, einer „Abwicklung der Partei“ gleichkämen. Dem Bundesvorstand warf er vor, dass damit



„die NPD von der Weltanschauungspartei in eine angepaßte, BRD-hörige und bedeutungslose liberal-konservative Systempartei umgebaut“

werde. Als Herausgeber des Periodikums fungiert der Landesverband Niedersachsen stellvertretend für die Gegner des Reformkurses. Zur Strategie der Erneuerung der Partei zählt neben der möglichen Umbenennung⁴⁶ und dem Engagement im vopolitischen Raum auch die Professionalisierung der Medienarbeit. Die Partei hat eigens hierfür einen Medienraum in Berlin errichtet und will verstärkt „die neuen Medien“ nutzen. In einem eigenen Studio im Verlagsgebäude in Riesa (Sachsen) sollen professionelle Interviews und andere Formate aufgezeichnet werden.

Im April erschien mit einer fast unveränderten Autorenschaft erstmals eine Neuauflage der ehemaligen Parteizeitung „Deutsche Stimme“ als Monatsmagazin im parteineutralen Gewand. In der August-Ausgabe griff die Redaktion offen rassistisch die in den USA teilweise gewalttätig verlaufenen Proteste der Bewegung „Black Lives Matter“ (BLM) auf, um bewusst Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Wörtlich heißt es dort, dass sich bei den angeblich bevorstehenden Auseinandersetzungen die Menschen



„... zu ihren kulturellen und rassistischen Wurzeln bekennen müssten ..., da sich mit dem Hinweis auf staatsbürgerliche Werte und Verfassungspatriotismus die völkische und rassistische Selbstaufgabe nicht verhindern ...“

lasse.

Kampf um die Straße

Seit 2017 propagiert die NPD die Errichtung sogenannter Schutzzonen für Deutsche. Auf einer eigenen Internetseite zu der Kampagne finden sich u. a. konkrete Hinweise, wie diese „Schutzzonen“ (bspw. Bürgerwehren, Rückzugsräume, Schulwegwachen) praktisch umzusetzen seien und welche juristischen Aspekte dabei Berücksichtigung finden müssten. Ausgehend von der Behauptung, es bestehe hierfür eine „Notwehrsituation“ in Deutschland, fordert die NPD

⁴⁶ Im Vorfeld des Bundesparteitages 2019 hatte sich der Parteivorsitzende Frank Franz für eine strategische Neuaufrichtung und eine damit verbundene Namensänderung der Partei ausgesprochen. Das auf dem Parteitag verabschiedete sogenannte Zukunftskonzept beinhaltet ggf. die Umbenennung der Partei, auch wenn das „politische und weltanschauliche Fundament der NPD“ nicht zur Disposition stehe.

ihre Mitglieder und Anhänger auf, selbst aktiv zu werden. Mit der Kampagne werden Flüchtlinge und Migranten pauschal als Gewalttäter und nicht zuletzt als „Bedrohung für das deutsche Volk“ diffamiert. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verunglimpft die Partei sogar Asylbewerber als potenzielle Virusüberträger. Zum „Kampf um die Straße“ gehören auch die von der NPD initiierten Kundgebungen und Demonstrationen. Aus Anlass des 75. Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 hatte der stellvertretende sächsische Landesvorsitzende Maik Müller eine Demonstration unter dem Motto „Vergesst niemals Dresden – 75 Jahre alliierter Bombenterror – Dresden Gedenken 2020“ angemeldet. An der Kundgebung am 15.02.2020 in der sächsischen Landeshauptstadt beteiligten sich rund 1.300 Rechtsextremisten, darunter auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Thorsten Heise und ein größerer Block der Partei „Die Rechte“. Auch niedersächsische Rechtsextremisten nahmen daran teil.⁴⁷

Ansonsten musste auch die NPD die Durchführung ihrer Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie beschränken und verlagerte ihre Aktivitäten in die Sozialen Medien. So bekannte der Bundesvorsitzende Frank Franz in Ausgabe 28 der „Deutschen Nachrichten aus der Parteizentrale“, dass eine breitere Aufstellung der NPD, nämlich nicht nur als Wahlpartei, sondern auch wieder als „Partei auf der Straße“, als eine nationale Außerparlamentarische Opposition (APO), nur in Ansätzen vorgeplant werden konnte.⁴⁸ Ferner rief die NPD dazu auf, sich an systemkritischen Corona-Protesten zu beteiligen. Jedoch scheiterte der Versuch, diese Veranstaltungen für sich zu vereinnahmen.

47 Siehe hierzu auch Kapitel 2.5, „Demonstrationen“.

48 Deutsche Nachrichten aus der Parteizentrale, Ausgabe 28, Seite 3.

Kampf um die Parlamente

Mit Blick auf den „Kampf um die Parlamente“ setzte sich die Abwärtsspirale der letzten Jahre fort, die mit dem Verlust der Landtagsfraktionen in Sachsen (2014) und Mecklenburg-Vorpommern (2016) eingesetzt hat. Bei den Bürgerschaftswahlen am 23.02.2020 in Hamburg trat die Partei aufgrund mangelnder Erfolgsaussichten gar nicht erst an. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 13.09.2020 erhielt die Partei gerade einmal 1.776 Stimmen und büßte ihre bis dahin gehaltenen acht Mandate ein. Zu den Kommunalwahlen in Bayern am 15.03.2020 empfahl der Landesverband gar die Wahl von Tarnorganisatoren der Partei. Dabei erzielte die „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ (BIA München) um den ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Karl Richter lediglich 0,2 Prozent und verpasste damit den Wiedereinzug in den Münchener Stadtrat. Richter erklärte daraufhin seinen Austritt aus der Partei:

„Die NPD ist heute kein ernstzunehmender politischer Faktor mehr. Nichts spricht dafür, dass sie es je wieder sein wird. Wer heute etwas für Deutschland tun will, dem gibt die NPD dafür kein wirksames Instrument mehr an die Hand; nicht erst die letzten Wahlkämpfe machten auch mir das auf ernüchternde, ja bestürzende Weise deutlich.“

(Eintrag auf der Facebook-Seite von Karl Richter (abgerufen am 06.11.2020))

Kampf um den organisierten Willen

Zum „Kampf um den organisierten Willen“ zählt der Versuch der NPD, alle Rechtsextremisten unter der Vorherrschaft der Partei quasi als eine „Volksfront von rechts“ zu vereinen, um so Erfolge bei Wahlen erzielen zu können.

„Junge Nationalisten“ (JN)

Die „Jungen Nationalisten“ (JN) verstehen sich als europaweit vernetzte, sozialrevolutionäre und nationalistische Jugendbewegung. Durch politische Aktionen und ideologische Schulungen festigen die Mitglieder der JN ihre rechtsextremistische Weltanschauung. Sie grenzen sich damit von der modern auftretenden „Identitären Bewegung“ aus dem Spektrum der sogenannten Neuen Rechten ab und nehmen zugleich eine Scharnierfunktion zu den Freien Kameradschaften ein. Auf dem 44. JN-Bundeskongress am 07.03.2020 in Sachsen bestätigten die Mitglieder mit „88,88 %“ Paul Rzehaczek in seinem Amt als Bundesvorsitzender.

Am 26.04.2020 riefen die JN zur einer „Internet-Demonstration“ für einen „SystemExit“ auf, die kurzzeitig eine bundesweite Aufmerksamkeit in den Sozialen Medien erzeugte. Im Aufruf selbst hieß es:

„Noch nie war es so vielen Bürgern klar, dass das System Globalisierung an seine Grenzen gekommen ist. ... Die Globalisierung sorgt nicht für den Export von Sicherheit, Demokratie und Freiheit, sie importiert Unsicherheit, Terror und Kriminalität.“

(Kampagne „#SystemExit“ auf der Internetseite der NPD vom 22.04.2020, abgerufen am 12.11.2020)

Zu den weiteren Aktivitäten zählten eine Kundgebung am 17.06.2020 in Dresden unter dem Motto „Damals wie heute: Widerstand wagen! Für unsere Grundrechte, Freiheit und Souveränität“ sowie die Ausrichtung eines Fußballturniers und des „sächsisch-böhmischen Kulturtages“, aber auch der bundesweite Aktionstag zum 3. Oktober unter dem Motto „Leisten wir uns den Luxus, eine eigene Meinung zu haben“, an dem sich auch Mitglieder der JN aus Niedersachsen beteiligten.

Aktivitäten der NPD in Niedersachsen

Der niedersächsische Landesverband unterhält nach wie vor elf Unterbezirke (UB), von denen die meisten lediglich auf dem Papier existieren. Zum Jahresende 2020 hatte die Partei nur noch 230 Mitglieder. Anfang 2019 kaufte der Landesverband das Anwesen des NPD-Mitgliedes Joachim Nahtz in Eschede (Landkreis Celle), um darauf nach eigenem Bekunden ein Gemeinschaftszentrum „Nationales Niedersachsen“ zu errichten. In der Folge gab es Arbeitseinsätze, Sanierungs- und Renovierungsarbeiten auf dem Gelände. Im Jahr 2020 führte die Partei drei Kundgebungen von dem sogenannten Hof Nahtz aus in den Ort Eschede mit jeweils weniger als zehn Personen sowie einen Infotisch durch. Nach Abschluss der Kundgebung am 19.09.2020 kam es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Teilnehmenden des Aufzuges und Pressevertretern. Das Erntedankfest fand am 26.09.2020 mit rund 60 Personen statt.

Am 24.10.2020 demonstrierten NPD-An-



hängerinnen und Anhänger in Braunschweig unter dem Motto „Ja zur Tradition – kein Verbot stoppt Schwarz-Weiß-Rot“. Angemeldet wurde die Veranstaltung vom Bundesorganisationsleiter Sebastian Schmidtke aus Berlin. An der Kundgebung nahmen insgesamt 38 Rechtsextremisten teil, darunter Mitglieder der Partei „Die Rechte“. Redner war u. a. der NPD-Landesvorsitzende aus Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster. Am 15.11.2020, dem Volkstrauertag, hielt die NPD ein sogenanntes Heldengedenken mit rund 50 Personen aus der rechtsextremistischen Szene in Braunschweig ab.⁴⁹

Aktivitäten der JN in Niedersachsen

Aufgrund der personellen und organisatorischen Schwäche schlossen sich im März 2018 die JN-Verbände Bremen, Hamburg und Niedersachsen zum JN-Landesverband Nord zusammen. Vorsitzender ist seitdem Sebastian Weigler aus Braunschweig. Schwerpunkte der JN in Niedersachsen sind die östlichen Landkreise, insbesondere der Bereich Braunschweig. Ihre Vertreter sind eng mit der niedersächsischen Neonaziszene und der Partei „Die Rechte“ vernetzt. Der JN-Landesverband Nord richtete am 11. und 12.01.2020 einen Orientierungslauf in Niedersachsen aus. Am 30.08.2020 wurde auf Facebook seitens der JN Nordheide ein Bericht über eine Banneraktion unter dem Motto „Unser Lüneburg – unser Wasser: Coca-Cola den Hahn abdrehen“ veröffentlicht. Der Bericht endet mit einem Bekenntnis zur „raumorientierten Volkswirtschaft“. Der JN-Stützpunkt Braunschweig versuchte, mit einer Vielzahl von Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Beispiele hierfür sind eine Plakataktion zum 1. Mai unter dem Motto „Kapitalismus tötet“ und das Verteilen von Flugblättern vor Schulen sowie eine Kampagne unter dem Namen „Braunschweig verteidigen“, die sich gegen „Masseneinwanderung“ und „linke Versager“ richten sollte.⁵⁰ Hinzu kommen zwei Kundgebungen am

49 Siehe hierzu auch Kapitel 2.5 „Heldengedenken“.

50 Vgl. den Beitrag „Braunschweig verteidigen!“ vom 05.08.2020 auf der Internetseite der JN sowie entsprechende Beiträge der NPD Niedersachsen in den Sozialen Medien, u. a. bei Facebook am 06.08.2020 und bei Twitter 12.09.2020.

29.05.2020 und 11.06.2020 in Braunschweig gegen den sogenannten Corona-Wahnsinn. Zu Beginn der Corona-Pandemie starteten die JN eine Nachbarschaftshilfe für ältere „Landsleute“ unter dem Namen „Jugend packt an“.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick.

Die NPD befindet sich in einer für sie schwierigen Situation. Zwischen der rechtspopulistischen AfD auf der einen Seite und den weltanschaulich stärker akzentuierten, von Neonazis geprägten Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ (in Niedersachsen nur Einzelpersonen) auf der anderen Seite fällt es der NPD zunehmend schwer, sich im rechten politischen Spektrum entsprechend zu positionieren. Die seit Jahren ausbleibenden Wahlerfolge und der Verlust von Mandaten auf Kommunal- und Landesebene bedeuten für die NPD eklatante finanzielle Verluste. In deren Folge hat die Partei an personeller und organisatorischer Substanz verloren und damit einhergehend ihre Kampagnenfähigkeit eingebüßt.

Auch die strategische Ausrichtung als Weltanschauungspartei und der Versuch, sich verstärkt im vorpolitischen Raum zu engagieren, werden den Bedeutungsverlust der NPD nicht aufhalten. Mit Spannung kann das Konzept zur Neuorientierung auf dem nächsten Parteitag erwartet werden. Sollte es zu einer Umbenennung der Partei kommen, dürfte dieser eine Austrittswelle folgen, weil in Teilen der Partei die vom Bundesvorsitzenden Frank Franz vorangetriebene strategische Neuausrichtung der NPD auf erheblichen Widerstand trifft. Auch bei den 2021 anstehenden Wahlen auf Landes- und Bundesebene wird die Partei sehr wahrscheinlich nicht in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung gelangen und somit politisch bedeutungslos bleiben.

Durch den Erwerb des Grundstückes in Eschede, welches vom Landesverband bereits seit Jahren für Veranstaltungen genutzt wird, hat das Anwesen einen für die Partei identitätsstiftenden Charakter bekommen. Daraus alleine lässt sich aber kein Aufschwung ablesen. Aller Voraussicht nach wird die NPd bei den 2021 stattfindenden Kommunalwahlen in Niedersachsen auch ihre 2016 errungenen 16 kommunalen Mandate nicht verteidigen können.

2.10 Die Rechte

Sitz/Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Dortmund (Nordrhein-Westfalen); Sitz des Landesverbandes: Amt Neuhaus (Landkreis Lüneburg)
Gründung/ Bestehen seit	2012 (Bundesverband); 2013 (Landesverband)
Struktur/ Repräsentanz	Bundesvorsitzende: Sascha Krolzig und Sven Skoda; Landesvorsitzender: Holger Niemann; elf Landesverbände im Bundesgebiet; drei Kreisverbände in Niedersachsen (Verden, Braunschweig/ Hildesheim und Einbeck/Northeim seit 05.02.2020)
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Bund: Land: 40 ↗
Veröffentlichungen	Flugblätter (Verteil-Aktionen im Raum Hildesheim); Internetangebote: Die vorrangige Außendarstellung erfolgt für den Bundesverband über die eigene Internetseite und in den Sozialen Medien Twitter und Telegram.
Kurzportrait/Ziele	Die Partei „Die Rechte“ wurde im Mai 2012 in Hamburg von Mitgliedern der ehemaligen „Deutschen Volksunion“ (DVU) und dem langjährigen Neonazi Christian Worch gegründet. Den Posten des Bundesvorsitzenden übernahm Christian Worch selbst. Als stellvertretende Vorsitzende wurde die ehemalige Landesvorsitzende der DVU Schleswig-Holstein, Ingeborg Loboeki, gewählt.

Im September 2012 folgte die Gründung des mitgliederstärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durch ehemalige Mitglieder der im August 2012 verbotenen neonazistischen Kameradschaften Aachen, Dortmund und Hamm. Die ehemaligen Kameradschaftsführer übernahmen im Landesvorstand und in den Kreisverbänden die Führungsfunktionen und setzen seitdem unter dem Schutz des Parteienprivilegs ihre bisherigen Aktivitäten fort. Zudem traten der Partei vereinzelt NPD-Mitglieder bei. Auch in Niedersachsen kommen der Großteil der Führungsebene und ein relevanter Teil der Mitglieder aus der neonazistischen Szene. Die Nutzung des Parteienprivilegs, vor allem die Anmeldung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten zur Verbreitung neonazistischer Propaganda, erfolgt in Niedersachsen uneinheitlich. Neben dem Landesverband tritt nur noch der 2019 neu gegründete Kreisverband Braunschweig/Hildesheim öffentlich in Erscheinung und fällt mit Demonstrationen, Kundgebungen und sonstigen Aktionen auf. Den Schwerpunkt dieser Aktivitäten bildet die fremdenfeindliche Agitation gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die vermeintliche Islamisierung Deutschlands sowie die angeblich politisch gewollte Volksvermischung. Hinzu kommt die Kritik an vermeintlich staatlicher Repression zum Nachteil der Partei und ihrer Anhänger. Vom Kreisverband Verden gingen im Jahr 2020 wie auch schon 2019 keine Aktivitäten aus.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Einnahmen aus Veranstaltungen

DIE RECHTE
VORWÄRTS FÜR DEUTSCHLAND!

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Der Einfluss führender Neonazis im Bundesvorstand sowie im Landesverband Nordrhein-Westfalen, von dem die Partei „Die Rechte“ dominiert wird, veränderte den Charakter der Partei, die bei ihrer Gründung das nach eigenem Bekunden „sprachlich wie inhaltlich modernisierte und ergänzte“ frühere Programm der ehemaligen DVU zur Grundlage genommen hatte.⁵¹ „Die Rechte“ steht seitdem

⁵¹ Bei der Gründung der Partei hatte der Bundesvorsitzende Christian Worch „Die Rechte“ als „weniger radikal als die NPD“, aber „radikaler als die REPs und die PRO-Bewegung“ beschrieben (Internetseite von Christian Worch).

hinsichtlich ihrer Ideologie, ihrer Aktivitäten und der führenden Personen in der Kontinuität der verbotenen neonazistischen Kameradschaften. Ihre Agitation ist von Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus bestimmt.

Im Parteiprogramm fordert „Die Rechte“ zur „Wahrung der Deutschen Identität“ auf. Demnach gelte es, „übermäßige fremde Einflüsse“ wie „die Amerikanisierung“ zurückzudrängen und einen europäischen Verbund zu schaffen, „in dem jedes Volk nach seiner eigenen, natürlich gewachsenen Ordnung leben kann“. Die Partei folgert, dass „alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlands“ sinnlos würden, „wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer ‚Europäischen Union‘ aufzulösen.“

Hiermit richtet sich „Die Rechte“ insbesondere gegen die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte (Art. 1 GG) sowie gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG). Damit ist die Partei verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Im Wahlprogramm „25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“, mit dem „Die Rechte“ symbolisch an das 25 Punkte-Programm der NSDAP anknüpft, bekennt sie sich unter Punkt 19 eindeutig zur Volksgemeinschaft:

„Eine Gesellschaft, welche die Schwächsten alleine lässt, ist zum Scheitern verurteilt – jeder Volksgenosse, der unverschuldet in Not gerät, muss sich auf Hilfe verlassen können. Die Rechte will eine starke Volksgemeinschaft, in der keiner allein gelassen wird.“

Im Kapitel „Kriminalität und Überfremdung“ werden Migranten pauschal als kriminell bezeichnet, um sie auf diese Weise aus der Gesellschaft ausgrenzen zu können. In der Flüchtlingsdebatte wird ein „sofortiger Einwanderungsstopp“ von „Asyltouristen“ und „Sozialschmarotzern aus EU-Staaten“ gefordert.

Mit ihrem Bekenntnis zur Volksgemeinschaft, das die Mitglieder auf dem 8. Bundesparteitag am 28.10.2017 beschlossen haben, wird der neonazistische Charakter der Partei unterstrichen. Hieran zeigt sich auch, dass die Partei an ideologische Elemente des historischen Nationalsozialismus anknüpft und sich damit unverhohlen gegen die

freiheitliche demokratische Grundordnung stellt. Darüber hinaus hat der Bundesvorstand in seiner Veröffentlichung vom 31.12.2018 das Ziel unterstrichen, die Voraussetzungen, die für eine nachhaltige Revolution im Sinne einer Revolution des Geistes notwendig sind, zu verbessern.

Am 19.03.2019 hat der Bundesverband der Partei „Die Rechte“ auf seiner Internetpräsenz das 25 Punkte umfassende Wahlprogramm zur Europawahl veröffentlicht, das nach eigenen Angaben in enger Abstimmung mit den Mitgliedern erarbeitet worden sein soll. Ein gesonderter Parteitag zur Verabschiedung des Wahlprogramms hat offensichtlich nicht stattgefunden. Folgende Forderungen bzw. Positionen wurden aufgestellt:

- Neben der übergeordneten Kernforderung, den Volksverhetzungsparagraphen abzuschaffen, verlangt die Partei im Themenfeld der Europa- und Außenpolitik eine Volksabstimmung mit dem Ziel, die Europäische Union zu verlassen (DEXIT jetzt!). Hierbei werden auch altbekannte und klassische Vorurteile gegenüber der EU und ihren Institutionen geäußert (Deutschland als „Zahlmeister“). Weiterhin wird ein Austritt aus der NATO gefordert und stattdessen ein Bündnis mit Russland als wichtigem strategischen Partner angestrebt („Völkerfreundschaft mit Russland“).
- Der Erhalt und Schutz des deutschen Heimatlandes spielt ebenfalls eine zentrale Rolle. Daher fordert die Partei die Schaffung einer neuen Armee (Bildung eines Volksheeres) und die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Der europäische Kontinent wird in diesem Zusammenhang auch als „Bollwerk der weißen Rasse“ beschrieben.
- Das Ziel, die Wiederherstellung „Großdeutschlands“ in seinen angestammten Grenzen, dürfe nicht aufgegeben werden. Daher seien ehemalige deutsche Gebiete auf diplomatischem Wege wieder „heim ins Reich“ zu holen.
- In der Innenpolitik versteht sich „Die Rechte“ vor allem als die „Abschiebepartei Nr. 1“, die die Grenzen schließen und somit die Festung Europa verteidigen will, um die angeblich schleichende Islamisierung Europas zu stoppen. Meterhohe Minarette und Großmoscheen sollen in Europa nicht entstehen dürfen.
- Weiterhin fordert die Partei eine Volksabstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe bei Mord, extremen Fällen von Vergewaltigung, Drogenhandel sowie Hoch- und Landesverrat. Mit der Einführung von Volksgerichten sollen vor allem

„Volksverräter“ auf die Anklagebank gebracht werden. Auch das Verbreiten von sogenannten Fake News („Lügenpresse“) soll unter Strafe gestellt werden.

- Im Bereich der Wirtschaftspolitik fordert die Partei u. a. die Verstaatlichung von Großkonzernen und die Kontrolle über Schlüsselindustrien. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU sei abzuschaffen, um Lohndumping effektiv zu bekämpfen. Darüber hinaus sei Zeit- und Leiharbeit zu verbieten.
- Bildungs- und gesellschaftspolitisch setzt die Partei auf den traditionellen Familienbegriff und fordert u. a. ein Ende der „Gender-Ideologie“ und der „Frühsexualisierung“ von Kindern. Traditionelle Volks- und Familiengemeinschaften seien dagegen zu befürworten und mit der Zahlung von Betreuungsgeld zu fördern.
- Entsprechend ihres Namenszusatzes „Partei für Volksabstimmung, Souveränität und Heimatschutz“ fordert die Partei „Die Rechte“ Volksentscheide auf allen politischen Ebenen und damit die Stärkung von direktdemokratischen Entscheidungen.
- Abschließend fordert sie die Einführung eines deutschen Nationalfeiertags, der jährlich am 20. April stattfinden soll. Als Begründung beruft sich die Partei auf die Befreiung der Stadt Augsburg im Jahr 1919.

Im Rahmen von verschiedenen Kundgebungen im Jahr 2020 äußerten sich führende Funktionäre der Partei öffentlich in einer Weise, die die Verfassungsfeindlichkeit der Partei unterstreichen. Bei Versammlungen in Braunschweig wird die Stadt regelmäßig als „Einbürgerungsstadt“ bezeichnet und so auf die am 25.02.1932 vollzogene Einbürgerung von Adolf Hitler angespielt. Ein ideologischer Bezug auf den historischen Nationalsozialismus wird damit eindeutig hergestellt. Ein ähnlicher Bezug wurde bei der Kundgebung am 08.05.2020 in Einbeck erkennbar, als es um das Ende des Zweiten Weltkrieges ging und in diesem Zusammenhang ein Ende „der Reue und des Schuldkults“ gefordert wurde. Insbesondere an der Frage nach der Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges lässt sich ein geschichtsrevisi-onistischer Ansatz belegen.

Darüber hinaus ist an der Art und Weise, wie sich die Partei zur innenpolitischen Situation Deutschlands in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts öffentlich äußert, nicht nur ein weiterer inhaltlicher Bezug zum historischen Nationalsozialismus, sondern auch eine indi-

rekte Verherrlichung des Nationalsozialismus zu erkennen. Denn nach Ansicht der Partei ist die nationale Bewegung als Sieger aus der politischen Auseinandersetzung mit dem linken Lager hervorgegangen.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die meisten öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Partei „Die Rechte“ gingen vom Landesverband Nordrhein-Westfalen und dessen Kreisverbänden aus. Hierbei spielte die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 13.09.2020 eine zentrale Rolle. Mit landesweit 2.582 Stimmen (0,0 Prozent) blieb die Partei erwartungsgemäß unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Ihr Mandat im Dortmunder Stadtrat konnte sie allerdings verteidigen.

Darüber hinaus sind von den Landesverbänden Baden-Württemberg und Bremen vermehrt parteipolitische Aktivitäten festzustellen. In Nordrhein-Westfalen übernahm die Partei „Die Rechte“ unter dem Schutz des Parteienprivilegs die zuvor von den verbotenen Kameradschaften durchgeführten Aktionen.

Das noch in den beiden Vorjahren präsenste Themenfeld um die inhaftierte Ursula Haverbeck-Wetzel, die von Mai 2018 bis November 2020 in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) wegen wiederholt begangener Holocaustleugnungen einsaß, spielte in diesem Jahr keine Rolle. Veranstaltungen wie etwa öffentliche Demonstrationen oder Solidaritätsbekundungen haben nicht stattgefunden. In der rechtsextremistischen Szene wird die Inhaftierung von Ursula Haverbeck-Wetzel als Gesinnungshaft verstanden. Am 05.11.2020 wurde die mittlerweile 92-Jährige aus der Haft entlassen. Jedoch stand ihr kurz darauf am 17.11.2020 in Berlin ein weiterer Prozesstermin wegen Volksverhetzung bevor. Am 04.12.2020 wurde sie in Abwesenheit vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten wegen

Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt.

Die traditionelle Demonstration zum 1. Mai wollte die Partei „Die Rechte“ ursprünglich in Hamburg durchführen. Allerdings wurde diese wegen der Corona-Pandemie von Seiten der Hamburger Versammlungsbehörde verboten. Auch eine kurzfristig in Erwägung gezogene Ersatzveranstaltung in Bremerhaven hat nicht stattgefunden.



Aktivitäten der niedersächsischen Parteigliederungen

In Niedersachsen gingen Aktivitäten der Partei „Die Rechte“ hauptsächlich von dem im Juli 2019 gegründeten Kreisverband Braunschweig/Hildesheim aus sowie ab Ende Februar 2020 von dem ebenfalls neu gegründeten Kreisverband Einbeck/Northeim. Der Landesverband selbst trat hingegen kaum in Erscheinung.

Im ersten Quartal des Jahres führte der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim eine Reihe von Aktionen durch. Darunter war Anfang Januar die Verteilung von Flugblättern und Postkarten in Hildesheimer Wohngebieten. Am 19.02.2020 folgte eine Flugblattverteilung an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim. Hierbei wurde Infomaterial der Kampagne „Werde aktiv“ in den Gebäuden der Hochschule ausgelegt. Ziel der Kampagne ist es, für eine angeblich „fehlende Meinungsfreiheit“ zu „sensibilisieren“ und zugleich neue Mitglieder für die Partei zu werben.⁵²

Der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim hat darüber hinaus wiederholt Infostände in den Innenstädten von Braunschweig und Hildesheim durchgeführt. Unter dem Motto „Die Rechte stellt sich vor“ fanden am 20.01.2020 in Braunschweig und am 25.01.2020 in Hildesheim jeweils stationäre Versammlungen statt, bei denen Infomaterial der Partei zur Mitnahme ausgelegt wurde. Beide Veranstaltungen verliefen friedlich und fanden in der Bevölkerung kaum bis gar keine Beachtung. Bei einem weiteren Infotisch am 11.02.2020 in Braunschweig protestierten jedoch etwa 20 bis 25 schwarz gekleidete Personen aus der linken Szene Braunschweigs. Die Polizei verhinderte ein Aufeinandertreffen der beiden politischen Lager und somit eine weitere Eskalation.

Am 24.01.2020 hatte der Kreisverband Braunschweig/Hildesheim zu einem Interessententreffen in einer Gaststätte in Algermissen (Landkreis Hildesheim) eingeladen, an dem sowohl der Landesvorsitzende Holger Niemann als auch der örtliche Vorsitzende, Johannes Welge,

⁵² Vgl. Internetseite der Partei „Die Rechte“ vom 02.02.2020.

teilnahmen. Bei diesem Treffen zeichneten sich neue Entwicklungen innerhalb der Partei ab.

So wurde in Einbeck am 05.02.2020 der Kreisverband Einbeck/Northeim gegründet. Der neue Kreisverband umfasst etwa zehn Personen und setzt sich aus den Mitgliedern der ehemaligen „Kameradschaft Einbeck“ zusammen, die sich kurz zuvor am 21.01.2020 offiziell aufgelöst hatte. Zum Vorsitzenden wurde der bekannte Rechtsextremist Tobias Haupt aus Moringen (Landkreis Northeim) gewählt. Bereits am 14.02.2020 organisierte der neu gegründete Kreisverband in Einbeck eine Gedenkveranstaltung anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar 1945, um der deutschen Opfer zu gedenken. Es gab keine Redebeiträge, stattdessen wurden zwei Reichsflaggen geschwenkt und ein Transparent mit der Aufschrift „Wir gedenken der 250.000 Toten des Bombenholocaust Dresden“ gezeigt.

Unter dem Motto „DIE RECHTE – neuer Wind für unsere Region“ führte der Kreisverband Einbeck/Northeim am 29.02.2020 mit etwa 15 Teilnehmenden seine offizielle Auftaktveranstaltung durch. Bei der Kundgebung, die auf dem Einbecker Marktplatz stattfand, wurden in einem Wortbeitrag „gewalttätige Ausländerbanden“ sowie zunehmende „Angriffe durch Linksextremisten“ problematisiert. Nach Auffassung der Redner seien Linksextremisten schließlich die „ausführende Gewalt dieses antideutschen Systems“, so die Formulierung. Vermeintliche linksextremistische Strukturen werde man daher in Zukunft offenlegen, klar benennen und bekämpfen, um letztlich ein Verbot zu erzielen. Am Rande der Veranstaltung kam es zu einem kleinen Handgemenge mit einem Teilnehmer der Gegenveranstaltung.

Eine weitere Demonstration des Kreisverbandes wurde am 08.05.2020 in Einbeck unter dem Motto „Gegen den Schuld kult – Aufklärung statt Reue!“ mit etwa zehn Personen durchgeführt. Da die Polizei dem Versammlungsleiter und örtlichen Parteivorsitzenden Tobias Haupt das Abspielen von Musik untersagte, formierte sich noch am selben Abend eine Spontandemonstration vor dem Dienstgebäude, um „gegen Polizeiwillkür“, wie das Motto lautete, zu protestieren.

Der Landesverband der Partei „Die Rechte“ hatte unter dem Titel „Gegen Seuchendiktatur – Grundgesetz durchsetzen!“ zu einer Versammlung am 23.05.2020 in Braunschweig aufgerufen. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 25 Personen aus der rechtsextremistischen Szene. Anmelder war der Landesvorsitzende Holger Niemann. Redner waren der ehemalige Bundesvorsitzende Christian Worch (Mecklenburg-Vorpommern) sowie der Landesvorsitzende der NPD Hamburg, Lennart Schwarzbach, und zwei niedersächsische Kreisvorsitzende der Partei „Die Rechte“, Johannes Welge aus Hildesheim und Tobias Haupt aus Northeim, die in ihren Wortbeiträgen einmütig auf die ihrer Ansicht nach unzulässigen staatlichen Beschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie eingingen.

Eine ganz ähnliche Kundgebung unter demselben Motto führte der Landesverband rund vier Wochen später am 20.06.2020 ebenfalls in Braunschweig durch. Redner waren erneut Christian Worch, Johannes Welge und Tobias Haupt sowie der bekannte Neonazi Dieter Riefling aus dem Raum Hildesheim. Von den etwa 250 Gegendemonstrierenden gingen bis auf einzelne Zwischenrufe keine nennenswerten Störungen aus. Im Anschluss fuhrten etwa zehn Rechtsextremisten nach Einbeck, um dort eine weitere Kundgebung abzuhalten, diesmal unter dem Motto „Gegen behördliche Willkür“. Anmelder und Redner war Christian Worch, darüber hinaus sprachen Johannes Welge und der örtliche Kreisvorsitzende Tobias Haupt. Sämtliche Redebeiträge konnten aufgrund der lautstarken Proteste der rund 300 Gegendemonstrierenden nicht verstanden werden. Die Kundgebung wurde nach etwas über einer halben Stunde beendet.

Am 29.09.2020 fand eine Eilversammlung der Partei zum Thema „Gegen Repression und Polizeiterror“ in der Braunschweiger Innenstadt statt. Die Kundgebung mit Aufzug war als Reaktion auf die am gleichen Tag durchgeführten polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen bei zwei Mitgliedern der Partei „Die Rechte“ gedacht. In einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes durch verbotswidrige Tonaufzeichnungen hatte das Amtsgericht Braunschweig auf Antrag der Staats-

anwaltschaft Braunschweig mehrere Durchsuchungsbeschlüsse erlassen. An der Versammlung nahmen 17 Rechtsextremisten teil, an den Protesten dagegen rund 100 Personen.

Für den 10.10.2020 hatte der Vorsitzende des Kreisverbandes Einbeck/Northeim, Tobias Haupt, eine stationäre Kundgebung unter dem Motto „Schluss mit linkem Terror, linker Hetze und Gewalt“ angemeldet. An der Durchführung mit Musik- und Redebeiträgen in der Einbecker Innenstadt nahmen 21 Rechtsextremisten teil. Im Anschluss wurde eine Spontandemonstration durchgeführt. Der Gegenprotest umfasste etwa 290 Personen.

Am 24.11.2020 wollte die Partei eine „Mahnwache gegen Zionismus“ vor dem Jugendamt in Braunschweig abhalten. Gegenüber dem Jugendamt befindet sich die Braunschweiger Synagoge sowie die Jüdische Gemeinde Braunschweig. Als Uhrzeit wurde „19.33 – 19.45“ angegeben, womit die Partei zusätzlich in provokativer Form ihre antisemitische Ausrichtung und ihre positive Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus offenkundig machte. Die Veranstaltung wurde jedoch von den Organisatoren selbst kurzfristig abgesagt.

Neben diversen Infoständen im Zeitraum von Juli bis Oktober 2020, die ihren Schwerpunkt in Braunschweig hatten und dort vom örtlichen Kreisverband organisiert wurden, beteiligten sich niedersächsische Mitglieder der Partei „Die Rechte“ auch an den NPD-Demonstrationen am 17.10.2020 in Bremerhaven und am 24.10.2020 in Braunschweig. Vom Kreisverband Verden sind auch in diesem Berichtszeitraum keine Aktivitäten bekannt geworden.

Enge Vernetzung mit Neonazis und subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Es besteht eine enge Vernetzung von Mitgliedern der Partei „Die Rechte“ mit Angehörigen der Neonaziszene sowie mit subkulturell geprägten Rechtsextremisten. Deutlich wird dies etwa durch die Beteiligung an Musikveranstaltungen oder politischen Aktivitäten. Beispiele sind die Unterstützung einer Mahnwache in Bremerhaven am 25.04.2020 und die Teilnahme an der Abschlusskundgebung der Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ am 06.06.2020 in Worms (Rheinland-Pfalz), die aufgrund rückläufiger Besucherzahlen voraussichtlich zum letzten Mal stattfand.⁵³ An den diesjährigen Trauermärschen in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) am 17.01.2020 und in

⁵³ Siehe hierzu auch Kapitel 2.5 „Demonstrationen“.

Dresden (Sachsen) am 15.02.2020 beteiligten sich auch Mitglieder aus dem niedersächsischen Landesverband der Partei „Die Rechte“.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der Landesverband Niedersachsen der Partei „Die Rechte“ setzt sich überwiegend aus Angehörigen der neonazistischen Szene zusammen, die unter gezielter (Aus-)Nutzung des Parteienstatus ihre bisher außerparteilich durchgeführten Aktivitäten fortführen, ohne ein Vereinsverbot fürchten zu müssen.

Die Mitgliederzahl ist im Vergleich zum Vorjahr insbesondere aufgrund des Übertritts von Angehörigen der aufgelösten „Kameradschaft Einbeck“ zum Kreisverband Einbeck/Northeim leicht gestiegen. Innerhalb des rechtsextremistischen Personenpotenzials in Niedersachsen handelt es sich also lediglich um eine Verschiebung und nicht um einen realen Zuwachs.

Die Partei „Die Rechte“ hat besonders im Bereich der Kreisverbände Braunschweig/Hildesheim und Einbeck/Northeim öffentlichkeitswirksame Aktivitäten entfaltet. Dies liegt vor allem an den beiden Kreisvorsitzenden Johannes Welge aus Hildesheim und Tobias Haupt aus Northeim, die ein hohes Maß an Aktionismus an den Tag legen. Hierbei spielt deren Vernetzung untereinander, aber auch mit weiteren Personen, die allesamt persönlich miteinander bekannt sind, eine entscheidende Rolle. Mittlerweile hat sich innerhalb Niedersachsens das Dreieck Braunschweig-Einbeck-Hildesheim als neues Zentrum der Partei herausgebildet, das federführend für deren Aktivitäten in Niedersachsen verantwortlich ist.

Der Landesverband um dessen Vorsitzenden Holger Niemann spielt in diesem Personengeflecht hingegen kaum eine Rolle. Vielmehr hat es den Anschein als verlöre der Vorsitzende zunehmend an Einfluss innerhalb seiner eigenen Partei. Selbst bei den beiden vom Landesverband abgehaltenen Kundgebungen in Braunschweig trat Holger Niemann nicht wahrnehmbar in Erscheinung. Er überlässt das Feld anderen und wirkt dadurch noch schwächer. Der Landesverband ist unter seiner Führung immer mehr zu einem organisatorischen Platzhalter geworden. Eine inhaltliche Arbeit ist nicht erkennbar. Zudem gehen von ihm bzw. vom Landesverband kaum Impulse aus, die ihn auch nach außen hin als „Anführer“ einer Landespartei spürbar werden lassen. Insgesamt ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich die Ära Nie-

mann langsam ihrem Ende neigt und andere in der Partei die Führung übernehmen werden. Der Partei „Die Rechte“ ist es in Niedersachsen jedenfalls nicht gelungen, sich als relevanter politischer Akteur ins Spiel zu bringen und eine mögliche Wahlalternative darzustellen. Als möglicher Nachfolger drängt sich Johannes Welge auf, dem man anhand seines ganzen Auftretens und Agierens anmerkt, dass er nach mehr Einfluss in der Partei strebt und folglich eine wichtigere Rolle übernehmen möchte. Insofern scheinen seine Motive und Absichten seit der Rückkehr nun klarer zu sein. Johannes Welge hatte sich zeitweise zurückgezogen, tritt seit 2019 jedoch wieder öffentlich in Erscheinung. Bundesweit betrachtet gab es in diesem Jahr keine Entwicklungen, die darauf hindeuten, dass die Partei über ihr politisches Machtzentrum in Dortmund hinaus andernorts Fuß gefasst hat und zu einem relevanten politischen Akteur geworden ist. Gerade die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen hat deutlich gemacht, dass die Partei sogar in Dortmund, an ihrem vermeintlich stärksten Wirkungsort, an Zuspruch verloren hat. Über Dortmund hinaus spielt die Partei jedenfalls keine Rolle in Nordrhein-Westfalen.

Die in Aussicht gestellte Neuaufstellung der Partei kann nur bedingt als gelungen bezeichnet werden. Organisatorische und inhaltliche Änderungen des Bundesverbandes haben über Dortmund hinaus kaum nennenswerte Wirkungen auf Niedersachsen entfaltet. Das für Frühjahr 2018 angekündigte neue Parteiprogramm wurde auch im Jahr 2020 immer noch nicht vorgelegt. Von einer inhaltlichen Neuausrichtung der Partei „Die Rechte“ kann daher keine Rede sein. Die Situation in Einbeck ist von einer offenen „Rechts-Links-Konfrontation“ geprägt. Örtliche Gruppierungen aus dem extremen rechten und linken Lager sowie der linken Szene aus Göttingen fallen regelmäßig auf. In der Vergangenheit kam es wiederholt zu körperlichen Übergriffen. Auch Sachbeschädigungen wurden als Mittel der politischen Auseinandersetzung begangen. Der von einem örtlichen Rechtsextremisten begangene Anschlag mittels eines Sprengkörpers auf den Briefkasten einer in der Flüchtlingshilfe engagierten Frau erregte bundesweite Aufmerksamkeit. Die Generalstaatsanwaltschaft in Celle führte hierzu ein entsprechendes Ermittlungsverfahren und erhob Anklage gegen zwei Rechtsextremisten.⁵⁴

⁵⁴ Siehe hierzu auch Kapitel 2.5 „Versuch der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion in Einbeck“.

Am 24.11.2020 verurteilte das Amtsgericht Einbeck den 26-jährigen Hauptangeklagten zu einer Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren und den inzwischen 24-jährigen Mittäter zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Öffentlich hat sich die Partei von dieser Tat zwar distanziert und klare Signale gegen Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung gesetzt. Wenn sie aber im selben Atemzug von „geistigen Bomben“ spricht, an denen sie baue, zeichnet sie doch einen Weg vor, der den Gewaltaspekt erkennen lässt, wenn auch nicht als Mittel der ersten Wahl. So geschehen im Rahmen einer Kundgebung am 20.06.2020 in Einbeck. Redner war seinerzeit Johannes Welge.

In der Gesamtschau muss man sich auf eine weitere Eskalation der Situation in Einbeck einstellen, so dass vor allem mit weiteren Gewaltdelikten gegen Sachen und Personen zu rechnen ist.

Bei den Kundgebungen und Demonstrationen der Partei „Die Rechte“ im Jahr 2020 hat insbesondere die Thematisierung der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zugenommen. Trotz bundesweiter Aktionen scheint das rechtsextremistische Mobilisierungspotenzial in Niedersachsen aber eher gering zu sein. Eine strategisch erhoffte Anschlussfähigkeit an die sogenannte Mitte der Gesellschaft war bisher nicht erfolgreich.

2.11 Verein Gedächtnisstätte e. V.

Sitz/Verbreitung	Guthmannshausen (Thüringen) Kultur- und Tagungsstätte: Guthmannshausen (Thüringen)
Gründung/ Bestehen seit	1992
Struktur/ Repräsentanz	Vorstand: Wolfram Schiedewitz Vorstand: Dr. Paul Latussek 2. Vorsitzender: Roland Wuttke
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Bund: k. A. ⁵⁵ Land: 15 →

55 Auf Bundesebene werden die Mitglieder des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ unter dem rechtsextremistischen Personenpotenzial in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen gezählt. Eine gesonderte Ausweisung des Personenpotenzials des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ erfolgt seit diesem Jahr nicht mehr; siehe Kapitel 2.1, „Mitglieder-Potenzial.“

Veröffentlichungen

Publikation: Kulturangebot (Veranstaltungsprogramm);
Broschüre: „Gedächtnisstätte“ zum 25-jährigen Jubiläum;
Internetseite

Kurzportrait/Ziele

Der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ wurde 1992 in Vlotho (Nordrhein-Westfalen) gegründet. Erste Vorsitzende war die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel. Seit 2003 leitet Wolfram Schiedewitz aus Niedersachsen den Verein. Mit der Einweihung der „Gedächtnisstätte für die 12.000.000 deutsche(n) Opfer durch Bomben des Weltkrieges II, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern“ im Jahr 2014 wurde das Vereinsziel erreicht. Unter dem Leitspruch: „Zukunft braucht Herkunft“ betreibt der Verein eine revisionistische, antisemitische und fremdenfeindliche Geschichtsbetrachtung und -verbreitung.

Bereits seit 2011 nutzt der Verein für seine Veranstaltungen das Kultur- und Tagungszentrum Guthmannshausen (Thüringen). Regelmäßig finden dort Vortragsveranstaltungen zu kulturellen und aktuellen Themen mit Zeitzeugen und Historikern statt, darunter auch bekennende Revisionisten und Holocaustleugner sowie Vertreter rechtsextremistischer und anderer im rechtsextremistischen Spektrum agierender Organisationen und Medien. In geschichtsrevisionistischer Manier werden deutsche Kriegsverbrechen relativiert und die Kriegsschuld des NS-Regimes geleugnet.

2019 wurde der Verein im Vereinsregister Bad Oeynhausen (Nordrhein-Westfalen) (VR 668) gelöscht und im Vereinsregister Sömmerda (Thüringen) (VR 150881) neu eingetragen.

Im August 2014 wurde auf dem Gelände des ehemaligen Rittergutes in Guthmannshausen eine Gedächtnisstätte eingeweiht. Anwesend waren etwa 200 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, darunter Ursula Haverbeck-Wetzel und der ehemalige Deutschlandleiter der „Europäischen Aktion“ (EA)⁵⁶, Dr. Rigolf Hennig. In seiner Rede kritisierte der Vorsitzende Wolfram Schiedewitz eine angebliche Einseitigkeit deutscher Geschichtsbetrachtung.

Im August 2017, anlässlich der Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum, sprach der Vereinsvorsitzende in der Jubiläumsbroschüre nachträglich eine offene Drohung aus: „Wer einzelne Besucher unserer Einweihungsfeier in die Nähe der Radikalität stellt, wird für seine unbegründete Boshaftigkeit eines Tages zur Verantwortung

⁵⁶ Internetseite der EA vom 26.09.2017: „Mitteilung in eigener Sache“.

gezogen werden.“⁵⁷ In der gleichen Broschüre bedankte sich die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel ausdrücklich beim „Verein Gedächtnisstätte“, der „sich nie von (ihr) distanziert hat, was heute ungewöhnlich und sehr dankenswert ist.“⁵⁸ Der Verein präsentiert sich im Internet mit einem „Kulturangebot“, stellt dort seine Veranstaltungen und Ziele vor und bittet um Spenden.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden, Nachlässe in geldwerter Form, Patenschaften für Gedenksteine, Förderkreis „Verein Gedächtnisstätte (VG)“

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die rechtsextremistische Ausrichtung des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ lässt sich aus der Beteiligung von Rechtsextremisten und der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten schließen. Durch die Relativierung der Opfer des NS-Regimes versucht der Verein, eine Revision der Geschichte zu betreiben. Die anlässlich des 25-jährigen Vereinsjubiläums im Jahr 2017 herausgegebene Broschüre weist eine Vielzahl von revisionistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Aussagen auf, die eine rechtsextremistische Ideologie belegen. Darüber hinaus bietet der Verein Rechtsextremisten eine Plattform für ihre Positionen. Die Flüchtlingsthematik ist als wichtiges und verbindendes Element im gesamten Rechtsextremismus zu sehen. In den Vorträgen und Veröffentlichungen des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ wird die Migration und Integration von Flüchtlingen aufgegriffen und als „Umvolkung“ oder „Völkermord“, aber auch als „Invasion von Fremden“ bezeichnet. Die Art und Weise, wie gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung agiert wird, steht dabei im Widerspruch zur deutschen Rechts- und Werteordnung und zum Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a Abs. 2 GG. Hiermit richtet sich der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Mit der „Vermittlung identitätsstiftender Wertvorstellungen“⁵⁹ arbeitet der Verein daran, „ein anderes Staatswesen“ und damit einen Systemwechsel zu erzeugen. Die Absicht des Beseitigens bzw. des Ersetzens der Verfassungsordnung oder des Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland steht im Widerspruch zur freiheitlichen

⁵⁷ Jubiläumsbroschüre vom 05.08.2017, Seite 54.

⁵⁸ Jubiläumsbroschüre vom 05.08.2017, Seite 16.

⁵⁹ YouTube, Birgits Welt, „Gedenkstätte Guthmannshausen Sommerfest 2018“, veröffentlicht am 14.08.2018.

demokratischen Grundordnung. Damit ist der Verein verfassungsfeindlich und erfüllt die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 4 NVerfSchG.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Gedenken an „12 Millionen zivile deutsche Tote im und nach dem 2. Weltkrieg“ gab der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ das „Kulturangebot des Vereins im Jahr 2020“ bekannt. Es bestand aus monatlichen Vortragsveranstaltungen, dem jährlichen Sommerfest sowie einem „Drei-Generationen-Wochenende“ mit Sachvorträgen, Musik und Volkstanz. Letzteres richtete sich insbesondere an Kinder und Jugendliche. Der Verein möchte nach eigenem Bekunden eine „Brückenfunktion zwischen den Generationen“ erfüllen und will deshalb „die Begegnung und das Hörensagen von Jung und Alt“ fördern.

Unter dem Leitsatz „Zukunft hat Herkunft, Zukunft braucht Herkunft und klare Gedanken zur Gegenwart“ hat der Verein zu den Veranstaltungen und der Vermittlung „allseitiger, identitärer Angebote und Sichtweisen“ eingeladen. Konkret wurde „die Aufarbeitung zutiefst menschlicher Fragestellungen, wie denen nach Herkunft, Historie, Identität und Lebensinngestaltung“ angeboten. Im ethnopluralistischen Sinne stellt der Verein damit die ethnische und kulturelle Herkunft von Menschen in den Vordergrund.

Mit Zeitzeugenvorträgen will der Verein eine „Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart“ bauen. Unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges dürfte es dabei jedoch vielmehr um die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts gehen.

„Wir alle sind es im Sinne einer heilenden Integration vergangener Ereignisse sowohl den Opfern als auch unseren Kindern und nicht zuletzt uns selbst schuldig, den allgemein verordneten Mantel des Schweigens über Herkunft und Schicksal unserer Vor- und Vorfahren aktiv abzulegen. Um einer gesunden und gerechten Zukunft willen ...“

(Homepage des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“, „Ihre Spende“, Oktober 2020)

Im Jahr 2020 wurden im gesamten Bundesgebiet und in den einzelnen Bundesländern diverse Verordnungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie erlassen, die zum Teil auch Veranstaltungsverbote umfassten. Der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ konnte aus

diesem Grund nicht alle im Jahresprogramm 2020 angekündigten Veranstaltungen durchführen. Unter den angekündigten Referenten im Jahresprogramm befanden sich bekannte Rechtsextremisten, Holocaustleugner und Rassisten, aber auch Reichsbürger.

Im Rahmen seines Satzungszweckes vergibt der Verein kleine „Wissen und Erkenntnis schaffende Forschungsaufträge ... jenseits gängiger Lehrmeinung“ und gibt diese als Buchprojekt unter dem Titel „Wissenswertes – Kleine Leseperlen zum Sammeln“ heraus. Der erste Band „Die Umerziehung der Deutschen nach 1945“ wurde bereits veröffentlicht. Im Leitwort vom 26.10.2020 wird dem Leser ein geschichtsrevisionistisches „nachvollziehbares, perspektivisches Angebot ... jenseits von gängiger Lehrmeinung“ angeboten, welches als „ganzheitlich informelles Gegenstück zu handelsüblich gegossenem Bildungsmaterial“ verstanden wird.

Auch das 6. Sommerfest des „Vereins Gedächtnisstätte e. V.“ fand am 01. und 02.08.2020 unter dem Leitgedanken „Herkunft trifft Zukunft“ statt. Dieser Leitsatz illustriert die ethnopluralistische Forderung nach Bewahrung einer unveränderlichen kulturellen Identität durch die Betonung genetischer Homogenität. Das Veranstaltungsprogramm bot vor allem Vorträge, aber auch eine ganztägige Betreuung für Kinder. Der Vereinsvorsitzende Wolfram Schiedewitz war als Referent zum Thema „Der Verein Gedächtnisstätte im Spiegel der Zeit“ angekündigt, mit dem er bereits seit dem Vorjahr die angebliche einseitige Geschichtsbetrachtung kritisiert und die Existenz der Bundesrepublik Deutschland infrage stellt. Der Leiter des rassistischen „Thule-Seminars“, Pierre Krebs, trug zum Thema „Geistesgegenwart der Zukunft“ vor.

Am 01.12.2020 wurde Wolfram Schiedewitz vom Landgericht Lüneburg zu einer Bewährungsstrafe von sechs Monaten verurteilt. An seinem Wohnort hatte er Flugblätter mit verfassungsfeindlichem Inhalt in der Filiale einer Bank ausgelegt und in Briefkästen gesteckt. Darüber hinaus hatte er im Internet das Flugblatt zum Download bereitgestellt und beim Messenger-Dienst Telegram entsprechende Beiträge verbreitet. Weil der 70-Jährige zu einem ersten Prozesstermin nicht erschienen war, wurde er eine Woche später aufgrund richterlicher Anordnung von der Polizei in den Gerichtssaal gebracht.

Veranstaltungen anderer Organisationen/Vereinigungen

Der Verein stellt anderen rechtsextremistischen Organisationen seine Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung. Durch die staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie waren diese jedoch im Jahr 2020 stark eingeschränkt.

Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen

Der „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ verfügt über diverse Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen, u. a. zur „Schlesischen Jugend e. V.“ (SJ), zum „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V.“ (FHWO), zum „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ und zur „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), zur NPD und zu neonazistischen Freien Kräften, zum „Thule-Seminar“ und zu früheren Aktivisten der im Jahr 2017 lediglich in ihren Strukturen aufgelösten rechtsextremistischen Organisation „Europäische Aktion“ (EA). Im Rahmen der „deutsch-russischen Bruderschaft“ bestehen Kontakte zu russischen Vertretern einer völkisch-esoterischen Weltanschauung und zur Organisation „Die Russlanddeutschen Konservativen – Die National-Konservative Bewegung der Deutschen aus Russland“. Diese Kontakte zeigen ein organisationsübergreifendes nationales und internationales Netzwerk auf.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Unter dem Deckmantel des Gedenkens an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges agitiert der 1992 gegründete rechtsextremistische „Verein Gedächtnisstätte e. V.“ gegen den demokratischen Verfassungsstaat und versucht, geschichtsrevisionsistisches Gedankengut in demokratische Bevölkerungskreise zu transportieren. Hierzu organisiert er regelmäßig im Kultur- und Tagungszentrum in Guthmannshausen Vortragsveranstaltungen mit Zeitzeugen und Historikern, aber auch mit jungen Aktivisten rechtsextremistischer Gruppierungen. Durch die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen zu den Veranstaltungen „Tag der Generationen“ bzw. „Tag der Jugend“ mit einem „Drei-Generationen-Wochenende“ besteht die Gefahr einer rechtsextremistischen Indoktrinierung von jungen Menschen.

Die Gedächtnisstätte steht allen offen, die Schwierigkeiten haben, aufgrund ihrer rechtsextremistischen Gesinnung, Parteizugehörigkeit oder entsprechender Organisation einen geeigneten Treffpunkt

zu finden. Dabei nimmt der Verein wohlwollend rechtspopulistische Standpunkte der Bevölkerung auf, fördert diese durch die Verbreitung nationalistischer und rechtsextremistischer Positionen in seinen Vortragsveranstaltungen und trägt dazu bei, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Darüber hinaus berichtete Wolfram Schiedewitz in der Vergangenheit mehrfach von steigenden Besucherzahlen in der Gedächtnisstätte, vor allem durch die vielen jungen Menschen, die den „Altersschnitt um rund 20 Jahre“ gesenkt hätten. Das Rittergut in Guthmannshausen stellt ein rechtsextremistisches Veranstaltungs- und Schulungszentrum dar. Die vielfältigen, generationsübergreifenden Verbindungen des Vereins zu rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien sowie in die rechtsextremistische Skinhead- und Kameradschaftsszene belegen die Vernetzung des Vereins.

2.12 Reichsbürger & Selbstverwalter

Sitz/Verbreitung	Niedersachsenweit	
Gründung/ Bestehen seit	In unterschiedlichen Ausprägungen bereits seit Jahrzehnten. 1985 kam es zur Gründung der ersten konkreten Reichsbürgergruppierung, der „Kommissarischen Reichsregierung“ (KRR) in Berlin.	
Struktur/ Repräsentanz	Örtlich und regional unterschiedlich ausgeprägte Strukturen in Form von lokal agierenden, autark handelnden Einzelpersonen und Gruppierungen; hinzukommen überwiegend virtuelle Präsenzen.	
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer	Bund:	Land: 1.100 ↘ davon etwa 50 Rechtsextremisten →
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Internetseiten, Blogs, Profile in sozialen Netzwerken; Broschüren, Aufkleber, Flugblätter, Formularschreiben	
Kurzportrait/Ziele	„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind Gruppierungen oder Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen. Dabei berufen sie sich u. a. auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht. Den demokratisch gewählten Repräsentanten sprechen sie	

die Legitimation ab oder sie definieren sich in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend und sind deshalb bereit, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen.

Finanzierung

Beiträge der Anhänger und Mitglieder, teilweise Vermarktung und Verkauf von Reichsbürgerartikeln wie Autokennzeichen, Ausweise, Dokumente o. Ä.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Als „Reichsbürger“ werden Einzelpersonen oder pseudoformell organisierte Gruppierungen bezeichnet, die der Bundesrepublik Deutschland ihre Rechtmäßigkeit absprechen und damit ihre Rechtsvorschriften ablehnen. „Reichsbürger“ treten für die Fortexistenz des Deutschen Reiches und die Rückkehr zu vorherigen territorialen Grenzen ein (je nach Gruppierung zum Beispiel aus den Jahren 1871, 1914 oder 1937). An die Stelle der Bundesrepublik Deutschland soll eine eigene Reichsregierung treten, bei der eigene selbstbestimmte Vertreter die Regierungsgeschäfte führen.

Bei „Selbstverwaltern“ handelt es sich um eine heterogene Gruppe von zumeist Einzelpersonen, die im Gegensatz zu „Reichsbürgern“ nicht vom Weiterbestehen des Deutschen Reiches überzeugt sind, sondern behaupten, sie könnten durch eine Erklärung ihrerseits oder durch den Rückgriff auf ein selbstdefiniertes Naturrecht aus der Bundesrepublik Deutschland ausscheiden oder dass diese gar nicht existent sei. Dementsprechend sehen sich „Selbstverwalter“ auch nicht mehr den Gesetzen der Bundesrepublik unterworfen. Einige „Selbstverwalter“ gehen so weit, eigene Staatsgebilde auszurufen und ihr Haus oder Grundstück als souveränes Staatsgebiet zu proklamieren. Zentrales und organisationsübergreifendes bzw. personenübergreifendes Ideologieelement bei „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ ist die fundamentale Ablehnung des Staates und seiner gesamten Rechtsordnung.

Dabei vertreten nicht alle „Reichsbürger und Selbstverwalter“ per se rechtsextremistische Ansichten und können so nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden. Trotzdem sind für „Reichsbürger und Selbstverwalter“ hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen vorhanden. Diese sind vor allem in der grundsätzlichen Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Normen und ihrer Institutionen zu

sehen. Bei einigen Gruppierungen sowie bei einzelnen „Selbstverwaltern“ kommen neben der Verbreitung kruder Verschwörungstheorien auch Ideologieelemente des Rechtsextremismus wie Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit zum Tragen, die in ihren jeweiligen Ausprägungen ebenfalls hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen begründen. Hiermit richten sich „Reichsbürger und Selbstverwalter“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, insbesondere gegen den demokratischen Rechtsstaat (Art. 20 GG) sowie in Teilen gegen die im Grundgesetz verbrieften Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte (Art. 1 – 4 GG). Sie sind damit verfassungsfeindlich und erfüllen die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG.

Aktivitäten von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“

Neben der fundamentalen Ablehnung des Rechtsstaates zeichnen sich „Reichsbürger und Selbstverwalter“ durch ein besonderes Maß an Renitenz gegenüber staatlichen Institutionen und staatlichen Maßnahmen aus. Angefangen mit dem massenhaften Versand von Schriftstücken per E-Mail, Fax oder auf dem Postweg (sogenanntem paper-terrorism oder Vielschreiberei) versuchen „Reichsbürger“ auf Behörden und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuwirken, um staatliche Maßnahmen zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Hiermit beschäftigen sie zunehmend Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und stören Verwaltungsabläufe und -verfahren.

Die Entrichtung von Steuern, Gebühren und Abgaben verweigern „Reichsbürger und Selbstverwalter“ regelmäßig. Die Aktivitäten der Szene gipfeln in der Einrichtung verschiedener „Regierungen“, „Verwaltungen“ bis hin zur Ausrufung eines eigenen Königreiches oder Staates. Hierzu zählen auch die von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ „aktivierten“, „reaktivierten“ oder „reorganisierten“ Gemeinden. So nennen sie Ortschaften, wenn sie diese für unabhängig erklären bzw. eine eigene Verwaltung für diese Gemeinden beanspruchen. Um weitere Unterstützung für die eigene Sache zu gewinnen und somit den Kampf gegen die staatlichen Institutionen auszudehnen, verbreiten „Reichsbürger“ ihre Ideologie aktiv über das Internet. Neben den genannten Aktivitäten zeichnen sich einige „Reichsbürger“ auch durch die Verwendung von Phantasiedokumenten aus. Es wird versucht, eigene, teils selbst produzierte „Reichsführerscheine“

oder „Reichspersonenausweise“ im offiziellen Rechtsverkehr zu verwenden. Der Verkauf solcher fiktiven Dokumente stellt zudem für einzelne Personen aus der Reichsbürgerszene eine lukrative Einnahmequelle dar.

Gewaltpotenzial und Verhältnis zu Waffen

Als eine weitere Eskalationsstufe nach der reinen schriftlichen und mündlichen Verweigerung kann bei den sogenannten „Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern“ der fließende Übergang zu Beleidigungen und Bedrohungen gegenüber staatlichen Stellen festgestellt werden. Darüber hinaus haben „Reichsbürger“ körperliche Gewalt angedroht und tatsächlich auch ausgeübt. Exemplarisch seien hier die Schusswechsel von „Reichsbürgern“ mit der Polizei in Bayern und Sachsen-Anhalt genannt, bei denen am 19.10.2016 im bayerischen Georgensgmünd (Landkreis Roth) ein Polizeibeamter durch einen „Reichsbürger“ erschossen wurde. Auch in Niedersachsen ist es bereits vorgekommen, dass sich „Reichsbürger“ mit körperlicher Gewalt, zum Teil auch unter Einsatz von Waffen gegen staatliche Maßnahmen zur Wehr setzten. Beispielhaft hierfür ist das Verhalten einer Familie aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont, die in den Jahren 2018 und 2019 wiederholt mit Behörden, aber auch mit der Polizei in Konflikt geraten war. Zwei Familienmitglieder wurden im Februar 2020 wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, gefährlicher Körperverletzung und versuchter Gefangenenbefreiung zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und zwei Monaten bzw. von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt.

Angehörige der Reichsbürgerszene haben im Allgemeinen eine Affinität zu Waffen. Durch die Bereitschaft von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“, ihren eigenen Staatsvorstellungen teilweise auch mittels Gewalt Nachdruck zu verleihen bzw. sich bestehendem Recht und Gesetz zu widersetzen, stellt der Waffenbesitz eine potenzielle Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat und dessen Repräsentanten dar.

Um das vorhandene Gefahrenpotenzial zu minimieren, werden bei Angehörigen der Reichsbürgerszene bestehende waffenrechtliche Erlaubnisse überprüft und, wenn möglich, entzogen. Eine waffenrechtliche Erlaubnis setzt voraus, dass der Erlaubnisinhaber die erforderliche waffenrechtliche Zuverlässigkeit besitzt. Diese Zuverlässigkeit ist jedoch im Fall einer Zugehörigkeit zur Reichsbürgerszene und der

darin immanenten Ablehnung des geltenden Rechts zu verneinen. In Niedersachsen wurden aus diesem Grund bereits mehreren Personen die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen. In einzelnen Fällen erfolgte die Rückgabe der Erlaubnis auch freiwillig. Die Überprüfung von Personen mit einer entsprechenden Genehmigung, die zugleich Bezüge zur Reichsbürgerideologie aufweisen, erfolgt fortlaufend und wird mit der nunmehr normierten Regelabfrage im Waffenrecht intensiviert werden.

Reichsbürgergruppierungen in Niedersachsen

Als die einzige organisierte Gruppierung mit vorhandenen Strukturen in Niedersachsen gilt weiterhin die am 04.05.2004 in Hannover gegründete „Exilregierung Deutsches Reich“. Diese vertritt unter der Leitung von „Reichskanzler“ Norbert Rudolf Schittke die Ansicht, dass es „nur einen deutschen Staat, das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937“⁶⁰ geben könne und das Deutsche Reich somit fortbestehe. Der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Souveränität und Legitimation abgesprochen; sie sei lediglich ein „provisorisches (besatzungsrechtliches!) Selbstverwaltungs-konstrukt“.⁶¹ Die „Exilregierung Deutsches Reich“ trat im Jahr 2020 wie auch 2019 nicht öffentlich in Erscheinung. Das Wirken der „Exilregierung Deutsches Reich“ beschränkt sich auf den mit aktuellen Beiträgen versehenen Internetauftritt und auf das persönliche Werben einzelner Mitglieder für die Organisation. Über die Internetseite wird Interessierten umfassendes Informationsmaterial angeboten. Außerdem werden verschiedene „Reichsdokumente“ auf der Internetseite der eigens dafür eingerichteten „Reichsmeldestelle“ zum Kauf angeboten.⁶² Dass die Aktivitäten der „Exilregierung Deutsches Reich“ weitgehend zum Erliegen gekommen sind, könnte auch mit der Aufspaltung der Organisation im Jahr 2012 zusammenhängen. Nach internen Streitigkeiten entstand mit der Gruppierung „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“ eine eigenständige konkurrierende Organisation mit Anschrift in Berlin.

60 Internetseite der „Exilregierung Deutsches Reich“ („Die Entstehung der ‚Bundesrepublik Deutschland‘, ‚BRD‘“).

61 Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2017, Seite 132, „Exilregierung Deutsches Reich“.

62 Internetseite der „Reichsmeldestelle“ des „Presse- und Informationsamtes“ der „Exilregierung Deutsches Reich“ („Beantragung Reichsdokumente“).

Neben der „Exilregierung Deutsches Reich“ existieren diverse Klein- oder Kleinstgruppen in der Reichsbürgerszene, die auch Anhänger in Niedersachsen haben. Exemplarisch hierfür stehen der „Freistaat Preußen“, das „Amt für Menschenrecht“, das „Aktionsbündnis gelber Schein“, die „Justiz-Opfer-Hilfe“ sowie die „Verfassungsgebende Versammlung“ und die „Religionsgemeinschaft heilsamer Weg“. Am weitesten in Niedersachsen verbreitet sind die Argumentationen der „Verfassungsgebenden Versammlung“ und der „Religionsgemeinschaft heilsamer Weg e. V. i. G.“ Ein größerer lokaler Personenzusammenschluss ist derzeit nicht zu erkennen.

Verbot einer Reichsbürgergruppierung im März 2020

Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat hat am 19.03.2020 den Verein „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ (GdVuSt) und seiner Teilorganisation „Osnabrücker Landmark e.V.“ verboten und aufgelöst. Es ist das erste Verbot einer Reichsbürgervereinigung auf Bundesebene überhaupt und erfolgte auf der Grundlage von Art. 9 Abs. 2 GG in Verbindung mit § 3 VereinsG. Demnach laufen die Zwecke und Tätigkeiten des Vereins den Strafgesetzen zuwider und richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

400 Einsatzkräfte der Polizei durchsuchten zeitgleich die Wohnungen von 21 führenden Vereinsmitgliedern in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen und Thüringen. Es wurden u. a. Schusswaffen, Hieb- und Stichwaffen, Propagandamittel und eine geringe Menge Betäubungsmittel beschlagnahmt. In Niedersachsen erfolgte eine Durchsuchung bei einem Mitglied der Gruppierung im Landkreis Göttingen. Polizeibeamte stellten hier einen Laptop, ein Mobiltelefon und mehrere elektronische Datenträger sicher. Bei dem Verein „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ handelte es sich um eine relativ neue Gruppierung innerhalb der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“. Im Jahr 2019 war sie insbesondere durch verbal-aggressive Schreiben aufgefallen, die sie hauptsächlich an Vertreter von Ämtern und Ministerien gerichtet hatte. Die teils drastischen Drohungen umfassten im Speziellen die „Inhaftierung“ der Adressaten sowie „Strafgebühren“ in hohen Summen und „Sippenhaft“. Auf ihrer Internetseite wurde die Bundesrepublik

Deutschland als minderwertige Staatsform und Handelskonstrukt diskreditiert. Die Mitglieder der Gruppierung leugneten die Legitimität der Bundesrepublik Deutschland und wollten stattdessen ein eigenes „naturstaatliches“ Rechtssystem etablieren.⁶³

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

In den Jahren 2016 bis 2019 war auch in Niedersachsen eine deutliche Zunahme an Aktivitäten der äußerst heterogenen Reichsbürgerszene festzustellen. Allerdings handelten dabei meist Personen, die bereits seit Längerem dem Reichsbürgerspektrum angehören. Waren im Jahr 2019 noch etwa 1.300 Personen der niedersächsischen Szene zugerechnet worden, ist das Personenpotenzial aktuell weiterhin rückläufig. Mittel- bis langfristig kann ein weiterer Rückgang des Personenpotenzials prognostiziert werden. Dies liegt insbesondere daran, dass sich der Anfangsverdacht gegenüber einigen Personen nicht bestätigt hat bzw. Personen sich von der Szene wegen des behördlichen, medialen und öffentlichen Drucks wieder abgewandt haben.

Seit Anfang des Jahres 2017 wird in Niedersachsen die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in ihrer Gesamtheit beobachtet. Wird ein weitgefaster Maßstab angelegt, liegt die Gesamtzahl der in Niedersachsen auffällig gewordenen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bei aktuell etwa 1.100 Personen. Inwieweit jeweils eine extremistische Haltung im Sinne einer politischen Bestrebung vorliegt, wird in einer Einzelfallanalyse bewertet. Bislang ist in Niedersachsen von wenigen hundert „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ im engeren Sinne auszugehen. Dabei handelt es sich um Personen, die in erheblichem Maße im Zusammenhang mit einer Reichsbürgerideologie aufgefallen sind, u. a. durch die anhaltende Versendung von Schriftstücken an diverse Empfänger oder durch die Begehung von Straftaten wie Beleidigung, Belästigung, Bedrohung, Betrug, Urkundenfälschung oder durch Widerstandshandlungen und Gewaltdelikte. Gemessen an dem Gesamtpotenzial an „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ liegt der Anteil an Rechtsextremisten bei etwa vier bis fünf Prozent.

63 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Pressemitteilung vom 19.03.2020: Bundesinnenminister Seehofer verbietet mit „Geeinte deutsche Völker und Stämme“ erstmals Reichsbürgervereinigung.

Die in Niedersachsen wohnhaften „Reichsbürger und Selbstverwalter“ stellen keine homogene Bewegung dar. Sie setzen sich vielmehr aus autark handelnden Einzelpersonen sowie aus kleinen Gruppierungen zusammen, die sich in ihrem Wesen zum Teil deutlich unterscheiden. Das Spektrum erstreckt sich über esoterisch geprägte Gruppierungen, über völkisch-traditionalistisch geprägte Gruppen bis hin zu rechtsextremistisch ausgerichteten Zusammenschlüssen. Eine strategische Vernetzung der verschiedenen Gruppen oder Einzelpersonen ist bisher ebenso wenig zu erkennen wie eine gezielte Steuerung. Die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ lebt in einer Parallelwelt von Verschwörungstheorien, die sich verfestigt und gegenüber der Außenwelt verschließt. Dennoch zeigt sich die Szene als äußerst umtriebig. Mit einem hohen Aktivitätslevel, vor allem im Internet, ist auch weiterhin zu rechnen.

Dies lässt sich in der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ insbesondere am Beispiel der Reaktionen auf die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie feststellen. Über die Verbreitung ihrer Ideologie im Internet hinaus versuchen „Reichsbürger und Selbstverwalter“, die bundesweiten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Vereinzelt hat es bereits Auseinandersetzungen im Umfeld dieser Demonstrationen gegeben. Ein Beispiel sind die Stein- und Flaschenwürfe auf Einsatzkräfte bei einer Spontanversammlung mit rund 2.000 Teilnehmende vor der russischen Botschaft in Berlin am 29.08.2020. Auch bei dem weiteren Demonstrationsgeschehen vom 28. bis 30.08.2020 in Berlin und der dabei kurzzeitig erfolgten Besetzung der Treppen vor dem Reichstagsgebäude waren maßgeblich Personen beteiligt, die der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ zugerechnet werden.

Durch die weitere Verbreitung der Reichsbürgerideologie sowie durch das teilweise ausgeprägte Sendungsbewusstsein und die nachgewiesene Zunahme an Aktivitäten von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ ist die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt. Allerdings lassen sich verallgemeinernde Aussagen über eine etwaige gewalttätige Ausrichtung in Bezug auf dieses Personenpotenzial nicht treffen. Gleichwohl besteht jederzeit die Möglichkeit, dass einzelne Personen vor allem im Umgang mit Behördenmitarbeitenden oder als Reaktion

auf staatliche Maßnahmen zu Gewalt greifen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Hierbei handelt es sich in Niedersachsen bisher ausschließlich um Reaktionen auf staatliche Maßnahmen. Hinweise auf gezielte kriminelle oder gar terroristische Handlungen von einzelnen „Reichsbürgern oder Selbstverwaltern“ liegen derzeit nicht vor. Gleiches gilt für den gezielten Aufbau von (verdeckt operierenden) Gruppen zum koordinierten Angriff auf staatliche Einrichtungen oder Mitarbeitende.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz bietet mehrere Präventions- und Informationsangebote zum Thema „Reichsbürger und Selbstverwalter“ an. Neben Vorträgen hält der Niedersächsische Verfassungsschutz ein Faltblatt mit dem Titel „Reichsbürger und Selbstverwalter“ vor. Das Faltblatt kann über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes angefordert werden und steht auf der Webseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum Download zur Verfügung.

